



Europäische  
Bausparkassenvereinigung  
Jahresbericht 2017

European Federation  
of Building Societies  
Annual Report 2017





Europäische  
Bausparkassenvereinigung  
Jahresbericht 2017

S. 3

European Federation  
of Building Societies  
Annual Report 2017

p. 45

Rue Jacques de Lalaing 28

B-1040 Bruxelles

Tel. 0032 (0)2 – 2310371

Fax 0032 (0)2 – 2308245

e-mail: [info@efbs-bausparkassen.org](mailto:info@efbs-bausparkassen.org)

[www.efbs.org](http://www.efbs.org)



# Vorwort zum Jahresbericht der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV)



Peter Simon,  
MdEP

Die Finanzkrise, die sowohl die Weltwirtschaft, als auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ins Wanken brachte, hatte ihren Ursprung im Sommer 2007 in Form der amerikanischen Immobilienkrise. Die Finanzkrise war die Folge eines spekulativ aufgeblähten Immobilienmarktes, auf dem Kreditnehmer mit geringer Bonität Hypotheken zum Immobilienerwerb aufnahmen und in vielen Fällen dazu sogar von Bankberatern dazu überredet wurden. Der Traum vom Eigenheim, der auch für viele Europäer in der Lebensplanung an erster Stelle steht, wurde von Banken ausgenutzt, denen schnelle, kurzfristige Renditen wichtiger waren, als ein langfristig nachhaltiges Geschäftsmodell.

Die Analyse der Finanzkrise zeigt, wie wichtig eine verantwortungsvolle Beratung und ein stabiles ökonomisches Modell bei der Finanzierung des Eigenheims sind. Die Europäischen Bausparkassen stehen seit Jahrzehnten für ein solches Modell und tragen damit dazu bei, dass viele Europäer sich den Traum

eines Eigenheims erfüllen können, ohne dass dadurch ein Risiko für Kreditgeber oder Kreditnehmer entsteht.

Ganz in diesem Sinne ist es mir bei der Umsetzung von globalen Standards, welche als Antwort auf die Lehren der Finanzkrise erarbeitet wurden, ein Kernanliegen, dass funktionierende Geschäftsmodelle nicht von überbordender Regulatorik und Bürokratie benachteiligt werden. Wir sollten uns bei der Finanzmarktregulierung deshalb immer vor Augen halten, für wen welche Regeln ausgearbeitet wurden und inwieweit wir für eine verhältnismäßige Anwendung von Regeln sorgen können, um jene Akteure zu entlasten, welche nicht nur keine Schuld an der Finanzkrise hatten sondern darüber hinaus während den Nachwehen der Finanzkrise sogar noch dafür gesorgt haben, dass die traditionelle Kreditvergabe an Privatpersonen und kleine- und mittelständige Unternehmen, nicht einbrach.

Diese Gedanken und Einschätzungen leiten mich auch bei der Überarbei-

tung der Eigenkapitalrichtlinie (CRD) und der Eigenkapitaladäquanzverordnung (CRR), für die ich im Europäischen Parlament federführend verantwortlich bin. Hier muss der Gesetzgeber zwischen verschiedenen Akteuren im Bankenmarkt unterscheiden und dies durch differenzierte Anforderungen an Geschäftsmodelle mit unterschiedlichem Risikoprofil auch für die entsprechenden Marktteilnehmer sichtbar machen. Einerseits müssen neue globale Standards umgesetzt werden, wenn auch im Detail einzelne Anpassungen gemacht werden können, falls diese aufgrund europäischer Besonderheiten vertretbar sind und eine risikosensitivere Behandlung, als unter dem globalen Rahmenwerk, erlauben. Die Einführung der neuen Baseler Standards, wie zum Beispiel der Verschuldungsquote (Leverage Ratio), der strukturellen Liquiditätsquote (NSFR), aber auch der grundsätzlichen Überarbeitung des Handelsbuchs (FRTB) werden Risiken in den Finanzmärkten weiter mindern und die Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensektors weiter stärken. Eine Verwässerung oder gar eine Abkehr von diesen Standards würde die internationale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Rechtsbezirken und deren Aufsichtsbehörden erheblich schwächen und das bisher Erreichte in der Bankenregulierung seit der Schaffung der Bankenunion infrage stellen. Wer das Finanzsystem sicherer machen will und gleichzeitig für fairen Wettbewerb zwischen global agierenden Banken sorgen will, der muss sich zu den im globalen Schulterchluss vereinbarten internationalen Standards bekennen

– das Europäische Parlament tut dies ohne Wenn und Aber.

Auf der anderen Seite sollten wir Bewusstsein dafür schaffen, dass ein „Single-Rule Book“ sich formal nach gleichen Regeln für alle Marktteilnehmer anhört, praktisch jedoch dazu führen kann, dass kleine regional ansässige Banken mit traditionellem Geschäftsmodell durch die für global agierende Banken ausgearbeiteten Standards überlastet und schlussendlich durch diese Gleichbehandlung im Wettbewerb benachteiligt werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Studie von Ernst & Young des Jahres 2016: Laut dieser Studie fallen im Durchschnitt 35 % der Investitionsausgaben durch regulatorische Anforderungen an, während bei kleinen Banken dieser Anteil sogar bei 51 % liegt. Für kleine Banken bedeutet dies, dass erheblich weniger Spielraum für Investitionen zur Verfügung steht, um das Geschäftsgebiet dieser Bank auszuweiten oder die Qualität der angebotenen Produkte zu verbessern. Es sollte klar sein, dass Bankenregulierung und deren Befolgungskosten so ausgestaltet sein müssen, dass die großen Akteure Skaleneffekte nicht nutzen können, um kleinere Akteure aus dem Markt zu drängen. Wer das traditionelle und risikoarme Privatkundengeschäft schützen will, muss deshalb nicht nur über Proportionalität reden, sondern diese auch in den relevanten Gesetzestexten verankern.

Bei der Revision der CRD und der CRR ist es deshalb von immenser Bedeutung zu definieren, wer von Proportio-

nalität profitieren soll und wie Erleichterungen genau aussehen sollen.

In einem ersten Schritt setze ich mich deshalb für eine EU-weite Definition eines kleinen und nicht komplexen Institutes ein, bei deren Einstufung ein gewisses Gleichgewicht zwischen harten, quantitativen und qualitativen Kriterien herrschen soll. Berücksichtigt werden soll sowohl die Größe, als auch das Geschäftsmodell der Bank sowie die Flexibilität der jeweiligen Aufsicht.

Zweitens, ist es wichtig zu präzisieren, dass Erleichterungen für kleine und risikoarme Banken allein administrativer Natur sein sollen und keine Kapital- und Liquiditätserleichterungen im Raum stehen. Erleichterungen sollte es primär bei den Offenlegungspflichten und dem Meldeumfang geben. Ebenfalls im Raum steht die Einführung einer vereinfachten Form der strukturellen Liquiditätsquote, welche dem Prinzip der bereits vorhandenen vereinfachten Ansätze folgt und eine geringere Granularität der abzufragenden Datenpunkte – und somit einer administrativen Erleichterung gleichkommt – mit einer strengeren Kalibrierung aufwiegt.

Eine konsistente Implementierung von internationalen Standards und eine verhältnismäßige Anwendung dieser auf kleine und nicht komplexe Banken muss also Hand in Hand gehen, um einerseits den internationalen Finanzsektor sicherer zu machen und andererseits zu garantieren, dass die Expertise von kleinen, regional ansässigen Akteuren als Eckpfeiler des Pri-

vatkundengeschäfts und der Mittelstandsfinanzierung nicht langfristig wegbricht.

In diesem Sinne wünsche ich der Europäischen Bausparkassenvereinigung weitere erfolgreiche fünfzig Jahre und mehr als starker Partner für die Eigenheimfinanzierung der europäischen Bürger und Bürgerinnen.

# Inhaltsverzeichnis

	Vorwort .....	3
<b>1</b>	Positionierungen.....	7
<b>2</b>	Die Vereinigung im Jahr 2017 .....	11
	– Tätigkeiten der Fachausschüsse .....	11
	– EuBV-Öffentlichkeitsarbeit .....	17
<b>3</b>	Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa .....	19
<b>4</b>	EuBV-Focus .....	25
	Die Visionen von Jean-Claude Juncker und Emmanuel Macron für Europa: Welche Auswirkungen haben sie auf die Sparer? Didier Davydoff .....	25
	Rechtliche Wirksamkeit von Negativzinsvereinbarungen Christian König.....	28
<b>5</b>	EuGH-Bericht 2017.....	34
<b>6</b>	Jahreschronologie 2017 .....	38
	Anhang .....	86
	– Personalia .....	86
	– Verzeichnis der Mitglieder .....	87





# 1 Positionierung

## Positionierung zur Überarbeitung der CRR/CRD IV

Am 22. November 2017 veröffentlichte der sozialdemokratische Berichterstatter im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament seinen Berichtsentwurf zur Überarbeitung der CRR und der CRD IV. Die Europäische Kommission hatte zuvor am 23. November 2016 ein umfangreiches Gesetzgebungspaket zur Überarbeitung der CRR und der CRD IV vorgelegt.

Der Berichtsentwurf zur Überarbeitung der CRR sieht u. a. für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder Teile eines G-SRI eine Verschuldungsquote von 4 % vor. Weiterhin wird der von der Europäischen Kommission festgelegte Schwellenwert zur Definition eines „kleinen Instituts“ um quantitative und qualitative Kriterien ergänzt. So soll der quantitative Schwellenwert von der zuständigen Aufsichtsbehörde von 1,5 Mrd. EUR um bis zu 0,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Mitgliedstaats, in welchem das Institut niedergelassen ist, angehoben werden können. Andererseits ist auch eine Absenkung auf 1 % des BIP möglich. Ein kleines Institut darf nicht komplex sein, d. h. zum Beispiel keine internen Modelle zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen verwenden. Des Weiteren soll nach Artikel 104 des Kommissionsvorschlags zur Überarbeitung der CRR die EBA innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten Leitlinien dazu erstellen, unter welchen außergewöhnlichen Umständen eine Position statt dem Handelsbuch dem Anlagebuch zugeordnet werden kann.

Die Erstellung solcher EBA-Leitlinien hält der Berichterstatter für nicht notwendig, da die Vorgaben des Baseler Ausschusses ausreichend seien.

Für die EuBV war insbesondere eine bauparadäquate Berücksichtigung bei der Berechnung der Verschuldungsquote von Bedeutung. Deshalb setzte sich die EuBV für ein Netting bei vor- und zwischenfinanzierten Verträgen ein. Diese Forderung wurde vom sozialdemokratischen Berichterstatter in seinem Berichtsentwurf zur Überarbeitung der CRR aufgegriffen. Zur Begründung schrieb er: „Bei Vor-/Zwischenfinanzierungen durch Bausparkassen erhöhen Tilgungszahlungen das Bausparguthaben, lassen den Forderungsbetrag der Bausparkasse unverändert und erhöhen das Bilanzvolumen, obwohl das Guthaben bei Bedarf mit dem Forderungsbetrag verrechnet werden kann. Bei regulären Darlehen führt die Tilgung zur Verringerung des Forderungsbetrags und des Bilanzvolumens. Deshalb soll bei der Berechnung der Leverage Ratio die Verrechnung des Bauspardarlehens mit dem Bausparvertrag ermöglicht werden.“

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2017 beteiligte sich die EuBV auch an einer gemeinsamen Stellungnahme des European Banking Industry Committee (EBIC) zu dem Gesetzgebungsvorschlag. Dabei brachte die Vereinigung ihr Anliegen zur Abgrenzung zwischen Anlagebuch und Handelsbuch in das Schreiben ein. Im Speziellen machte die EuBV darauf aufmerksam, dass auf internationaler Ebene noch immer viele Schlüsselkomponenten des „Fun-

damental Review of the Trading Book (FRTB)“ diskutiert werden. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht habe Schwachstellen in der Kalibrierung erkannt und arbeite an einer Aktualisierung der Regelungen im Rahmen des FRTB. Die EuBV empfahl daher ausdrücklich, das FRTB-Paket der Europäischen Kommission auf Eis zu legen, bis die technischen Diskussionen auf internationaler Ebene abgeschlossen seien und ein aktualisierter Text vorliege. Die EuBV wies darauf hin, dass Europa nicht unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen leiden solle, indem internationale Standards in der Überarbeitung der CRR umgesetzt werden, die noch nicht fertiggestellt sind.

Sollte allerdings das Europäische Parlament den Entschluss fassen, den heutigen FRTB umzusetzen, wies die EuBV darauf hin, den Änderungsantrag 56 im Bericht zur Überarbeitung der CRR zu unterstützen. Mit diesem Änderungsantrag wird bei der Abgrenzung des Handelsbuchs auf die Handelsabsicht eines Instituts abgestellt.

In jedem Fall müsse allerdings vermieden werden, so die EuBV weiter, dass zahlreiche Nichthandelsbuchinstitute aufgrund von neuen Abgrenzungen den Regularien für Handelsbuchinstitute unterworfen werden. Ferner wies die EuBV darauf hin, dass der aktuelle CRR-Entwurf (Art. 104 f.) von der Regelvermutung ausgehe, dass Investmentfonds mit Aktienanteil und täglicher Durchschau dem Handelsbuch zuzuordnen seien. Mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde sollen sie aber im Anlagebuch geführt

werden dürfen. Die Anlage in derartige Fondsanteile ist insbesondere bei kleineren und spezialisierten Nicht-handelsbuchinstituten verbreitet. Hier würde weder das Management des Instituts noch der Fondsgesellschaft die Charakteristika einer Handelsbuch-tätigkeit aufweisen. Daher müsste, so die Forderung der EuBV, die erforderliche Genehmigung der Zuordnung von bestimmten Anlagen zum Anlagebuch unbedingt praktikabel ausgestaltet werden.

Außerdem sehe der aktuelle Entwurf der CRR eine Ausnahme für Handelsbuch-tätigkeiten von geringem Umfang vor (Art. 94). Nach dem CRR-Entwurf soll der Höchstumfang der Handelsbuch-tätigkeit für die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung erhöht und auf 50 Mio. Euro und 5 Prozent der Bilanzsumme festgelegt werden. Aus Verbandsicht sollte die Grenze von 50 Mio. Euro im Hinblick auf die Möglichkeit, Institute mit wenig Handelsaktivitäten auch dauerhaft ausnehmen zu können, deutlich angehoben werden. Auch der relative Schwellenwert sollte erhöht werden, so die Forderung der EuBV.

### Positionierung zur Überprüfung von Verbraucherrechtsvorschriften

Am 4. Oktober 2017 nahm die EuBV an einer Konsultation der Europäischen Kommission zur Überprüfung von Verbraucherrechtsvorschriften teil. Dabei bezog die Vereinigung insbesondere zu den Themenbereichen Beschränkung von Angaben in der Werbung, rele-

vante Kommunikationsmittel, Verhängung von Geldstrafen sowie unlautere Geschäftspraktiken Stellung.

Der von der Kommission vorgeschlagene Verzicht auf verpflichtende Angaben zur Anschrift des Unternehmers und zum Umgang mit Beschwerden im Rahmen der allgemeinen Anforderungen an die Werbung wurde von der EuBV begrüßt. Da dieselben bzw. vertiefte Informationen im Rahmen der vorvertraglichen Informationen zu erteilen sind, würden diese Angaben aus Sicht der Verbraucher nicht zusätzlich im Rahmen der Werbung benötigt. Ein Verzicht hierauf würde zudem durch eine Reduzierung der erforderlichen Angaben die für den Verbraucher wesentlicheren Angaben im Rahmen der Werbung transparenter erscheinen lassen.

Mit Bezug auf relevante Kommunikationsmittel sprach sich die EuBV dafür aus, Verbrauchern breit gefächerte, friktionsfreie Zugangswege zu den Unternehmen zu ermöglichen. Als allgemeiner Kontaktstandard wurden hier die postalische und die telefonische Erreichbarkeit sowie die Erreichbarkeit über E-Mail- und internetbasierte Kontaktformulare angesehen. Dies werde von den Mitgliedern der EuBV bereits heute umfassend gewährleistet. Eine Kommunikation zwischen dem Unternehmen und dem Verbraucher per Fax stehe demgegenüber in der heutigen Praxis deutlich im Hintergrund. Aus diesem Grunde sollte bei einer Überarbeitung der Richtlinie künftig auf die zwingende vorvertragliche Angabe der Fax-Nummer verzichtet

werden. Weiterhin wurde die zwingende Angabe und Nutzung eines Social-Media-Accounts als relevantem Kontaktstandard abgelehnt, da dies für den Verbraucher einen zusätzlichen Aufwand bedeute und diese Kommunikationsform von vielen Verbrauchern heute bewusst nicht genutzt oder nicht gewünscht würde.

Die Einführung bzw. Verschärfung von möglichen Geldstrafen gegen Unternehmen, die gegen Verbraucherrechte verstoßen, sei, so die Verbandsmeinung, zur effektiven Durchsetzung der Verbraucherrechte nicht erforderlich und würde die Unternehmen unnötig und in erheblicher Weise belasten. Bereits heute seien, im Falle einer Verletzung von Verbraucherrechten, nebeneinander umfassende lauterkeitsrechtliche und vertragliche Sanktionen vorgesehen. So könnten Verbraucherschutzverbände in bestimmten Fällen durch gerichtliche Urteile eine Gewinnabschöpfung gegen Unternehmen durchsetzen, die vorsätzlich gegen bestimmte gesetzliche Vorgaben verstoßen haben. Daneben stünden dem einzelnen Verbraucher umfangreiche individuelle vertragsrechtliche Rechtsbehelfe zu. Insbesondere könnten Verbraucher im Falle einer vorvertraglichen oder vertraglichen Pflichtverletzung den Ersatz des ihnen entstandenen Schadens verlangen.

Zudem wurde der Vorschlag der Kommission abgelehnt, die Mitgliedstaaten durch eine Anpassung der Richtlinie 2005/29/EG dazu zu verpflichten, künftig auch einzelnen Verbrauchern bei unlauteren Geschäftspraktiken

von Unternehmen, insbesondere bei irreführender Werbung, individuelle Rechte gegen die Unternehmen einzuräumen. Im Falle von möglicherweise unlauteren Geschäftspraktiken der Unternehmen stehe beispielsweise insbesondere den Verbraucherschutzverbänden eine Klagebefugnis zu. Hierdurch würde im Interesse der Verbraucher die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben durch Unternehmen effizienter gewährleistet als im Falle von Klagen einzelner Verbraucher. Zudem könnten Verbraucherorganisationen schon heute gerichtlich durchsetzen, dass Rechtsverstöße von Unternehmen für die Zukunft zu unterlassen seien und bereits erfolgte Rechtsverstöße gegenüber allen Verbrauchern rückgängig gemacht werden. Auf diese Weise könnten alle Verbraucher von Klagen der Verbraucherschutzorganisationen und den so von gegen Unternehmen erstrittenen gerichtlichen Entscheidungen profitieren.

### **Positionspapier zur Spezifikation der Art, Schwere und Dauer eines Konjunkturabschwungs**

Die EuBV nahm mit ihrer Stellungnahme vom 29. Mai 2017 am Konsultationsverfahren der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) teil. Das Konsultationspapier baute auf den „Leitlinien zur PD- und LGD-Schätzung und Behandlung von ausgefallenen Exposures“ auf. Es war Teil der von der EBA veranlassten Überprüfung der internen Modelle (IRBA) zur Reduktion der nicht risikobedingten Variabilität der Ergebnisse bei gleichzeitiger Wah-

rung der Risikosensitivität der Kapitalanforderungen.

Dabei unterstützte die EuBV – wie bereits in ihrer Positionierung zu Leitlinien für die PD-Schätzung, LGD-Schätzung und die Behandlung von ausgefallenen Forderungen – die Bemühungen der EBA, das Vertrauen in die Nutzung interner Ratingsysteme zu stärken. Im Bemühen, die ungerechtfertigte Variabilität der Ergebnisse interner Modelle zu begrenzen, würde die EBA aber auch einige Vorschläge unterbreiten, die die Methodenfreiheit der Institute durch neue Vorgaben so sehr begrenzten, dass die Institute im Ergebnis für ihre Risikoaktiva nicht mehr die bestmögliche Risikoprognose erstellen könnten.

Die EuBV führte daher in ihrer Stellungnahme aus, dass beispielsweise die Vorschläge der EBA zur Spezifikation eines Economic Downturn eine erhebliche Veränderung und Ergänzung des bisherigen Vorgehens darstelle. Die Vorgaben für den von der EBA präferierten Modellkomponenten-Ansatz seien detailliert ausformuliert und könnten dennoch viele Unklarheiten nicht beseitigen und Verständnisschwierigkeiten nicht beheben.

Die mit den Vorschlägen einhergehende hohe Komplexität des Modellkomponenten-Ansatzes würde zu einem sehr hohen Zusatzaufwand für development, implementing, validation and maintenance führen. Dieser sei jedoch aus Sicht des Verbandes in Anbetracht der ungewissen Auswirkung auf die Prognosegüte nicht zu rechtfertigen. Die EuBV sprach sich daher da-

für aus, anstelle detaillierter Vorgaben für einen einzigen Ansatz allgemeine Grundsätze aufzustellen, die den Instituten die Möglichkeit lassen würden, für ihre Portfolien weiter jeweils angemessene Ansätze zu wählen.

Die EuBV wies darauf hin, dass an mehreren Stellen des Konsultationspapiers die Forderung nach einer unabhängigen Expertengruppe erhoben werde. Diese Anforderung nach Einrichtung einer weiteren von der Modellentwicklung unabhängigen Stelle neben Validierungs- und Adressrisikoüberwachungseinheiten erschien der EuBV überzogen. Stattdessen müsste hier mindestens eine proportionale Ausgestaltung der Anforderung erfolgen, da nicht in jedem Institut die entsprechenden Voraussetzungen gegeben seien. Daher plädierte die EuBV für freiwilliges und situatives Einbeziehen von Experten je nach individuellem Erfordernis ohne starre Vorgaben und lehnte die Anforderung der Einrichtung einer weiteren unabhängigen Einheit ab.

### **Positionierung zu Leitlinien für die PD-Schätzung, LGD-Schätzung und die Behandlung von ausgefallenen Forderungen**

Mit Schreiben vom 10. Februar 2017 nahm die EuBV an der Konsultation der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) teil. Dabei unterstützte die Vereinigung das generelle Bestreben der EBA, das Vertrauen in die Anwendung von internen Ratingsystemen zu stärken. In dem Bemühen, die ungerech-

fertigte Variabilität der Ergebnisse von internen Modellen einzuschränken, würden jedoch auch einige Vorschläge unterbreitet, die die Methodenfreiheit der Institute durch neue Vorgaben so sehr begrenzten, dass die Institute im Ergebnis für ihre Risikoaktiva nicht mehr die bestmögliche Risikoprognose erstellen könnten. Die Leitlinienentwürfe, die im Allgemeinen einen konservativen Ansatz verfolgten, würden eine unbeabsichtigte Erhöhung des Eigenkapitalbedarfs zur Folge haben. Dies würde auch dann gelten, wenn Institute bereits im Rahmen von IRBA-Zulassungsprüfungen die Angemessenheit der Verfahren und der zugrundeliegenden Annahmen nachweisen konnten.

Weiterhin wurde in der EuBV-Stellungnahme unterstrichen, dass die neuen methodischen Vorgaben sich oft nur mit erheblichem Aufwand umsetzen ließen, da häufig nicht nur einzelne Eingangsgrößen *ceteris paribus* anzupassen wären, sondern für sämtliche Risikoparameter des IRB-Ansatzes der Entwicklungs- und Validierungsprozess neu zu durchlaufen wäre. Von neuen Vorgaben wären zudem aus Konsistenzgründen häufig auch Verfahren außerhalb des IRB-Ansatzes betroffen. Die vorgeschlagenen Veränderungen würden oft wesentliche Anpassungen in Systemen und Prozessen der Kreditentscheidung, der Risikovor-sorge, des Pricing, in Kreditportfoliomodellen, im Meldewesen und in der Datenablage zur Folge haben und zu Anzeigen von wesentlichen Modelländerungen bei der Aufsicht und erneuten Zulassungsprüfungen führen. Der

Gesamtaufwand einer Umsetzung der Leitlinien in der Entwurfsfassung sei, so der Standpunkt der Vereinigung, für Verfahren, deren Angemessenheit bereits nachgewiesen wurde, nicht gerechtfertigt, weil eine erzielbare substantielle Verbesserung der Prognosen i. A. nicht erkennbar sei.

Die EBA erwartete ebenfalls, dass durch die Leitlinien in zahlreichen Ratingsystemen Anpassungsbedarf entstehen werde. Die Institute müssten nach heutigem Stand davon ausgehen, dass in Folge des Zusammenwirkens der Leitlinien mit neuen Anforderungen der EBA insbesondere im Hinblick auf die Ausfalldefinition, auf die Beurteilungskriterien im IRB-Ansatz und auf die Vorgaben zur Berücksichtigung von Konjunkturzyklen sowie in Folge der Wechselwirkung der Leitlinien mit der Ausgestaltung von Expected Credit Loss-Modellen gemäß IFRS 9 nahezu sämtliche IRB-Modelle der Institute in Europa durch die Bankenaufsicht demnächst erneut abzunehmen wären.

Der Implementierungsprozess neuer IRB-Modelle für bestimmte Portfolios – einschließlich des Dialogs mit der Bankenaufsicht und der Genehmigung – dauere in der Regel Jahre. Da die Leitlinien ab 1. Januar 2021 gelten sollen, dürften die IRB-Prüfungen von den Instituten in einem davor liegenden, sehr engen Zeitraum angestrebt werden. Somit stelle sich nicht zuletzt die Frage, wie die Fülle der anstehenden Prüfungen durch die Bankenaufsicht bewältigt werden könne.

Verzögerungen bei den IRBA-Zulassungen würden sich sehr nachteilig auf die Institute auswirken. Da die Modelländerungen und -prüfungen von den Instituten erforderten, ein hohes Maß an Ressourcen verfügbar zu halten, aber auch mit notwendigen geschäftspolitischen und strategischen Festlegungen verbunden seien, wie z. B. mit der IT-Release-Planung und der Kapitalplanung, komme der Planbarkeit der Umsetzungszeiträume für die Institute eine äußerst kritische Bedeutung zu.

Aufgrund dieser Überlegungen setzte sich die EuBV dringend für Vereinfachungen der Anforderungen und für eine zeitliche Streckung der Einführung dieser Anforderungen ein.

## 2 Die Vereinigung im Jahr 2017

### Tätigkeiten der Fachausschüsse

Die Halbjahrestagung der Europäischen Bausparkassenvereinigung fand am 23./24. März 2017 in Brüssel, die Jahrestagung am 2./3. November 2017 in Bukarest statt. Dabei befassten sich drei Fachausschüsse mit aktuellen inhaltlichen Schwerpunktthemen.

#### Ausschusses für Wohnungspolitik und Marketing

Der Ausschuss für Wohnungspolitik und Marketing startete mit einem personellen Wechsel in das Jahr 2017. In der März-Sitzung in Brüssel begrüßte erstmals Mag. Hans-Christian Vallant, Geschäftsführer der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H, als neuer Ausschussvorsitzender die Teilnehmer.

Bei den beiden Treffen der Vereinigung im Jahr 2017 in Brüssel bzw. in Bukarest standen mit den Themen „Social Media“ und „Digitalisierung“ neue Branchentrends im Marketing-Bereich im Mittelpunkt.

In der Frühjahrsitzung in Brüssel wurden zunächst die Entwicklungen der Bausparkassen in den einzelnen Bausparkassenländern im Jahr 2016 diskutiert – eine gute Gelegenheit, um sich über die Tätigkeiten der Bausparkassen in Europa fachlich auszutauschen.

Zwei weitere interessante Vorträge rundeten das Programm ab. Zum einen präsentierte Prof. Dr. Michael Voigtländer vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln die Erkenntnisse aus einer Studie zum Thema „Kaufen vs. Mieten“ in Deutschland. Im Mittelpunkt

dieses Vortrags stand die Thematik der Eigentumsquote, welche im Vergleich zu anderen europäischen Ländern in Deutschland eher gering ist. Obwohl in Deutschland sehr viel gespart wird, geht der Trend der öffentlichen Diskussionen stark in Richtung Miete – die Eigentumsunterstützung wird nur wenig thematisiert. Herr Voigtländer brachte den Teilnehmern des Ausschusses einige interessante Lösungsansätze näher – zum Beispiel könnten die Senkung der Grunderwerbssteuer oder auch Miet-Kauf-Modelle zielgerichtete Steuerungsinstrumente des Staates sein, um den Kapitalbedarf für den Eigentumserwerb längerfristig aufzubauen.

In Folge gab Dennis Hilger vom Hamburger FinTech-Unternehmen „Facelift brand building technologies“ den Teilnehmern spannende Einblicke in die Möglichkeiten der Nutzung sozialer Netzwerke für Marketing und den Vertrieb von Finanzdienstleistern. Mit rund 200 Mitarbeitern und über 1.200 Kunden ist Facelift der europäische Marktführer einer „All-in-One Lösung“ für Social Media. Herr Hilger lieferte einige spannende Fakten zur Nutzung von Online-Medien im Unternehmensmarketing. So verbringen rund 80 % der Menschen den Großteil ihrer digitalen Zeit mit Social Media – und schaffen damit wertvolle Marketing-Optionen für Unternehmen. Bei so viel Auswahl sind die Erwartungen der Kunden hoch. 95 % der Kunden nutzen mehr als einen Kanal, um mit Unternehmen und Marken zu kommunizieren. Daher geht der Trend vermehrt zum Omnichannel Marketing, was für

Unternehmen zum einen eine große Herausforderung, zum anderen aber eine umso größere Chance darstellt. Fazit des Vortrags von Dennis Hilger war für die Teilnehmer ohne Zweifel, dass der Digitalisierungsgrad in Banken und Bausparkassen auf jeden Fall noch stark erhöht werden sollte, um für die digitale Zukunft gerüstet zu sein.

Da die diesjährige Jahrestagung der EuBV in Bukarest stattfand, wurde im Rahmen der wohnungspolitischen Themen näher auf die Situation des Bausparens in Rumänien eingegangen. Herr Prof. Petre Datculescu (Marktforschungsinstitut IRSOP) stellte eine Studie über die „Positiven Auswirkungen des Bausparsystems für Rumänien und rumänische Haushalte“ vor. Obwohl eine große Anzahl der Bausparkunden in Rumänien ihren Bausparvertrag nicht für die Aufnahme eines Bauspardarlehens nutzen würden, wird die Sparsumme dennoch mehrheitlich für bauliche Maßnahmen wie Renovierung verwendet. Das Bausparen bietet somit auch sozial schwächeren Menschen eine Chance, ihre Wohnsituation eigenständig zu verbessern.

In einem weiteren Vortrag zu den aktuellen Fragen der Wohnungspolitik in Europa erläuterte Herr Dr. Juri Schudrowitz (Verband der Privaten Bausparkassen e.V.) die „Herausforderungen und Perspektiven der Wohnungspolitik in Deutschland nach der Wahl“. Knappes Bauland, hohe Errichtungskosten und weiter ansteigende Miet- und Kaufpreise stellen die deutsche Wohnungspolitik vor große Herausforderungen.

Außerdem lässt der wachsende Anteil der Stadtbevölkerung, eine steigende Bevölkerungszahl generell sowie der Trend zu Singlehaushalten die Anzahl der verfügbaren Wohnungen zusätzlich immer knapper werden. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum kann der Nachfrage bei weitem nicht folgen. Rechtliche Vorgaben sowie Kapazitätsengpässe in der Bauindustrie verstärken die Problematik zusätzlich. Die Ausschuss-Teilnehmer konnten einige interessante Lösungsansätze für dieses – nicht nur in Deutschland – allgegenwärtige Problem für sich mitnehmen.

Zum Marketing-Schwerpunkt „Digitalisierung“ wurde von Herrn Mark Weinrich (International Union for Housing Finance) mit „Rocket Mortgage“ den Ausschuss-Teilnehmern ein komplett online ablaufendes Verfahren zur digitalen Kreditabwicklung vorgestellt. Quicken Loans, das amerikanische Finanzinstitut, das hinter Rocket Mortgage steht, wirbt damit, den Finanzierungsprozess neu erfunden zu haben, indem die Kreditbewilligung zu einer Sache von Minuten geworden sei. Eine von Quicken Loans angebotene App ermöglicht es den Kunden, jederzeit und überall einen Kredit zu beantragen. Die Kunden müssen sich nur anmelden und ein Nutzerkonto anlegen, ein paar Fragen beantworten, Kontoauszüge und Gehaltsabrechnung mit Rocket Mortgage „teilen“ und sofort wird ein maßgeschneiderter Kredit angeboten. Ob sich ein solches Tool auch bald in Europa durchsetzen wird, bleibt offen – sind doch die gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben für Banken in Europa weit strenger. Die App „Rocket

Mortgage“ zeigte den Teilnehmern des Ausschusses jedenfalls, was mit gutem und gezieltem Marketing in den USA – auch im Bereich der Wohnbaufinanzierung – möglich ist.

### Finanzausschuss

Der EuBV-Finanzausschuss tagte im Jahr 2017 nur im Rahmen des Halbjahrestreffens am 23./24. März 2017 in Brüssel. Themen waren „Kreditrisiko: Überarbeitung des Standardansatzes (KSA)/Zukunft des IRBA“ sowie „Überarbeitung der CRR, CRD IV, BRRD, SRM-Verordnung – Überblick über die Gesetzgebungsvorschläge der Europäischen Kommission“, die im Austausch mit externen Experten diskutiert wurden.

Herr Ethan Goh (Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht) stellte das Thema „Kreditrisiko: Überarbeitung des Standardansatzes (KSA)/Zukunft des IRBA“ vor. Dabei führte er aus, dass der Baseler Ausschuss mit seinen Arbeiten zur Überarbeitung der Vorgaben zur Behandlung von Kreditrisiken (KSA/IRBA) im zeitlichen Verzug sei. Eigentlich habe er damit gerechnet, bei seinem Vortrag konkrete Ergebnisse vorstellen zu können.

Anschließend gab Herr Goh einen Überblick über die Ziele des KSA/IRBA sowie die Ergebnisse der Konsultationen des Baseler Ausschusses zu den beiden Ansätzen. So gehe es darum, durch klare Definitionen und eine Verbesserung der Taxonomie eine bessere Vergleichbarkeit nach dem KSA zu erzielen und

die Variabilität der Portfoliobewertung, die sich nicht aus unterschiedlichen Risikofaktoren erklären lässt, im Rahmen des IRBA zu verringern. Bei seinen weiteren Ausführungen ging Herr Goh auf den Einsatz von Output-Floors ein.

Der Ausschuss gab zu bedenken, dass es der Gedanke von Basel II gewesen sei, die Risikogewichtung am tatsächlichen Risiko auszurichten und nicht an einer gesetzlichen Mindestvorgabe. Er warnte daher vor zu strengen Output-Floors. Zudem zeigte er sich besorgt, dass die geplanten Änderungen zu einem deutlichen Anstieg der Eigenkapitalanforderungen für Bausparkassen führen könnten. Auf die Frage, ob dem Baseler Ausschuss die konkreten Auswirkungen auf Bausparkassen bekannt seien, entgegnete Herr Goh, dass nicht die Absicht bestehe, Eigenkapitalanforderungen signifikant ansteigen zu lassen.

Das zweite Thema „Überarbeitung der CRR, CRD IV, BRRD, SRM-Verordnung – Überblick über die Gesetzgebungsvorschläge der Europäischen Kommission“ wurde von Herrn Kai Spitzer (Europäische Kommission, DG FISMA) vorgestellt. Herr Spitzer erläuterte die wesentlichen Elemente des Bankenpakets (Überarbeitung der CRR, CRD IV, BRRD, SRM-Verordnung), welches die Europäische Kommission am 23. November 2016 vorgelegt hatte. So soll das Bankenpaket entscheidend zur Reduktion der Risiken im Bankensektor beitragen. Elemente seien hier u.a. die Verlustabsorptionsfähigkeit (TLAC) von global relevanten Banken

(G-SIIs), Anforderungen an die stabile Refinanzierung der Institute (NSFR) sowie die Einführung einer einheitlichen Verschuldungsquote (LR). Weiterhin soll ein stärker proportionaler Ansatz im Regelwerk zur Bankenaufsicht geschaffen werden. Beispielsweise soll das Berichts- und Offenlegungswesen für kleine/risikoarme Institute zurückgefahren werden. Auch seien durch den Kommissionsvorschlag die Grenzen für eine Zurechnung zum Handelsbuch angehoben worden.

In der anschließenden Diskussion verwies der Ausschuss auf unterschiedliche Regulierungstendenzen in der EU und den USA. Während in Europa die Zügel weiter angezogen würden, gäbe es in den USA Deregulierungstendenzen. Die Sorge eines daraus entstehenden Wettbewerbnachteils für europäische Institute zerstreute Herr Spitzer, da noch wenig über die künftige US-Linie bekannt sei. Zudem verwies er auf die Schlussfolgerungen des G20 Finanzministertreffens von Baden-Baden, wonach die Arbeiten zum Abschluss von Basel III von allen Mitgliedern, also auch den USA, unterstützt würden.

Der Ausschuss erkundigte sich weiterhin bezüglich der Verschuldungsquote, einer rein bilanzorientierten und nicht risikoorientierten Messgröße. So drohe bei Anbietern von mit Hypotheken unterlegten Krediten an Privatkunden in Europa künftig nicht mehr die Solvabilität, sondern die Verschuldungsquote der limitierende Faktor zu sein. Damit verliere die Verschuldungsquote ihre Kernfunktion einer Letztsicherung. Auf

die Frage, ob dies gewollt sein könne, entgegnete Herr Spitzer, dass die Verschuldungsquote nach dem Kommissionsvorschlag kein rein bilanzielles Maß sei. Der Vorschlag zur Einführung einer Verschuldungsquote in Europa sei der Europäischen Kommission zudem nicht leichtgefallen. Weiterhin seien Vorschläge der EBA übernommen worden, die Verschuldungsquote in Teilen risikosensitiver zu machen. Die Einführung verschiedener Verschuldungsquoten je nach Geschäftsmodell des Instituts sei jedoch nicht von der EBA befürwortet und somit auch nicht von der Europäischen Kommission aufgegriffen worden. Jetzt läge es am europäischen Gesetzgeber zu beurteilen, ob die Kommission ihren Prüfaufträgen nachgekommen ist oder ob es weiterer Anpassungen an der Verschuldungsquote bedürfe.

Im weiteren Diskussionsverlauf erfolgte ein Austausch zum Thema Abgrenzung Anlagebuch/Handelsbuch. Dabei sprachen sich der Ausschuss dafür aus, die von der Kommission vorgeschlagene Regelvermutung bei der Zuordnung von Aktien zum Handelsbuch zu überdenken und über Ausnahmen für bestimmte Institutsgruppen, wie Bausparkassen, nachzudenken. Herr Spitzer signalisiert Offenheit, Fälle zu definieren, in denen die Regelvermutung leichter widerlegt werden könne.

Zum Thema Proportionalität kam aus dem Ausschuss die Frage auf, welchen Ansatz die Europäische Kommission in Zukunft verfolgen wolle. Herr Spitzer räumte ein, dass das Thema Proportionalität kein einfaches sei.

So hätten Aufsichtsbehörden die Bedenken geäußert, dass durch geringere Anforderungen an kleine Institute Risiken schwerer identifiziert werden könnten. Zudem hätten sich große Institute beschwert, dass ein eigenes Regelwerk für kleine Banken, das neben Anpassungen bei Offenlegung und Berichterstattung auch materielle Erleichterungen vorsehe, kleine Institute systematisch bevorzuge. Daher bestehe aus Kommissionssicht derzeit keine Möglichkeit, über die vorgelegten Vorschläge hinauszugehen. Der Ausschuss gab zu bedenken, dass ein fester, quantitativer Schwellenwert als Kriterium für die Klassifizierung als kleines Institut nur ein Einstiegs-kriterium sein könne. Zudem müsse auch die Risikoneigung eines Instituts eine Rolle spielen. Im Grundsatz sehe dies, so Herr Spitzer, die Europäische Kommission genauso. Jedoch ließen sich solche weiche Kriterien nur schwer in gesetzgeberische Vorgaben umsetzen.

### Rechtsausschuss

In der Frühjahrssitzung berichtete Frau Dr. Natalie Berger, Leiterin des Referats „Versicherungen und Altersbezüge“ bei der Generaldirektion FISMA, über die von der EU-Kommission geplanten Maßnahmen zur Schaffung eines Rechtsrahmens für ein mögliches europäisches Altersvorsorgeprodukt. Ziel der gesetzgeberischen Initiative der EU-Kommission sei nicht eine Harmonisierung der privaten Altersvorsorgeprodukte, sondern die Entwicklung eines „legislativen Werkzeugkastens“, der die Anbieter in die Lage versetzen

solle, Altersvorsorgeprodukte zu entwickeln und EU-weit in einem funktionierenden Binnenmarkt zu vertreiben. Die Pläne der EU-Kommission zielten auch nicht auf die Beseitigung von Defiziten der existierenden staatlichen Altersvorsorgesysteme, sondern auf die Schaffung einer Art „Rahmengesetzgebung“ ab, die die bestehenden gesetzlichen Regelungen ergänzen sollte, ohne den Wirtschaftsakteuren zusätzliche Lasten aufzubürden. In diesem Zusammenhang seien sensible Fragen berührt, wie z. B. das Renteneintrittsalter. Aufgrund der großen nationalen Unterschiede stelle sich hier die Frage, ob eine europäische Vorgabe erforderlich sei. Die EU-Kommission plane allerdings nicht, in die sozialen Modelle der Mitgliedstaaten einzugreifen. Das größte Problem in diesem Zusammenhang sei die Vereinbarkeit mit den nationalen Steuersystemen, da eine Regulierung auf diesem Gebiet nach wie vor Einstimmigkeit erfordere. Bisher sei das Problem der Entwicklung eines einfachen, kostengünstigen und rentablen Produkts, das mit der gegebenen Steuersituation in der EU vereinbar sei, noch nicht gelöst. Harmonisiert werden könnten jeweils nur einzelne Elemente, etwa die Informationspflichten gegenüber den Kunden, wobei hier die Balance zwischen den nationalen und EU-Zuständigkeiten gewahrt werden müsse. Im Hinblick auf die möglichen Anbieter beabsichtige die EU-Kommission, den Markt insbesondere für diejenigen zu öffnen, die schon ähnliche Punkte im Angebot hätten, bisher jedoch aus Kostengründen diese noch nicht als Altersvorsorgeprodukte angeboten hätten. Im Hinblick auf den

Verbraucherschutz könne auf bereits existierenden Regelungen aufgebaut werden, etwa auf der EU-Gesetzgebung zu Versicherungsunternehmen und zum Vertrieb von Versicherungen. Auch Bausparkassen könnten hier auf ihre vorhandenen Kundenbeziehungen und dem daraus resultierenden Kundenvertrauen aufbauen und ihre Angebote in den Altersvorsorgebereich hinein ausdehnen. Die EU-Kommission sei allerdings für die weitere Entwicklung auf das Feedback der Anbieter angewiesen.

Aus Sicht des Ausschusses ist die Notwendigkeit des von der EU-Kommission geplanten einheitlichen Rechtsrahmens fraglich. Aus der Perspektive der Bausparkassen kommt hinzu, dass diese kaum von dem geplanten eigentlichen Rechtsrahmen profitieren dürften, da sie dem Spezialbankprinzip unterliegen und deshalb nur Wohnungsbaufinanzierungsprodukte und nicht zusätzlich auch noch sonstige Altersvorsorgeprodukte anbieten dürften.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellte Herr Adrian Steiner aus dem Referat „Finanzdienstleistungen für Privatkunden und Zahlungsverkehr“ der GD FISMA den am Tage der Ausschusssitzung von der EU-Kommission veröffentlichten „Aktionsplan Finanzdienstleistungen für Verbraucher“ vor. Aus Sicht des Ausschusses war dabei insbesondere von Bedeutung, dass der Aktionsplan nicht nur ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleisten, sondern auch den Anbietern von Finanzdienstleistungen die grenzüberschreitende Tätigkeit erleichtern sollte, um so die all-

gemeine Akzeptanz des europäischen Binnenmarktes durch die Verbraucher zu steigern. Von den im Aktionsplan vorgesehenen zwölf Einzelmaßnahmen sind aus Sicht des Ausschusses insbesondere die Anpassung der Vorgaben für die Kreditwürdigkeitsprüfung in der Verbraucherkredit- bzw. der Hypothekarkredit-Richtlinie sowie die geplante Prüfung bestehender Hindernisse beim grenzüberschreitenden Angebot von Finanzdienstleistungen, etwa durch das sogenannte „Goldplating“ bei der Umsetzung von EU-Recht durch die Mitgliedstaaten, von Bedeutung. Nach Auffassung des Ausschusses sind die bisherigen Aktivitäten der EU-Kommission letztlich in die falsche Richtung gegangen, da sie weder auf die Bedürfnisse der Kunden eingingen noch die Perspektive der Anbieter für das grenzüberschreitende Geschäft berücksichtigten. So fokussierten sich die Maßnahmen der EU-Kommission schwerpunktmäßig auf die Verbraucher, wie etwa die von den Anbietern zu erfüllenden Informationspflichten, doch habe letztlich auch die Entwicklung des Europäischen Standardisierten Merkblattes (ESIS) nicht zu einer Steigerung des grenzüberschreitenden Geschäfts geführt. Hinzu kommt nach Ansicht des Ausschusses, dass die Verbraucherschützenden Maßnahmen letztlich nur eine Belastung für die Anbieter darstellten, ohne den beabsichtigten Mehrwert für die Verbraucher zu bewirken. So erreiche das ursprünglich als Kurzinformation für die Verbraucher gedachte ESIS ausgefüllt einen Umfang von bis zu 30 Seiten, die die Verbraucher allerdings nicht mehr zur Kenntnis nähmen. Außerdem wer-



de der grenzüberschreitende Vertrieb von Finanzprodukten durch unterschiedliche Vorschriften zu Vermittlungsprovisionen unattraktiv gemacht mit der Folge, dass die von den europäischen Richtlinien vorgesehene einmalige bankaufsichtsrechtliche Zulassung im Herkunftsland (einheitlicher europäischer Pass) letztlich nutzlos bleibe. Das größte Hindernis stellt jedoch nach Einschätzung des Ausschusses die Rom I-Verordnung dar, nach der jeweils das am Wohnsitz des Verbrauchers geltende Recht Anwendung findet. Dies führe zu unkalkulierbaren Rechtsrisiken für die Anbieter, sofern diese ihre Produkte nicht zu 100 % an die rechtlichen Rahmenbedingungen des Ziellandes anpassten. Hierdurch würden die Anbieter generell vom grenzüberschreitenden Angebot von Finanzdienstleistungen abgeschreckt. Der Ausschuss appellierte daher an die EU-Kommission, durch eine Änderung von Art. 6 Absatz 1 der Rom I-Verordnung die notwendige Voraussetzung für eine Steigerung des grenzüberschreitenden Angebots von Finanzdienstleistungen zu schaffen. Nach Ansicht des Ausschusses wäre darüber hinaus zu prüfen, ob die trotz des mehr als 25 Jahre andauernden Prozesses der Binnenmarkt-Harmonisierung weiterhin bestehenden Hindernisse für das grenzüberschreitende Angebot von Finanzdienstleistungen nicht auf andere Weise angegangen werden könnten. Denkbar sei hier etwa die Schaffung EU-weit einheitlicher Musterverträge für Verbraucher bzw. Hypothekarkredite, die die Anbieter von Finanzdienstleistungen ihren Kunden in den europäischen Zielländern (oder auch den

Kunden in ihren Herkunftsländern) als Alternative zum jeweiligen nationalen Recht anbieten könnten. Derartige Produkte dürften nach Auffassung des Ausschusses schon allein deshalb eine hohe Akzeptanz entwickeln, weil sie auf der Grundlage des in den bestehenden EU-Richtlinien festgelegten hohen Verbraucherschutzniveaus abgefasst würden. Darüber hinaus dürften sie durch die Übersetzung in sämtliche EU Amtssprachen sowie die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt keinerlei Risiken für die europäischen Verbraucher darstellen. Schließlich wies der Ausschuss darauf hin, dass schon in der Anfangsphase des EU Binnenmarktes konkrete Überlegungen bestanden hätten, das grenzüberschreitende Angebot von Finanzdienstleistungen auch durch die gegenseitige Anerkennung von Finanzierungstechniken zu steigern. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass gleichzeitig das dem EU-Recht zugrunde liegende Prinzip des Allgemeininteresses binnenmarktkonform dergestalt eingeschränkt werde, dass die Mitgliedstaaten es nicht als Abwehrinstrument gegen den Import von Finanzdienstleistungen verwenden könnten.

Im Hinblick auf das laufende Trilogverfahren zur 5. EU-Geldwäscherichtlinie begrüßte der Ausschuss die Position des EU-Ministerrats. Dieser hatte insbesondere die von der EU-Kommission vorgeschlagene Absenkung des Schwellenwertes für die Identifizierung von wirtschaftlich Berechtigten auf 10 % abgelehnt. Wichtig war aus Sicht des Ausschusses auch, dass nach Ansicht des Rates die Überprüfung der

Qualität von Kundendaten nicht nach starren Zeitintervallen, sondern – wie bisher – anlassbezogen auf risikoorientierte Grundlage erfolgen solle. Darüber hinaus appellierte der Ausschuss an den Rat, im Zusammenhang mit den vorgesehenen Änderungen von Art. 40 auch die in dessen Abs. 1 enthaltene Verpflichtung zur Anfertigung von Kopien der Identifizierungsdokumente zu überprüfen. Hier sei es erforderlich, dass die in der EBIC-Stellungnahme vorgeschlagene Ausnahme von der Kopierpflicht für wenig geldwäschegefährdete Produkte, wie zum Beispiel langfristige Spareinlagen und Versicherungen, Eingang in die Neufassung der Richtlinie finde. Dies sei insbesondere für diejenigen Institute von besonderer Bedeutung, die – wie die Bausparkassen – ihre Produkte über einen selbständigen Außendienst vertreiben, da dieser in der Regel nicht über sichere mobile Kopiergeräte verfüge. Aus Sicht des Ausschusses ist allerdings auch wichtig, dass die Mitgliedstaaten die im Anhang in der Anti-Geldwäscherichtlinie enthaltene nicht abschließende Liste mit Produkten, für die lediglich vereinfachte Sorgfaltspflichten angewendet werden könnten, auch auf Bausparverträge anwendeten.

Die Herbstsitzung des Ausschusses am 3. November 2017 in Bukarest wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Frau Ioana Enaga, für das Vollstreckungswesen verantwortliche Managerin bei der gastgebenden BCR Banca Pentru Locuinte S. A., zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Datio in Solutum zum sowie den

praktischen Erfahrungen mit diesem Rechtsinstitut in Rumänien. Nach rumänischem Recht können Kreditinstitute und Darlehensnehmer (sofern es sich um Verbraucher im Sinne des Gesetzes handelt) bei für die Finanzierung von Wohnraum bestimmten Hypothekarkrediten bis zu 250.000 € vereinbaren, dass an die Stelle der Kreditrückzahlung eine andere Leistung wie z. B. die finanzierte Immobilie tritt (sog. Datio in Solutum). Dies hat zur Folge, dass der Kreditgeber nicht mehr in das gesamte Vermögen des Schuldners (Kreditnehmer) vollstrecken kann und der Kredit mit der Vereinnahmung des Verkaufserlöses als getilgt gilt. Im Vorfeld der entsprechenden Gesetzgebung habe die rumänische Kreditwirtschaft die Befürchtung geäußert, dass diese Regelung zu einer Beschränkung des Zugangs zu Krediten sowie zu einer Verteuerung der Kreditangebote führen würde. Darüber hinaus habe sie mit Blick auf die unsicheren und unvorhersehbaren Folgen einer solchen Regelung vor einem systemischen Risiko gewarnt. Im Ergebnis habe die neue Gesetzgebung tatsächlich Änderungen in den allgemeinen Vertragsbedingungen für Hypothekarkredite zur Folge gehabt, etwa in Gestalt einer Anhebung der Eigenkapitalanforderungen von 15 % auf 35 % der Kreditsumme. Mit Blick auf die tatsächlich geringen Auswirkungen auf das Bankensystem seien diese jedoch allmählich wieder auf 15 % gesunken. Die BCR Banca Pentru Locuinte habe hierzu einen Prozess zur Übernahme der Immobilie eingerichtet, der auch die Preisfindung und die Vermarktung des Objekts über Geschäftsstellen, Vermittler, das

Internet oder sonstige Maßnahmen umfasse. Anhand der in der Ausschusssitzung präsentierten Beispiele wurde deutlich, dass die Verkaufserlöse zwar unterhalb der Kreditsumme lagen, jedoch die Verkehrswerte im Zeitpunkt der Verwertung übertrafen oder zumindest erreichten. Aus Sicht des Ausschusses kann die Datio in Solutum durchaus dazu beitragen, die Situation für den Darlehensnehmer zu erleichtern, wenn sie es diesen ermöglicht – wie es etwa die in Ungarn oder Spanien praktizierten Modelle belegen – die ansonsten von einer Zwangsversteigerung bedrohten Immobilie zurückzumieten oder sogar zurückzukaufen. Etwaige Initiativen zur Einführung der Datio in Solutum auf EU-Ebene müssen nach Ansicht des Ausschusses jedoch sorgfältig auf mögliche Nachteile für die Kreditgeber geprüft werden.

Ausführlich erörtert wurden weiterhin die von der EU-Kommission vorgelegten Pläne zur Erweiterung der Rechtsgrundlagen der europäischen Aufsichtsbehörden für den Finanzsektor. Aus Sicht des Ausschusses kritisch zu beurteilen war dabei insbesondere die dem Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zugrunde liegende Tendenz, die Aufsichtskompetenzen weitgehend auf die EU-Ebene und die Finanzierung der Aufsicht von der staatlichen Ebene auf die europäische Kreditwirtschaft zu verlagern. In diesem Zusammenhang wies der Ausschuss darauf hin, dass die Umlage der Kosten für die europäische Bankaufsicht auf die Institute voraussichtlich zu keiner Anrechnung bei den bereits jetzt bestehenden Umlageverpflich-

tungen für die nationale Aufsicht führen dürfte, sodass die dadurch entstehenden Mehrkosten letztlich auf die Kunden umgelegt werden müssten. Darüber hinaus ist nach Einschätzung des Ausschusses wegen der geringeren Sachnähe der Aufsicht mit vermehrter Bürokratie zulasten der Kreditwirtschaft zu rechnen.

Anschließend berichtete Herr Dr. Markus Springl, Leiter der Rechtsabteilung der Wüstenrot-Gruppe, Salzburg, über die Rechtslage zur Kündigung von Bausparverträgen in Österreich. Der Österreichische Oberste Gerichtshof (OGH) habe auf eine von Verbraucherschutzseite gegen die ABB-Änderung gerichtete Klage entschieden, dass sowohl die in den ABB geregelte Zustimmungsfiktion der Kunden als auch eine Zinssenkung ohne vertragliche Grundlage unzulässig sei.

## EuBV-Öffentlichkeitsarbeit

### Neuer Geschäftsführender Direktor der EuBV gewählt

Auf der Jahrestagung der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) am 2./3. November 2017 in Bukarest wurde Christian König, Syndikus des Verbands der Privaten Bausparkassen e.V. (Deutschland), zum neuen Geschäftsführenden Direktor der Vereinigung gewählt. König leitete von 2003 bis 2008 das Brüsseler Büro der deutschen Bausparkassen und ist seit dieser Zeit auf europäischer Ebene bestens vernetzt.

König folgt auf Andreas J. Zehnder, der altersbedingt als Geschäftsführender Direktor aus der EuBV ausschied. Seit 1993 leitete Zehnder das operative Geschäft der Vereinigung. Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren das Verbraucherkredit- und Hypothekarkreditrecht, die Bankenregulierung und die Reform der Einlagensicherungssysteme auf europäischer Ebene.

EuBV-Präsident Jan Jeníček, Vorstandsmitglied der Bausparkasse Raiffeisen stavební spořitelna, a.s. (Tschechische Republik), dankte Zehnder für dessen große Verdienste. So habe er insbesondere die erfolgreiche Entwicklung des Bausparens in Mittel- und Osteuropa politisch immer eng begleitet. Auch bleibe sein unermüdlicher Einsatz für solide Baufinanzierungsformen und eine risikoadäquate Regulierung unterschiedlicher Geschäftsmodelle der Kreditinstitute in bester Erinnerung.

### Nachwahl EuBV-Präsidium

Ebenfalls auf der Jahrestagung der Europäischen Bausparkassenvereinigung wurde Prof. Dr. Andreas Grünbichler, Mitglied des Vorstandes der Wüstenrot Versicherungs-AG und der Bausparkasse Wüstenrot AG (Österreich), zum 2. Vize-Präsidenten der Vereinigung gewählt. Er folgt auf Dr. Josef Schmindinger, Vorstandsmitglied bei der s Bausparkasse (Österreich), der zuvor aufgrund neuer beruflicher Aufgaben aus dem Präsidium ausgeschieden war.

### Bausparen in Rumänien: Von anderen Bausparländern lernen

Verschiedene rumänische Medien nutzten die Zusammenkunft der Europäischen Bausparkassenvereinigung in der rumänischen Hauptstadt, um über das Bausparsystem im Allgemeinen, sowie die Situation des Bausparens in Rumänien im Speziellen zu berichten. Hierfür standen der EuBV-Präsident, Jan Jeníček, der bisherige Geschäftsführende Direktor, Andreas J. Zehnder, sowie der neugewählte Geschäftsführende Direktor, Christian König, den Journalisten für Fragen zur Verfügung.

Wie die Medien berichteten, profitieren derzeit mehr als 40 Millionen Europäer vom Bausparsystem, das in sieben Mitgliedstaaten der EU, darunter Rumänien, per Gesetz geregelt ist. In Rumänien alleine gibt es derzeit rund 500.000 Bausparer. Jedoch wird das rumänische Bausparsystem seit fast zwei Jahren durch den rumänischen Rechnungshof hinterfragt.

„In Deutschland beispielsweise ist Bausparen fast so populär, wie eine Krankenversicherung. Über 30 Millionen Bausparverträge werden dazu genutzt, alte Häuser zu renovieren oder neue Wohnungen zu kaufen“, sagte Christian König. „In Deutschland beträgt die Regelsparzeit sieben Jahre, d. h. Sie müssen sieben Jahre lang Geld bei der Bausparkasse ansparen, um den Anspruch auf ein Bauspardarlehen zu erlangen. Sollten Sie sich am Ende der Sparphase dafür entscheiden, keinen Kredit aufzunehmen und stattdessen das System zu verlassen, so brauchen Sie keine Rechtfertigung für die Verwendung Ihres ausgezahlten Sparguthabens angeben.“

„In der Tschechischen Republik funktioniert das Bausparsystem ähnlich. Nach 25 Jahren des Bestehens ist das System stabil und vorhersehbar. Rund 40 Prozent der Tschechen betreiben Bausparen“, sagte Andreas J. Zehnder. Jan Jeníček, Präsident der EuBV ergänzte: „Kunden, die Geld in einem Bausparvertrag ansparen, müssen den anschließenden Verwendungszweck nicht rechtfertigen, sofern sie keinen Kredit aufnehmen. Dies gilt auch, wenn in der Ansparphase ein staatlicher Zuschuss gewährt worden ist. Für das System als Ganzes ist es sogar wichtig“, so Jeníček weiter, „dass nicht alle Kunden zwingend in die Kreditphase eintreten wollen“.

Mit Blick auf die Historie des Bausparens in der Tschechischen Republik erläuterte Jeníček: „Bausparen hat in meinem Land verschiedene Phasen durchlaufen. In den Anfangsjahren

stand die Kumulation von Eigenkapital mit Hilfe des Bausparvertrags im Vordergrund. Dadurch sollte erst einmal die Grundlage für die Kreditvergabe an die Sparer geschaffen werden. Daran schlossen sich die Jahre des Booms an, in denen der Staat das Bausparsystem konsequent unterstützte. Wie die letzten 25 Jahre gezeigt haben, ist die Nachfrage nach Bausparverträgen sehr stabil, unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.“

Zehnder strich zudem die stabilisierende Wirkung des Bausparsystems in den Krisenjahren heraus. So sei das geschlossene Bausparsystem – ein Spar- und Kreditsystem, das unabhängig von den Finanzmärkten funktioniere – gerade aufgrund seines autonomen Charakters gut durch die Finanzkrise gekommen. „Die Finanzkrise, die in der US-Subprime-Krise ihren Ursprung genommen hatte, hat gezeigt, welchen Wert geschlossene Sparsysteme besitzen. Länder wie die Schweiz oder Frankreich, die Systeme ähnlich des deutschen Bausparsystems hätten, seien deutlich besser durch die Krise gekommen, als beispielsweise die USA. Systeme wie das kontinentaleuropäische Bausparsystem, die den Aufbau von Spareinlagen und somit von Eigenkapital fördern, haben in der Krise eine bedeutende, stabilisierende Wirkung gehabt.“

„Bausparen in einem Staat neu einzuführen, benötigt mehrere Jahre. In den ersten sieben Jahren wird eine erste, zarte Basis für das System gelegt. Dabei ist Vertrauen in das System die entscheidende Zutat“, erläuterte Zehn-

der. „In Rumänien besteht das System nun seit zehn Jahren und steckt somit noch in den Kinderschuhen. Der Bausparkunde muss sich darauf verlassen können, dass die Bank ihre Zusagen einhält. Die Bank wiederum muss sich darauf verlassen können, dass der Staat seine Förderzusagen einhält. Wenn irgendjemand das Vertrauen bricht und die Regeln ändert, gefährdet dies das System. Leider habe ich derzeit das Gefühl, dass es ein Vertrauensproblem zwischen den Bausparkassen und den staatlichen Behörden in Rumänien gibt. In anderen Bausparländern gibt es einen solchen Vertrauensentzug durch staatliche Stellen nicht. Ich wünsche mir, dass wir auch in Rumänien bald eine Lösung für die derzeitige Situation finden werden und das Bausparsystem danach weiterhin erfolgreich betrieben werden kann.“

Derzeit wird im rumänischen Parlament eine Gesetzesvorlage diskutiert, mit der kontroverse Passagen des Bausparkassengesetzes behoben werden sollen. Ziel muss es sein, den rumänischen Bausparkassen das Neugeschäft wieder zu ermöglichen, um zu einer Stabilisierung des Systems beizutragen.

## 3 Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa

Die Bautätigkeit in Europa hat 2017 auf breiter Front zugelegt: In jedem der 19 Staaten, deren Bautätigkeit von der Berichterstattung der Euroconstruct-Institute erfasst wird, stiegen die Investitionen im Hoch- und Tiefbau. Den größten Zuwachs verzeichneten Irland (+14,5 Prozent) und Schweden (+9,9 Prozent), die geringste Dynamik entfaltete sich in Italien (+1,0 Prozent) sowie der Schweiz und der Tschechischen Republik (jeweils +1,6 Prozent).

### Wohnungsbau setzt Wachstum fort, aber Dynamik nimmt ab

Getragen wird der Aufschwung in erster Linie vom Wohnungsbau. In allen betrachteten Ländern wuchsen die Ausgaben, im Durchschnitt aller Staaten waren es 4,7 Prozent mehr als 2016. Jedoch schwächte sich das Expansionstempo um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr ab. Und auch für die kommenden Jahre sehen die Euroconstruct-Experten eher ein weiteres Abflauen der Dynamik. Der Anteil an den gesamten Bauinvestitionen liegt konstant bei 47 Prozent. Der Anteil des Neubaus an den gesamten Wohnungsbauinvestitionen hat sich dagegen abermals erhöht und liegt nun bei 44 Prozent. Bestandsmaßnahmen machen damit zwar weiterhin den Großteil der Wohnungsbauinvestitionen aus, aber eine leichte Trendumkehr ist durchaus zu beobachten.

Erneut lag die durchschnittliche Wachstumsrate in Osteuropa (+11,7 Prozent) höher als in Westeuropa (4,5 Prozent). Vor allem in Ungarn setzte sich die Er-

### Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern (absolute Zahlen in Mio. Euro)

Land	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>1)</sup>
Belgien	17.612	19.141	19.885	20.582	21.092
Dänemark	12.934	13.284	13.821	14.607	15.228
Deutschland	159.860	166.549	169.210	175.438	180.569
Finnland	12.839	12.493	12.665	13.660	14.594
Frankreich	104.342	96.885	95.907	99.886	104.965
Großbritannien	77.480	80.622	83.365	89.115	91.785
Irland	4.909	5.649	6.393	7.440	9.106
Italien	81.544	81.387	80.054	81.583	82.817
Niederlande	20.799	21.829	24.983	28.394	30.782
Norwegen	16.542	16.403	16.351	17.605	19.224
Österreich	15.817	15.951	16.131	16.246	16.578
Portugal	6.056	5.789	6.246	6.579	7.083
Schweden	11.302	13.547	15.801	17.632	19.915
Schweiz	29.093	28.871	29.404	29.340	29.686
Spanien	35.235	37.186	38.537	42.355	46.449
Westeuropa insg.	606.364	615.588	628.754	660.463	689.875
Polen	11.112	10.796	11.609	12.705	13.651
Slowakei	1.122	1.076	1.048	1.149	1.185
Tschechien	3.073	3.108	3.567	3.982	4.596
Ungarn	1.623	1.769	1.786	2.100	2.842
Osteuropa insg.	16.930	16.749	18.011	19.936	22.274

1) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

holung mit großen Schritten fort: Mit einem Plus von 35,4 Prozent lagen die Wohnungsbauinvestitionen mehr als ein Drittel über dem Niveau des Vorjahres. In der Tschechischen Republik wuchsen die Ausgaben für Renovierung, Neubau und Ausbau 2017 zum dritten Mal in Folge zweistellig (+15,4 Prozent). In der Slowakei ging es verlangsamt aufwärts (+3,2 Prozent). In Westeuropa hat sich Irland erneut an die Spitze der Länder mit dem stärksten Expansionstempo gesetzt, um 22,4 Prozent ging es 2017 nach oben. Auch

in Schweden (+12,9 Prozent) wurde nochmals mehr investiert als im Vorjahr und auch hier wurden die Ausgaben nochmals stärker als im Jahr davor erhöht. Anders als in Spanien: Dort lag die Wachstumsrate mit 9,7 Prozent zwar an dritthöchster Stelle in Westeuropa, aber unter dem Wert des Vorjahres (+9,9 Prozent). Spanien reiht sich mit einer geringeren Dynamik ein in die überwiegende Zahl der Länder Europas. In der Slowakei wuchsen die Investitionen 2017 um 3,2 Prozent (2016: 9,6 Prozent), in den Niederlanden um 8,4 Prozent (2016:

13,7 Prozent) und in Großbritannien um 3,0 Prozent (2016: 6,9 Prozent). Selbst in Deutschland, dem ein regelrechter Bau-boom beschieden wird, verlangsamte sich die Ausgabensteigerung auf nunmehr 2,9 Prozent (2016: 3,7 Prozent). In Österreich wuchsen die Investitionen um 2,0 Prozent. 2018 dürfte sich die Tendenz zu einem verlangsamten Ausgabenwachstum nach Einschätzung der Euroconstruct-Wissenschaftler europaweit durchsetzen, mit Ausnahme Ungarns und Belgiens. 2019 könnte es dann sogar zu einem Rückgang in einigen Ländern kommen.

### 1,6 Millionen neue Wohnungen in Europa, nur Italien weiter im Krisenmodus

2017 wurden in der europäischen Gesamtschau deutlich mehr Wohnungen fertiggestellt als im Jahr davor: In den 19 Euroconstruct-Ländern wurden 1,60 Mio. Wohnungen gebaut, das entspricht einem Plus von 11,7 Prozent. Die Fahrt wird sich aber auch hier verlangsamen: Im laufenden Jahr 2018 nimmt die Zahl der Fertigstellungen nochmals um 7,1 Prozent zu, 2019 schätzungsweise nur mehr um 3,7 Prozent, bevor sie sich 2020 sogar ins Negative umkehren könnte. Dann ist in 10 von 19 Euroconstruct-Ländern mit einem Rückgang zu rechnen. 2017 schrumpfte allein in Italien die Zahl der neu gebauten Häuser und Etagenwohnungen. West- und Osteuropa näherten sich bei der Dynamik zuletzt etwas an: In Westeuropa wurden 11,3 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt, in Osteuropa lag der Wert bei 14,1 Prozent.

### Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern (Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Land	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>1)</sup>
Belgien	-1,8	6,2	3,9	3,5	2,5
Dänemark	-0,7	6,0	4,0	5,7	4,3
Deutschland	-0,1	1,9	1,6	3,7	2,9
Finnland	-4,5	-4,8	1,4	7,9	6,8
Frankreich	-0,1	-7,5	-1,0	4,1	5,1
Großbritannien	4,7	17,5	3,4	6,9	3,0
Irland	-1,8	14,6	13,2	16,4	22,4
Italien	-1,9	-1,6	-1,6	1,9	1,5
Niederlande	-7,6	2,3	14,5	13,7	8,4
Norwegen	2,2	-0,1	-0,3	7,7	9,2
Österreich	-0,1	-0,7	1,1	0,7	2,0
Portugal	-11,4	-2,9	7,9	5,3	7,7
Schweden	5,6	13,8	16,6	11,6	12,9
Schweiz	3,9	1,7	1,8	-0,2	1,2
Spanien	-17,7	-4,5	3,6	9,9	9,7
Westeuropa insg.	-1,2	1,4	2,1	5,0	4,5
Polen	-1,7	2,5	7,5	9,4	7,4
Slowakei	0,7	-5,3	-2,6	9,6	3,2
Tschechien	-12,9	1,3	14,8	11,6	15,4
Ungarn	-16,3	-1,3	1,0	17,6	35,4
Osteuropa insg.	-5,4	1,3	7,5	10,7	11,7

1) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

Den prozentual stärksten Zuwachs verzeichneten Ungarn (+80,3 Prozent auf 18.000 Wohneinheiten), Spanien (+37,1 Prozent auf 55.000) und Irland (+25,9 Prozent auf 18.800). Irland hat damit das sechste Jahr des Wachstums hinter sich gebracht, abermals liegt der Anstieg im zweistelligen Bereich und für 2018 ist mit einer nochmaligen Beschleunigung zu rechnen. Auch in Dänemark schreitet das Wachstum voran (+17,4 Prozent auf 22.000 Einheiten), wenn auch etwas langsamer als im Jahr 2016 (+28,3 Prozent). In Italien spitzt

sich die Krise auf dem Wohnungsmarkt weiter zu: Seit 2007 werden dort von Jahr zu Jahr weniger Wohnungen fertig gestellt. Dabei ist es keineswegs so, dass kein Wohnraum benötigt würde; gerade in den urbanen Gebieten herrscht ein hoher Bedarf. Zumindest hat sich der Abwärtstrend verlangsamt und die Talsohle scheint in Sicht.

Bei den absoluten Fertigstellungszahlen belegt Frankreich den Spitzenrang: 375.600 Wohnungen wurden 2017 im Hexagon gebaut, was einen Zuwachs

von 12,1 Prozent bedeutet. Dahinter folgen Deutschland (260.000 Fertigstellungen, +10,3 Prozent gegenüber 2016) und Polen (182.000 Wohnungen, +11,4 Prozent). Mehr als die Hälfte aller Wohnungen unter den 19 Euroconstruct-Staaten wurden allein in diesen drei Märkten errichtet. Auch im Vereinigten Königreich ging es zahlenmäßig aufwärts: 175.000 Wohnungen wurden dort fertiggestellt, was 6,3 Prozent mehr sind als im Jahr 2016. Auf dem positiven Ausblick für das Vereinigte Königreich lastet unterdessen die Hypothek der ungewissen Folgen des „Brexit“ für Konjunktur und Wohnungsnachfrage. Zuletzt hatte sich die Zahl der Wohnungsfertigstellungen eher volatil gezeigt. In der Tschechischen Republik wurden 2017 28.700 Wohnungen gebaut (+4,7 Prozent), der Ausblick bleibt vorerst positiv. Anders in der Slowakei: Hier wurden zwar 18.300 Einheiten fertiggestellt, das waren 16,6 Prozent mehr als im Vorjahr – bis 2020 soll es aber in jedem Jahr mit den Fertigstellungen abwärts gehen, so die Euroconstruct-Prognose. In Österreich wurden 50.400 Wohnungen errichtet, 4,3 Prozent mehr als 2016.

### Preisaufrtrieb für Wohnungen setzt sich beschleunigt fort

In den ersten drei Quartalen 2017 sind in der Europäischen Union die Preise für Wohnungen weiter gestiegen. Die Teuerungsrate für Wohnraum lag mit 4,4 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Das geht aus dem Eurostat-Hauspreisindex für die EU hervor. Wie

### Wohnungsbau in Europa nach Ländern (Zahl der Fertigstellungen<sup>1)</sup> in 1.000 Wohnungen)

Land	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>2)</sup>
Belgien	44,4	47,6	49,9	45,1	48,1
Dänemark	15	14,2	14,6	18,7	22,0
Deutschland	188,4	216,1	216,7	235,7	260,0
Finnland	30,3	28,9	28,3	30,3	36,5
Frankreich	404	398,5	359,1	335,1	375,6
Großbritannien	129,9	139,6	166,3	164,6	175,0
Irland	8,3	11,0	12,7	14,9	18,8
Italien	118,6	103,6	86,2	81,6	80,6
Niederlande	51,2	45,2	48,4	54,9	66,0
Norwegen	28,5	28,1	28,1	29,4	33,9
Österreich	41,2	43,2	46,2	48,3	50,4
Portugal	19,0	9,0	6,6	7,3	8,4
Schweden	26,5	31,5	42,4	53,6	65,0
Schweiz	50,2	49,2	53,1	53,4	54,3
Spanien	64,8	46,8	45,2	40,1	55,0
Westeuropa insg.	1.220,7	1.212,5	1.203,8	1.213,1	1.349,6
Polen	145,1	143,2	147,8	163,4	182,0
Slowakei	15,1	14,9	15,5	15,7	18,3
Tschechien	25,2	24,0	25,1	27,4	28,7
Ungarn	7,3	8,4	7,6	10,0	18,0
Osteuropa insg.	192,7	190,5	196,0	216,5	247,0
Europa insg.	1.413,4	1.403,0	1.399,8	1.429,0	1.596,6

1) Errichtung neuer Wohngebäude

2) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

in den Vorjahren war der Preisanstieg für Wohnungen höher als die allgemeine Teuerung. In der Eurozone wurden neue und gebrauchte Wohnimmobilien durchschnittlich 3,9 Prozent teurer.

Den schärfsten Preisanstieg sah der tschechische Wohnungsmarkt, hier gingen die Preise um 12,2 Prozent nach oben. In Ungarn lag die Teuerungsrate abermals im zweistelligen Bereich

(+10,2 Prozent). Auch in Irland, dessen letzte Immobilienkrise keine zehn Jahre zurückliegt, stiegen die Preise kräftig, nämlich um 10,7 Prozent. Allein im krisengeschüttelten Italien sanken die Preise im Durchschnitt geringfügig (-0,4 Prozent). Am wenigsten verteuerten sich relativ zum Vorjahr Wohnungen in Finnland (+1,5 Prozent). Auch in Kroatien vollzog sich der Preisaufrtrieb im europäischen Vergleich langsam

### Sparquoten privater Haushalte im Ländervergleich (in % des verfügbaren Einkommens)

Land	Jahresdurchschnitt					
	2003 bis 2012	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>1)</sup>
Belgien	8,8	4,9	4,5	3,9	3,7	4,1
Dänemark	-1,0	2,3	-3,4	4,2	4,3	4,9
Deutschland	10,0	9,0	9,5	9,6	9,7	9,9
Finnland	1,4	1,3	-0,4	-1,0	-2,5	-2,8
Frankreich <sup>2)</sup>	15,0	14,0	14,4	13,9	13,7	13,9
Griechenland	-	-	-	-	-	-
Großbritannien <sup>2)</sup>	8,0	8,7	8,4	9,2	7,1	5,1
Irland	3,1	4,9	2,7	2,2	2,0	2,0
Italien	6,9	3,6	3,9	3,1	3,3	2,8
Niederlande	5,6	7,3	7,9	6,5	6,4	6,1
Norwegen	5,1	7,6	8,2	10,3	7,0	6,6
Österreich	10,2	7,1	6,8	6,9	7,9	7,5
Portugal <sup>2)</sup>	8,6	7,8	5,2	5,3	5,8	5,9
Schweden	9,8	15,0	16,5	15,1	15,8	15,1
Schweiz	16,2	17,5	18,9	17,6	18,8	19,1
Spanien	3,5	3,8	3,5	2,8	1,7	1,1
Polen	2,4	0,0	-0,5	-0,6	1,2	2,1
Slowakei	1,2	0,2	1,4	3,1	3,4	3,7
Tschechien	6,6	5,6	6,6	6,6	6,9	6,7
Ungarn	4,6	7,1	8,2	6,3	7,1	7,3
Japan	1,8	0,3	-0,4	0,7	2,5	3,1
Kanada	3,2	4,8	3,5	4,8	4,9	3,9
USA	4,8	5,0	5,7	6,1	4,9	3,7

1) Schätzung

2) Bruttoersparnis

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick

(+2,6 Prozent). Erstmals stiegen die Preise wieder in Zypern (+2,2 Prozent). Mit einem Anstieg von 4,4 Prozent lag Deutschland über dem Schnitt der Eurozone, aber unter dem des Vorjahreszeitraums (1.-3. Qu. 2016: +5,5 Prozent). In Rumänien (+6,2 Prozent), der Slowakei (+5,9 Prozent) und Österreich

(+4,8 Prozent) lagen die Preissteigerungen ebenfalls über dem EU-Durchschnitt.

### Japanische Verhältnisse bald auch in Europa?

Wer etwas über die Sparquoten in Europa und deren künftige Entwicklung lernen möchte, der muss seinen Blick zuallererst auf Japan richten. Nach der Bankenkrise Anfang der 1990er Jahre versank das Land in einer Rezession, deren Folgen bis heute spürbar sind. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Jahre nach dem Platzen der Bankenblase als die „zwei verlorenen Dekaden“ bezeichnet. Mit einer expansiven Geldpolitik, die nahezu sämtliche Maßnahmen vorwegnahm, die heute auch in der Eurozone zum geldpolitischen Instrumentenkasten zählen, konnte die wirtschaftliche Entwicklung in der Folge nicht dauerhaft auf Wachstumskurs gebracht werden. Die Inflationsraten verharren bis heute auf niedrigstem Niveau. Und mehr noch: Die japanischen Haushalte erhöhen seit 2015 von Jahr zu Jahr ihre Sparanstrengungen aus Angst vor einer neuerlichen Rezession – auch weil strukturelle Probleme bis zum heutigen Tage nicht angegangen wurden und gerade weil Kapitalerträge fehlen. 2017 lag die Sparquote bei 3,1 Prozent und damit 0,6 Prozentpunkte höher als 2016.

Auch in Europa steigen die Sparquoten weiter an: in Deutschland auf 9,9 Prozent (2016: 9,7 Prozent), in Ungarn von 7,1 Prozent auf 7,3 Prozent. In Frankreich legte die Sparquote, berechnet nach der Brutto-Methode wie sonst nur im Vereinigten Königreich und Portugal, von 13,7 Prozent auf 13,9 Prozent zu. In der Schweiz, dem Land mit der höchsten Sparquote in Europa, le-



gen die Haushalte inzwischen fast ein Fünftel ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante (19,1 Prozent). Auch in Belgien (4,1 Prozent), in Dänemark (4,9 Prozent), in Portugal (5,9 Prozent) und der Slowakei (3,7 Prozent) legten die Haushalte 2017 mehr beiseite als im Vorjahr. In Irland lag die Sparquote konstant bei 2,0 Prozent. Zwar sanken die Sparquoten auch in einer Reihe von Staaten, vorwiegend außerhalb der Eurozone, doch liegen sie nach wie vor auf einem hohen Niveau, etwa in Schweden (15,1 Prozent). Am niedrigsten war die Sparquote in Spanien (1,1 Prozent). In Finnland wurde im vierten Jahr in Folge mehr konsumiert als an Einkommen zur Verfügung stand (-2,8 Prozent).

Die Entwicklung der Sparquoten gibt Aufschluss darüber, dass die Haushalte trotz niedriger Renditen hohe oder sogar steigende Sparanstrengungen leisteten. Es geht ihnen offenbar darum, ein Polster für unsichere Zeiten zu bilden, auch wenn damit keine zusätzlichen Kapitalerträge erzielt werden. Die Parallelen zu Japan sind offensichtlich.

### Kurzfristige Zinsen weiter auf historischem Tiefstand, langfristige Zinsen legen leicht zu

Im Berichtsjahr hat die Europäische Zentralbank an ihrer Politik des billigen Geldes festgehalten. Seit März 2016 liegt der Satz der Einlagenfazilität unverändert bei -0,4 Prozent und der Festsatz für Refinanzierungsgeschäfte bei 0,0 Prozent. Der Euribor-Satz für Einlagen mit einer Laufzeit von drei

### Kurzfristige Zinssätze<sup>1)</sup> im Ländervergleich (in %)

Land	2003 bis 2012	Jahresdurchschnitt				
		2013	2014	2015	2016	2017 <sup>2)</sup>
Belgien	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Dänemark	2,5	0,3	0,3	-0,1	-0,2	-0,3
Deutschland	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Finnland	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Frankreich	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Griechenland	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Großbritannien	3,4	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4
Irland	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Italien	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Niederlande	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Norwegen	3,3	1,8	1,7	1,3	1,1	0,9
Österreich	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Portugal	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Schweden	2,4	0,9	0,4	-0,3	-0,7	-0,5
Schweiz	0,9	0,0	0,0	-0,8	-0,8	-0,7
Spanien	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Euro-Gebiet	2,3	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Polen	5,0	3,0	2,5	1,7	1,7	1,7
Slowakei	2,9	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3
Tschechien	2,2	0,5	0,4	0,3	0,3	0,4
Ungarn	4,4	-	2,5	1,5	1,0	0,0
Japan	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,0
Kanada	2,4	1,2	1,2	0,8	0,8	1,1
USA	2,2	0,2	0,1	0,2	0,6	1,3

1) In den meisten Ländern Zinssätze für Dreimonatsgeld

2) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

Monaten gab im Berichtsjahr weiterhin und lag im Jahresdurchschnitt bei -0,298 Prozent. Trotz steigender Verbraucherpreise in der Eurozone, aufgehellter Konjunkturaussichten auf breiter Front und zunehmend sichtbaren Risiken einer expansiven Geld-

politik (unter anderem steigende Immobilienpreise) lässt die EZB keinen Willen daran erkennen, von ihrem Kurs abzuweichen. Auch die unkonventionellen Maßnahmen werden bis auf weiteres fortgesetzt. Zumindest hat die EZB in Aussicht gestellt, im weite-

### Langfristige Zinssätze<sup>1)</sup> im Ländervergleich (in %)

Land	2003 bis 2012	Jahresdurchschnitt				
		2013	2014	2015	2016	2017 <sup>2)</sup>
Belgien	3,9	2,4	1,7	0,8	0,5	0,8
Dänemark	3,5	1,8	1,3	0,7	0,3	0,5
Deutschland	3,3	1,6	1,2	0,5	0,1	0,3
Finnland	3,6	1,9	1,5	0,7	0,4	0,6
Frankreich	3,7	2,2	1,7	0,8	0,5	0,8
Griechenland	7,7	10,1	6,9	9,7	8,4	6,1
Großbritannien	4,0	2,4	2,6	1,9	1,3	1,3
Irland	5,1	3,8	2,3	1,1	0,7	0,9
Italien	4,5	4,3	2,9	1,7	1,5	2,2
Niederlande	3,5	2,0	1,5	0,7	0,3	0,5
Norwegen	3,9	2,6	2,5	1,6	1,3	1,6
Österreich	3,7	2,0	1,5	0,8	0,4	0,6
Portugal	5,5	6,3	3,8	2,4	3,2	3,2
Schweden	3,5	2,1	1,7	0,7	0,5	0,6
Schweiz	2,2	1,0	0,7	-0,1	-0,4	-0,1
Spanien	4,4	4,6	2,7	1,7	1,4	1,6
Euro-Gebiet	4,0	3,0	2,3	1,3	0,9	1,1
Polen	5,8	4,0	3,5	2,7	3,0	3,4
Slowakei	4,5	3,2	2,1	0,9	0,5	0,9
Tschechien	4,0	2,1	1,6	0,6	0,4	0,8
Ungarn	7,6	5,9	4,8	3,4	3,1	3,2
Japan	1,3	0,7	0,5	0,4	-0,1	0,1
Kanada	3,7	2,3	2,2	1,5	1,3	1,9
USA	3,7	2,4	2,5	2,1	1,8	2,4

1) In den meisten Ländern Zinssätze für 5- oder 10-jährige Staatsanleihen

2) Schätzung

Quellen: OECD-Wirtschaftsausblick, Euroconstruct

ren Jahresverlauf Korrekturen an ihrem umstrittenen Anleihekaufprogramm vorzunehmen. Die Anleihekäufe wurden bereits eingeschränkt und das Programm soll noch bis September 2018 planmäßig weiterlaufen – mindestens. Bedenklich ist allerdings, dass es keine

Verlässlichkeit über die Aussage gibt. Auch fehlen Anhaltspunkte dafür, unter welchen quantitativen oder zumindest qualitativen Umständen ein Richtungswechsel auch in der Zinspolitik stattfinden könnte. Für die Märkte bedeutet das zusätzliche Unsicherheit,

weil Entwicklungen nicht antizipiert werden können.

Außerhalb der Eurozone lagen auch in der Schweiz (-0,7 Prozent), in Schweden (-0,5 Prozent) und Dänemark (-0,3 Prozent) die kurzfristigen Zinsen unter null. In Polen (1,7 Prozent) und Norwegen (0,9 Prozent) lagen die Raten am höchsten.

Am langen Ende der Zinskurve ergab sich im Berichtsjahr eine leichte Aufwärtsbewegung. Das hing weniger mit den Ankündigungen der EZB zusammen als mit der fortgesetzten konjunkturellen Erholung, die in immer mehr Staaten der Eurozone Tritt fasst. In Deutschland rentierten Staatsanleihen im Schnitt mit 0,3 Prozent, was 0,2 Prozentpunkte mehr sind als im Durchschnitt des Vorjahres. In Italien legte die Verzinsung auf 2,2 Prozent zu. In Griechenland sanken die Renditen von 8,4 Prozent auf 6,1 Prozent, was in diesem Fall positiv, nämlich als Normalisierung und Annäherung an die durchschnittliche Rendite in der Eurozone zu werten ist, die sich von 0,9 Prozent auf 1,1 Prozent erhöhte. Allein in der Schweiz rentierten Staatsanleihen noch negativ (-0,1 Prozent), jedoch stellte sich auch hier eine Erholung gegenüber dem Vorjahr ein (2016: -0,4 Prozent). Unklar ist, ob sich damit schon eine Zinswende eingestellt hat. Denn noch immer bewegen sich die Zinsen auf einem historisch niedrigen Niveau. Nimmt die politische Unsicherheit in Europa zu und verlängert die EZB ihr Anleihekaufprogramm wider Erwarten über den September 2018 hinaus, könnte die Aufwärtsbewegung zu einem abrupten Ende kommen.

## 4 EuBV Focus

# Die Visionen von Jean-Claude Juncker und Emmanuel Macron für Europa: Welche Auswirkungen haben sie auf die Sparer?

Didier Davydoff, Direktor des OEE

Am 13. September 2017 stellte Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, in seiner Rede zur Lage der Union einen „Fahrplan“ hin zu einem „enger vereinten, stärkeren und demokratischeren Europa“ vor. Zwei Wochen später, am 26. September 2017, hielt Emmanuel Macron, der französische Staatspräsident, an der Pariser Sorbonne-Universität eine Rede mit einem nahezu identischen Titel: „Initiative für Europa, ein souveränes, geeintes, demokratisches Europa“.

Diese beiden Reden markieren einen deutlichen Bruch mit den traditionellen anti-europäischen Reflexen und kündigen möglicherweise einen Wandel an: Die Europäische Union hegt wieder Fortschrittshoffnungen und das obwohl zum ersten Mal ein Mitgliedstaat, einer der größten, beschlossen hat, die EU zu verlassen.

Die Vorschläge von Präsident Macron beruhen auf umfassenden Überlegungen, die in seinem programmatischen Buch „Révolution“ ein Kapitel einnehmen. Er plädiert für eine „Neugründung“ Europas. Die Vorschläge von Präsident Juncker beruhen auf den Ergebnissen eines Fünf-Jahres-Zeitraums, in dem – in finanzieller Hinsicht – die Herausforderungen der Staatsschuldenkrise, der Start der Kapitalmarktunion, die Umsetzung der Bankenunion und eine massive europäische Investitionsoffensive zu verzeichnen waren.

Welche Auswirkungen könnte die Vision der beiden Präsidenten auf Spareinlagen haben? Wie werden die europäischen Sparer von der neuen Dynamik Europas profitieren? Der Schutz von Spareinlagen, ihre Ausrichtung auf den besten Nutzen, ist ein Thema, das nicht nur Sparer, zu denen die meisten Bürger irgendwann in ihrem Leben gehören werden, betrifft. Es geht effektiv um die Finanzierung der Wirtschaft. Spareinlagen zur Vorsorge verringern außerdem den Solidaritätsbedarf bei einem Rückgang des Einkommens. Pensionssparen hilft den Druck auf umlagefinanzierte Rentensysteme zu verringern. Sparer transferieren ihren eigenen unmittelbaren Verbrauch zugunsten eines zukünftigen Verbrauchs – durch sie selbst oder für die nächste Generation. Die Sparquote einer Bevölkerung ist das Barometer für ihren „Zukunftswunsch“.

Lassen Sie uns drei Fragen betrachten: Werden die Anlagemöglichkeiten erweitert werden? Wie wird sich die Besteuerung der Spareinlagen entwickeln? Werden Anleger auf eine höhere Stabilität, mehr Sicherheit bauen können?

### 1. Anlagemöglichkeiten

Präsident Juncker möchte die Umsetzung der Kapitalmarktunion (CMU), ein Projekt, das im September 2015 von EU-Kommissar Jonathan Hill ein-

geleitet wurde, weiterführen. Ziel der CMU ist es, die in Europa vorherrschende Finanzierung über Banken durch die Entwicklung eines einheitlichen und gestärkten Kapitalmarktes zu ergänzen. Was private Anleger angeht, war der wichtigste Bestandteil dieses Aktionsplans der Verordnungsvorschlag der Kommission für ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (Pan-European Personal Pension Product – PEPP). Das PEPP wird bestehende private Altersvorsorgeprodukte in den einzelnen Ländern ergänzen, es wird sie nicht ersetzen. In Ländern, in denen die private Altersvorsorge noch unterentwickelt ist, und in Ländern, in denen bestehende Produkte kritisiert wurden, weil sie nur zu geringen Renten führen, kann das neue europäische Produkt das Interesse der Sparer für die Altersvorsorge fördern.

Allerdings besteht immer noch Bedarf für die Definition eines echten europäischen Marktes für Sparprodukte. Spareinlagen in Bankbilanzprodukte und Lebensversicherungsprodukte bleiben in verschiedenen Ländern vorherrschend und werden in heimischen Produkten angelegt, ohne dass den Sparern wirklich die Möglichkeit geboten wird, interessante Produkte von außerhalb ihrer Grenzen zu nutzen.

Diese Fragmentierung des Marktes für Sparprodukte erklärt sich teilweise durch die Marketingstrategien der Anbieter. Die interessantesten, online

verfügbaren Angebote sind häufig Personen vorbehalten, die im Land der das Produkt anbietenden Bank ansässig sind. Die von Juncker und Macron erläuterten Visionen werden keine neuen Impulse für ein grenzüberschreitendes Erbringen von Bankdienstleistungen in der Europäischen Union geben.

## 2. Zinsbesteuerung

Die Besteuerung ist einer der Gründe für die Fragmentierung der europäischen Spareinlagen. Das französische Livret A (Sparbuch A), der britische Individual Saving Account (ISA) oder das belgische Sparkonto sind vorteilhaft, weil sie für Anleger in diesen Ländern einkommenssteuerbefreit sind.

### *Das Fehlen einer Vision für ein harmonisiertes Zinsbesteuerungssystem*

Die Steuervorschläge von Präsident Macron beziehen sich hauptsächlich auf die Körperschaftssteuer. Sie würde national bleiben, die Steuersätze müssten jedoch eine bestimmte Spanne einhalten. Aber weder Junkers noch Macrons Vorschläge zeigen ein Bestreben zur Harmonisierung der Zinsbesteuerung oder gar einer gegenseitigen Anerkennung der steuerlichen Behandlung inländischer Produkte. Die Dynamik ist daher die des Marktes, wobei jeder Staat zur Bewahrung seines Spareinlagenreservoirs handelt. Diese Dynamik kann vorteilhaft für die Sparer sein. So veranlasste sie zum Beispiel Frankreich dazu, einen

pauschalen Steuersatz für Zinserträge einzuführen, der niedriger ist als der bisher gültige Grenzsteuersatz. Aus dem gleichen Grund wurden Finanzanlagen aus der französischen Vermögenssteuerbemessungsgrundlage herausgenommen. Dieses Beispiel birgt seine eigenen Grenzen in sich: Es beinhaltet einen Nachteil für Immobilienvermögen. Ein solcher Nachteil kann ebenfalls ungünstig für das Bausparen sein, das es Sparern ermöglicht, nach und nach ein Eigenkapital aufzubauen. Finanzinstitutionen, die auf das Bausparen spezialisiert sind, wissen sehr gut, dass Spareinlagen und Immobilienerwerb komplementär sind.

### *Die Gefahr einer Erhöhung der europäischen Steuern*

Die Visionen der beiden Präsidenten laufen auf eine Erhöhung der Ausgaben der Union hinaus, während das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs ihre Haushaltsmittel in großem Umfang verringern wird: Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungshaushalts, einer gemeinsamen Aufklärungseinheit, einer gemeinsamen Katastrophenschutztruppe, eines gemeinsamen Grenzschutzes, eines gemeinsamen Staatsanwalts, einer europäischen Nachrichtendienstakademie, einer europäischen Asylbehörde, eines Bildungs- und Integrationsprogramms für Flüchtlinge, erhöhte Ausgaben für Entwicklungshilfe usw.

Präsident Macron schlägt vor, dem europäischen Budget einen Teil der

harmonisierten Körperschaftssteuer ebenso wie die CO<sub>2</sub>-Abgabe zuzuweisen. Er hat auch die Idee, eine Steuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer oder der britische Stamp Duty auf ganz Europa auszuweiten und diese zusätzlichen Mittel der Entwicklungshilfe zuzuweisen. Eine solche Steuer würde die Wertentwicklung der Anlagen von Sparern auf den Finanzmärkten, direkt oder durch Investmentfonds, Lebensversicherungen und Rentenfonds, verringern.

## 3. Die Sicherheit der Spareinlagen

### *Der Europäische Währungsfonds*

Präsident Juncker schlägt vor, den Europäischen Stabilitätsmechanismus, ein Finanzkrisenmanagementsystem für die Euro-Zone, das nach der Staatsschuldenkrise eingerichtet wurde, fortzuführen. Er schlägt die Umwandlung dieses Mechanismus in einen Europäischen Währungsfonds vor, der die Anwendung der europäischen Finanzinstrumente im Falle einer ernsthaften Krise in einem Mitgliedstaat koordinieren würde. Präsident Macron ist der Auffassung, dass „die Herausforderung nicht darin besteht, Mechanismen einzurichten, die alle Probleme auf magische Weise lösen könnten“. Das Fehlen realistischer und unantastbarer Regeln während der Staatsschuldenkrise war für die Märkte eine Quelle der Unsicherheit, durch die die Krise unnötig verlängert wurde. Auch die Vorschläge

Junckers sind nicht vollkommen, in Ermangelung einer Veränderung der Entscheidungsregeln bei Schwierigkeiten. Dieser Plan ist ein Ausgangspunkt für eine Verbesserung der aktuellen Verfahren.

#### *Der Einlagensicherungsfonds*

Der Vorschlag der Kommission für einen europäischen Einlagensicherungsfonds wurde noch nicht von allen Mitgliedstaaten gebilligt. Der politische Impuls von Präsident Macron und Präsident Juncker könne möglicherweise dazu beitragen, die in Bezug auf den ersten Entwurf der Kommission geäußerten Vorbehalte aus dem Weg zu räumen.

#### *Politische Stabilität*

Ziel der beiden Reden war es, dem Aufbau Europas eine neue Dynamik zu verleihen. Die Feinheiten oder Unterschiede bei den Herangehensweisen werden einander gegenübergestellt werden müssen und es wird notwendig sein, verschiedene Ausrichtungen zu klären. Als Erstes wird es erforderlich sein, die für jede Leitungsebene spezifischen Kompetenzbereiche festzulegen. Macron schlägt eine politische Stärkung der Verwaltung der Euro-Zone vor, aber eine genaue Prüfung seiner Vorschläge zeigt, dass die meisten für die gesamte Union Anwendung finden würden und nur auf dieser Ebene sinnvoll wären.

Insgesamt gesehen werden sich die Spielregeln für den Dialog mit den europäischen Politikern entwickeln. Beide Visionen sehen eine Stärkung der europäischen Institutionen vor: Die Kommission würde gestrafft, das Europäische Parlament würde wieder eine starke demokratische Legitimität erlangen. Nach Junckers Ansicht sollten die Ämter des Kommissions- und des Ratspräsidenten zusammengelegt werden. Beide Visionen sehen die Ernennung eines Europäischen oder für die Eurozone zuständigen Finanzministers vor, der dem Parlament gegenüber verantwortlich wäre. Hoffen wir, dass sich diese Vereinfachung auf institutioneller Ebene in einer höheren Effizienz bei der Entscheidungsfindung niederschlagen wird! Und nicht zuletzt wird die EZB unabhängig bleiben. Sie müsste die Zinsen erhöhen, der einzige Weg für eine Revitalisierung der Sparanlagen und ihrer Stakeholder.

# Rechtliche Wirksamkeit von Negativzinsvereinbarungen

Christian König, Geschäftsführender Direktor, Europäische Bausparkassenvereinigung

## Einleitung

Seit über drei Jahren stellt sich für einlagenbasierte Kreditinstitute in der EU die Herausforderung, auf die Zinspolitik der EZB und die von ihr vorgegebenen negativen Zinsen zu reagieren. Die Herabsenkung des Zinssatzes für die Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf  $-0,10\%$  mit Wirkung zum 11. Juni 2014<sup>1</sup> ist nun mehr vier Jahre her. In weiteren drei Schritten wurde der Zinssatz bis zum Jahre 2016 weiter auf aktuell  $-0,40\%$  gesenkt.<sup>2</sup> Nicht nur die EZB verlangt Negativzinsen für die Einlagefazilität, sondern aktuell auch die Schwedische Nationalbank mit  $-1,25\%$ <sup>3</sup>, die Dänische Nationalbank mit  $-0,65\%$ <sup>4</sup> und die Schweizerische Nationalbank mit  $-0,75\%$ .<sup>5</sup> Diese Zinspolitik in Europa reagiert auf die Finanz- und Wirtschaftskrise mit „billigem“ Geld, vielmehr extrem billigem bzw. kostenlosem Geld. Dieses Mittel der Notenbanken soll dazu dienen, den Anreiz zu liefern, das Geld auszugeben statt zu horten, also Nachfrage zu generieren

und damit die Wirtschaft anzukurbeln. Die Kreditwirtschaft soll mit diesem negativen Einlagenzins, also Strafzins, verstärkt auch über attraktive Konditionen für den Endverbraucher oder Unternehmer günstigere Kredite herausgeben.<sup>6</sup>

Fraglich ist nun, ob der von den Notenbanken vorgegebene Zinssatz auch direkt an die Kunden der Kreditinstitute weitergegeben werden darf oder soll.

Mit diesem Beitrag soll versucht werden, einen Überblick über einige bislang bereits entschiedene Rechtsverfahren zu geben, ob die Vereinbarung von Negativzinsen rechtlich zulässig ist. Dabei wird exemplarisch die französische, deutsche und österreichische Rechtsentwicklung wiedergegeben.

## 1. Ausgangsfrage

Hinsichtlich der Frage der rechtlichen Möglichkeit der Vereinbarung eines Negativzinses ist zuerst auf das zugrundeliegende Vertragsverhältnis abzustellen. Da zumindest nach deutschem Recht die Vereinbarung über einen Sparvertrag auch ein Darlehensvertragsverhältnis darstellt<sup>7</sup>, ist auch diese Vertragsbeziehung rechtlich zu bewerten. Die zweite Frage wäre, ob

beispielsweise für einen Immobiliendarlehensvertrag auch ein negativer Zins zu zahlen ist, wenn der zugrunde liegende Referenzwert bei einer variablen Zinsvereinbarung ins Negative reicht.

Die folgenden juristischen Fragen könnten sich stellen:

1. Kann ein Kreditinstitut einen Negativzins für einen Sparvertrag vereinbaren? Muss also der Sparer einen Betrag zahlen, um Geld bei einer Bank zu hinterlegen?
  - a) Wenn ja, gilt dies nur für Neuverträge oder kann das Kreditinstitut auch in laufenden Vertragsverhältnissen einen Zins im negativen Bereich verlangen?
  - b) Dürfen derartige Zinsänderungsklauseln überhaupt im Wege Allgemeiner Geschäftsbedingungen vereinbart werden?<sup>8</sup>
  - c) Sind Negativzinsen nicht ein Verstoß gegen das nationale oder europäische gesetzliche Leitbild des entgeltlichen Darlehensvertrages?<sup>9</sup>

1 Beschluss der EZB vom 5. Juni 2014 (EZB/2014/23) Abl. EU Nr. L 168/115 v. 7. Juni 2014

2 Stand 1. Januar 2018, [http://www.ecb.europa.eu/stats/policy\\_and\\_exchange\\_rates/key\\_ecb\\_interest\\_rates/html/index.en.html](http://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html)

3 Stand 1. Januar 2018, <http://www.riksbank.se/en/Interest-and-exchange-rates/search-interest-rates-exchange-rates/?g2-SECBDEPOEFF=on&from=2017-12-03&to=2018-01-02&f=Day&cAverage=Average&s=Comma>

4 Stand 1. Januar 2018, <http://www.nationalbanken.dk/en/marketinfo/official-interest-rates/Pages/Default.aspx>

5 Stand 1. Januar 2018, [https://www.snb.ch/en/i/about/stat/statpub/zidea/id/current\\_interest\\_exchange\\_rates](https://www.snb.ch/en/i/about/stat/statpub/zidea/id/current_interest_exchange_rates)

6 Siehe dazu Hingst/Neumann, BKR 2016, S. 95

7 So für den Fall der Sparphase bei einem Bausparvertrag vom BGH als Darlehensvertrag festgestellt in den Urteilen des deutschen BGH vom 20. Juni 2017 Az. XI ZR 716/16, vom 1. August 2017 Az. XI ZR 469/16 und vom 21. Februar 2017 Az. XI ZR 272/16 und Az. XI ZR 185/16

8 Dazu zustimmend Langer/Brockner WM 2017, 1917 ff.

9 So Kropf WM 2017, 1185 der bei Negativzinsen von einem Vertrag sui generis ausgeht, ggfs. handelt es sich auch um einen Verwahrvertrag so Ernst, ZfPW 2015, 252

d) Dürfen Kreditinstitute<sup>10</sup> derartige Konstruktionen überhaupt anbieten<sup>11</sup>?

2. Muss der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer einen negativen Zins auskehren, wenn der variable Zinssatz aufgrund des Referenzzinssatzes in den negativen Bereich sinkt, oder endet die Pflicht des Darlehensnehmers zur Zahlung eines Zinses mit dem Erreichen der 0 %-Grenze?

All diese Fragen wurden bislang nur zum Teil und ansatzweise von einzelnen Gerichten in Deutschland, Österreich und Frankreich beantwortet. Höchststrichterliche Rechtsprechung lässt, außer in Österreich, weiterhin auf sich warten. In jedem Fall dürften die Antworten auf diese Fragen die europäischen Gerichte noch einige Jahre beschäftigen, so dass diese Darstellung nur ein Zwischenstand sein kann.

## 2. Österreich

Das oberste Zivilgericht der Republik Österreich hatte bereits mehrfach die Gelegenheit, sich mit dem Phänomen der Negativzinsen auseinander zu setzen, aber bislang nur in den Fällen, in welchen ein variabler Zinssatz für einen Darlehensvertrag vereinbart worden ist und der Referenzzinssatz sich in den negativen Bereich bewegt hat.

Der Österreichische Oberste Gerichtshof (OGH) hatte mit Urteil vom 13. Oktober 2009<sup>12</sup> bereits entschieden, dass Nullverzinsung aufgrund einer Zinsgleitklausel gegen das Grundprinzip der positiven Verzinsung von Spareinlagen verstößt.

In dem zugrundeliegenden Verfahren hatte der Verein für Konsumenteninformation eine Bank bezüglich der Verwendung von Klauseln abgemahnt, die eine Zinsgleitklausel für die Verzinsung von Sparbüchern vorsah.

Diese Zinsgleitklausel war an den Leitzinssatz der EZB geknüpft und in ihr war geregelt, dass die Entwicklung des Indikators zu negativen Zins-Perioden führen kann. Für diese Perioden sollte die Verzinsung der Spareinlage unterbleiben und erst dann wieder aufgenommen werden, wenn sich anhand der Indikatorentwicklung ein positiver Wert ergibt.

Der Verein für Konsumenteninformation hatte diese Klausel angegriffen und die Möglichkeit der Nullverzinsung als gröbliche Benachteiligung im Sinne des § 879 Abs. 3 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) gewertet.

Der OGH hielt diese Zinsanpassungsklausel für eine Nebenbestimmung, die der Inhaltskontrolle unterliegt.

Bei einer möglichen Nullverzinsung einer Spareinlage sei nach Auffassung des OGH eine Interessensabwägung

vorzunehmen, um eine gröbliche Benachteiligung festzustellen.

Grundsätzlich seien Zinsanpassungsklauseln nicht zu beanstanden. Aus dem Begriff der Spareinlage, der in § 31 Abs. 1 des österreichischen Bankwesengesetzes definiert ist, folgert der OGH, dass Spareinlagen Geldeinlagen seien, die nicht für den Zahlungsverkehr sondern der Anlage dienen. Aus dem Begriff der Anlage folgte nach Auffassung des OGH letztlich, dass grundsätzlich nur eine verzinsliche Einlage möglich ist.

Einlagen seien gekennzeichnet durch eine Verzinsung, da hier typischerweise die Vermögensbildungs- und Gewinnerzielungsabsicht im Vordergrund stehe.

§ 31 Abs. 1 des österreichischen Bankwesengesetzes beschreibe letztlich die Spareinlage als Geldanlage bei Kreditinstituten, die nicht dem Zahlungsverkehr dienen, sondern der Anlage.

Aus dem Wort der „Anlage“ schließt der OGH, dass die Verzinsung beziehungsweise Gewinnerzielungsfunktion zwingend erforderlich sei.

Die allgemeine Geschäftsklausel, über die der OGH zu entscheiden hatte und die zur Nullverzinsung führt, widerspräche dem angelegten Zweck der Spareinlage hinsichtlich der Gewinn- und Vermögensbildung diametral.

Der Österreichische Oberste Gerichtshof führt weiter aus, dass der EZB-Leitzins keineswegs den Interessen der

<sup>10</sup> Ggfs. ergibt sich aus den unterschiedlichen Sparkassengesetzen der deutschen Bundesländer etwas anderes so Binder/Hellstern ZIP 2016, 1309

<sup>11</sup> Dazu Langner/Müller WM 2015, 1984

<sup>12</sup> 5 Ob 138/09v

sparenden Verbraucher verpflichtet sei, sondern der Liquiditätssicherung von Banken.

Die Verknüpfung der Verzinsung von Sparguthaben mit dem EZB-Leitzins diene nach Auffassung des OGH nicht primär den Interessen von Sparern, weil es deren legitimes Interesse sei, Zinsen für Einlagen zu erhalten und nicht durch niedrige Zinsen die Liquidität der Banken zu erhöhen.

Aus dieser Wertung schloss der OGH, dass eine Nullverzinsung für Spareinlagen eine gröbliche Benachteiligung ist, so dass diese Klausel grundsätzlich nichtig ist.

Bezüglich der Negativverzinsung von Darlehen entschied der Österreichische Oberste Gerichtshof mit Urteil vom 21. März 2017<sup>13</sup> aber, eine Zinsgleitklausel, die an den LIBOR anknüpft und ausschließt, in den negativen Bereich zu gleiten, nicht zu beanstanden.

In diesem zugrundeliegenden Revisionsfall des Obersten Gerichtshofs Österreichs hatte im Rahmen eines Unterlassungsklageverfahren ein Verbraucherschutzverein ein Kreditinstitut abgemahnt, welches bei der Vergabe von Fremdwährungsdarlehen mit Darlehensnehmern Zinsanpassungsklauseln bzw. Zinsgleitklauseln vereinbart hatten die einen Indikator und einen Zinsaufschlag auf den LIBOR vorsahen. Wenn der LIBOR als Indikator für den variablen Zins unter Null sinken sollte, war geregelt worden, dass der

Mindestzinssatz 0,000... % entspricht, so dass der Verbraucher von einer Senkung des LIBORs nicht partizipiert, sondern maximal 0 % Zinsen zahlen muss.

In dem zugrundeliegenden Zeitraum war im Februar 2015 der 1-Monats-LIBOR für Schweizer Franken auf -0,9250 % gesunken. Der klagende Verbraucherschutzverein hielt die Nichtanpassung des Kreditzinses in den negativen Bereich zugunsten des Kreditgebers für einen Verstoß gegen die Vertragstreue.

Mit dieser Festlegung auf den niedrigsten Zinssatz von 0,000... % habe die Bank gegen das Gebot der Anpassungssymmetrie von Zinsgleitklauseln verstoßen, weil Veränderungen auch zugunsten des Verbrauchers nicht vollständig an den Vertragspartner weitergegeben worden seien. Der Oberste Gerichtshof ist zwar grundsätzlich der rechtlichen Auffassung, dass bei Zinsgleitklauseln eine Entgeltssenkung im gleichen Ausmaß und in gleicher zeitlicher Umsetzung wie bei einer Entgeltsteigerung vorzunehmen sei.

Fraglich sei aber, ob Negativzinsen vom Leitbild des Darlehensvertrages erfasst seien. Nach dem österreichischen Recht (§ 988 ABGB) erwirke der Darlehensnehmer mit Abschluss des Kreditvertrages ein unmittelbar vertraglich gewährtes Gestaltungsrecht auf Abruf des Kredits. In der Regel bestehe das Entgelt aus den Zinsen, die der Darlehensnehmer zu zahlen hat (§ 988 Satz 3 ABGB). Neben dem Zins können auch laufzeitunabhängige Bearbeitungsgebühren vom Kreditgeber

verlangt werden (so auch OGH-Urteil, 6 Ob 13/16d).

Ob eine negative Verzinsungsvereinbarung zulässigerweise getroffen werden konnte, war aber in dem konkreten Fall vom OGH nicht zu beurteilen, da eine solche Klausel nicht vereinbart wurde. Bezugnehmend auf ein bisheriges Urteil des OGH (5 Ob 138/09v) führt dieser aus, dass eine Nullverzinsung von Spareinlagen unzulässig sei, weil zinsliche Spareinlagen typischerweise Vermögensbildungs- und Gewinnerzielungsfunktion hätten. Eine Nullverzinsung widerspreche elementar dem gesetzlich angelegten Zweck einer Spareinlage.

In dem konkreten Fall führte der OGH allerdings aus, dass er der rechtlichen Auffassung sei, dass Vertragsparteien, die Zinsgleitklauseln vereinbaren, bei Vertragsschluss davon ausgehen, dass der Darlehensnehmer ein Entgelt für das zur Verfügung stellen des Geldbetrages für die jeweilige Zinsperiode an Zinsen zu zahlen hat. Dies könne sich allenfalls auf 0 reduzieren, es sei aber nicht anzunehmen und vom Parteiwillen erfasst, dass der Kreditgeber durch Negativzinsen ggfs. weniger zurückerhält, als er zur Verfügung gestellt hat. Durch die Nichtweitergabe der Negativzinsen an den Verbraucher werde dem Kunden auch kein weiteres Risiko der Bank übergewälzt, sondern er wird lediglich von seiner Verpflichtung befreit, Sollzinsen als Entgelt für die Gewährung des Kredites zu zahlen.

Der Österreichische Oberste Gerichtshof hält also eine Zinsgleitklausel, die

<sup>13</sup> 10 Ob 13/17k



bei einem entsprechenden negativen Indexzins (LIBOR) nicht in den negativen Bereich rutscht, für zulässig, auch wenn der Verbraucher als Darlehensnehmer nicht von den negativen Darlehenszinsen profitiert.

### 3. Frankreich

Ähnliche Darlehensfallkonstellationen mit Zinsgleitklauseln wurden bereits in Frankreich durch die Instanzgerichte entschieden (Urteil des Landgerichts Straßburg vom 5. Januar 2016 (n° 15/00764) sowie Urteil des Landgerichts Montpellier vom 9. Juni 2016 (n° 11-16-000424)).

Zu erwähnen sind exemplarisch zwei Entscheidungen zur Frage, inwieweit eine variable Zinsvereinbarung bei einem Verbraucherdarlehensvertrag dazu führen kann, dass, wenn der Index in den negativen Bereich sinkt, sodann auch der Darlehensnehmer, in diesem Fall ein Verbraucher, keinen positiven Zins für die Nutzung der Valuta zahlen muss, sondern einen negativen Zins, also vom Kreditgeber diesen gutgeschrieben bekommt.

Das Gericht in Straßburg und auch das Gericht in Montpellier hatten jeweils über die Klage eines Verbrauchers zu entscheiden, der einen entsprechenden negativen Zins, also das Auskehren von Zinsbeträgen für die Nutzung der Darlehensvaluta, verlangt hatte.

Der zugrunde liegende Index, der „Libor CAF 1 Jahr“, war im Jahre 2015 unter Null gesunken und das kredit-

gebende Institut weigerte sich, dem Verbraucher den negativen Zins, also Auszahlungen von Zinsbeträgen, zu berechnen. Die Gerichte hatten die Frage zu beantworten, ob ein negativer Zinssatz bei der Anknüpfung an einen Referenzsatz möglich sei, wenn kein Floor (0 %) vertraglich vereinbart worden war.

Das Kreditinstitut argumentierte, dass es dem Darlehensvertrag immanent sei, für das Verleihen der Darlehensvaluta ein Entgelt zu beanspruchen. Die Kosten für das Geldverleihen teilte das Institut in den Zins und in die Marge auf.

Bei der Anknüpfung an einen negativen Index würden nach Auffassung des Kreditinstituts diese Kosten für die Leihe der Darlehensvaluta nicht gedeckt, da die entsprechende Marge nicht erzielt würde. Damit verliere der Darlehensvertrag den entgeltlichen Charakter, so dass das Kreditinstitut nicht verpflichtet sei, einen Negativzins auszus zahlen.

Begründet wurde dieser Ansatz auch dahingehend, dass Kreditinstitute derartige Geschäfte sonst nicht schließen würden.

Der Richter des LG Straßburg stellte die Parteimaxime in den Vordergrund. Die Variation der Anknüpfung an diesen Index sei von den Parteien gewollt gewesen und die Bank habe keinen Floor vereinbart. Die Bank habe daher nicht das Recht, die Klausel zur Verzinsung mit der Anknüpfung an den variablen Zinssatz bei Unterschreiten der Null-

grenze zu ihren Gunsten abzuändern, sondern müsse dem Darlehensnehmer auch den negativen Zins auszahlen.

Damit gaben der Richter in Straßburg, aber auch der Richter in Montpellier, den dauerhaften entgeltlichen Charakter des Darlehensvertrages auf. In diesem konkreten Fall werde der entgeltliche Charakter des Darlehensvertrages, wenn auch nur zeitweise, sehr wohl nach Auffassung der Richter gewahrt, zumindest bis zu dem Zeitpunkt des Absinkens des Zinssatzes unter Null.

Somit sei nach Auffassung des Gerichts der Darlehensvertrag in seiner Gesamtheit zumindest teilweise entgeltlich.

Allerdings erkannte das Gericht an, dass zum Zeitpunkt des Eintritts negativer Zinsen der Vertrag seine Berechtigung, also seine *raison d'être*, verliert. Der Richter in Straßburg kündigte zumindest in seinem Beschluss an, dass die Möglichkeit der richterlichen Vertragsgestaltung nach französischem Recht besteht, sodass der Richter den gesetzlichen Zinssatz festlegen kann, also auch einen positiven.

In dem Urteil des Landgerichts Montpellier wurde dem Verbraucher letztendlich aber konkret der Anspruch auf negative Zinsen, als Auszahlungsanspruch gegenüber dem Darlehensgeber, zugesprochen.

#### 4. Deutschland

In Deutschland sind insoweit lediglich erstinstanzliche Urteile zur Frage der Vereinbarkeit von Negativzinsen bekannt. Das Landgericht Tübingen hatte mit Urteil vom 26. Januar 2018 über die Frage der Zulässigkeit der Vereinbarung von Negativzinsen für Tages-, Termin und Festgelder einer Volksbank zu entscheiden. Anders als in den dargestellten Fällen aus Österreich und Frankreich betrifft diese deutsche erstinstanzliche Entscheidung, die nicht rechtskräftig ist, Sparverträge von Verbrauchern und nicht Darlehensverträge.

Das LG Tübingen hat entschieden, dass grundsätzlich eine negative Verzinsung von Einlagenverträgen (Tages- und Festgeld) frei vereinbart ist, wenn dies in den Verträgen hinreichend deutlich wird. In dem zugrundeliegenden Sachverhalt hatte die von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg abgemahnte Genossenschaftsbank in einem Preisaushang für bestimmte Einlagenverträge erstmals im Mai 2017, auch für laufende Verträge, einen negativen Zinssatz benannt.

Erst in den ab Anfang 2017 abgeschlossenen Einlagenverträgen beinhalten diese neuen Verträge einen ausdrücklichen Hinweis auf mögliche negative Zinsen. Das Landgericht hielt die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die im Wege des Preisaushangs auf die negative Verzinsung aufmerksam machten, für unwirksam und überraschend, da sie auch die Altverträge erfassen.

Das Gericht stellt fest, dass es sich bei der Klausel über den negativen Zins um eine der Inhaltskontrolle entzogene Preishauptabrede handle, da diese die Hauptleistungspflicht, die Zahlung von Zinsen bei einem Darlehensvertrag oder die Zahlung der Vergütung für die Gegenleistung aus dem Verwahrvertrag, darstelle. Das Gericht hält diese Klausel mit der Möglichkeit des Verlangens von Negativzinsen für die vor Januar 2017 zustande gekommenen Verträge für unwirksam, da eine solche Klausel vom gesetzlichen Leitbild abweichend und überraschend sei.

Im Januar 2017 hatte die beklagte Bank bei den neu vereinbarten Einlagenverträgen entsprechende Hinweise in die Verträge aufgenommen, dass sich im Rahmen der variablen Zinssätze auch ein negativer Zinssatz ergeben kann.

Zur Begründung führt das Gericht aus, dass das Darlehensrecht keine Entgeltspflicht für den Darlehensgeber vorsehe. Dies habe die Bank aber nachträglich eingeführt und somit einseitig in das Gefüge der Hauptleistungspflicht eingegriffen, was einseitig im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht zulässig sei.

Die für die Frage der grundsätzlichen möglichen Negativverzinsung relevanten Aussagen des Gerichts werden im Folgenden wiedergegeben:

„Richtig ist zwar, dass eine gesetzliche Definition des Zinses fehlt und dass dieser nach dem Gesetz nicht auf positives Vorzeichen festgelegt ist. Unter dem Darlehenszins wird allgemein die

„gewinn- und umsatzabhängige, laufzeitabhängige“, in Geld oder anderen vertretbaren Sachen zu entrichtende Vergütung für die Möglichkeit des Kapitalgebrauchs verstanden. Eine Aussage dazu, ob die Vergütung des Kapitalgebrauchs zwingend positiv zu sein hat, kann der Definition nicht klar entnommen werden.“

Das Gericht macht eindeutig klar, dass grundsätzlich eine Negativverzinsung möglich ist, aber nicht im Wege der Ankündigung im Preisaushang, wenn in dem konkreten Vertragsgefüge diese Möglichkeit nicht explizit aufgeführt worden ist.

Nach diesem ersten aktuellen Urteil der Instanzgerichte wäre eine Vereinbarung von Negativzinsen AGB-rechtlich möglich, auch im Rahmen von variablen Zinsvereinbarungen, die über den Preisaushang mitgeteilt werden, sofern in dem zugrundeliegenden Vertragsverhältnis auf die Möglichkeit der Negativverzinsung deutlich hingewiesen worden ist.

Übersehen wird zumeist, dass das deutsche oberste Zivilgericht, der BGH, sich bereits im April 2010 im Rahmen einer Entscheidung zur Wirksamkeit von Zinsänderungsklauseln bei Sparverträgen am Rande mit der Frage einer negativen Verzinsung befasst hat.<sup>14</sup> In diesem Zusammenhang machte der deutsche Bundesgerichtshof damals, also noch vor der aktuellen EZB-Negativzinspolitik klar, dass eine Klausel, in

<sup>14</sup> BGH vom 13. April 2010, Az. XI ZR 187/09

der ausdrücklich angegeben ist, dass die Zinsänderung in dieser Weise erfolgen soll, zwar gegebenenfalls der Inhaltskontrolle standhalten könne. Im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung könne nach Auffassung des BGH diese in dem konkreten Sachverhalt zugrundeliegende Berechnungsmethode aber nicht zugrunde gelegt werden, da sie nicht dem beiderseitigen Interesse der Parteien entspreche. Der immer gleiche Abstand zum Referenzzins führe zu einer Sicherung der anfänglichen Marge in absoluten Prozentpunkten über die gesamte Vertragslaufzeit und könne, wenn der Referenzzins stark falle, im Extremfall dazu führen, dass der Vertragszins unter Null falle, also theoretisch eine Zinszahlungspflicht des Kunden an die Bank entstünde. Der BGH führte aus, dass eine absolute Margensicherung oder gar das Entfallen eines Zinsanspruches bzw. die Umkehr eines Zahlungsanspruches in eine Zahlungspflicht nicht interessensgerecht sei. Ob der deutsche Bundesgerichtshof diese Aussagen weiterhin im aktuellen Zinsumfeld der EZB aufrechterhalten wird, bleibt abzuwarten.

## 5. Ergebnis

Eine Zusammenfassung dieser isolierten Entscheidungen einiger Mitgliedstaaten ist aufgrund der unterschiedlichen nationalen Rechtsrahmen nicht möglich. Ein europäisches Leitbild eines Spar- bzw. Darlehensvertrages gibt es trotz der bestehenden Verbraucherkreditrichtlinie und Wohnimmobilienkreditrichtlinie nicht. In jedem Fall zeigen die rechtlichen Fragestellungen

bezüglich der Negativzinsen, dass mit der politisch motivierenden Nullzinspolitik der EZB das Gefüge von Preis und Leistung für das Leihen von Geld durcheinandergeraten und empfindlich gestört ist. Ob juristische Klarheit ggfs. durch den EuGH für die gesamte EU geschaffen wird, ist offen und bleibt abzuwarten. In jedem Fall kann sich dies noch einige Jahre hinziehen. In der Zwischenzeit werden die nationalen Gerichte der EU weiter unterschiedlich entscheiden, trotz einheitlicher negativer Zinssätze durch die EZB.

## EuGH-Bericht 2017

# Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

### 1. Vorabentscheidungsersuchen

**Rs. C-154/15, C-307/15, C-308/15: Verbraucherverträge/ Missbräuchliche Mindestzinssatzklausel bei Hypothekendarlehen/ Nichtigerklärung**

*(Urteil des EuGH vom 21. Dezember 2016)*

Die Vorabentscheidungsverfahren des EuGH betreffen die Auslegung der Art. 6 und 7 der Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

In Spanien hatten einige Verbraucher Klagen gegen Kreditinstitute erhoben, um feststellen zu lassen, dass Mindestzinssatzklauseln, die in die zwischen den Parteien geschlossenen Hypothekendarlehensverträge aufgenommen worden waren, missbräuchlich und die Verbraucher daher nicht daran gebunden waren. Die fraglichen Klauseln sahen vor, dass der Verbraucher selbst wenn der Zinssatz unter einen im Vertrag festgelegten Mindestzinssatz fällt, weiterhin Mindestzinsen in dieser Höhe zahlen muss, ohne in den Genuss eines darunter liegenden Zinssatzes kommen zu können.

Der Oberste Gerichtshof Spaniens (Tribunale Supremo) stufte die Klauseln als missbräuchlich ein, entschied aber auch, die zeitlichen Wirkungen der Nichtigerklärung zu beschränken, so dass diese nur für die Zukunft Wirkungen entfaltet, nämlich ab der Verkündung des Urteils.

Einige Verbraucher, die von der Anwendung dieser Klausel betroffen waren, verlangten die Beträge zurück, die sie ihrer Ansicht nach seit dem Abschluss ihrer Kreditverträge zu Unrecht an die Kreditinstitute gezahlt hatten. Das Handelsgericht Nr. 1 Granada und Provinzgericht Alicante, die mit diesen Anträgen befasst wurden, wollten vom EuGH wissen, ob die Beschränkung der Restitutionswirkungen der Nichtigerklärung auf den Zeitpunkt der Verkündung des Urteils des Obersten Gerichtshofs mit der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln vereinbar ist, da Verbraucher nach dieser Richtlinie nicht an solche Klauseln gebunden sind.

Dies ist laut dem EuGH nicht mit dem Unionsrecht vereinbar, denn eine solche Beschränkung führe zu einem unvollständigen und unzureichenden Verbraucherschutz, der kein angemessenes und wirksames Mittel ist, um der Verwendung missbräuchlicher Klauseln ein Ende zu setzen.

Der EuGH stellte daher fest, dass das Unionsrecht einer nationalen Rechtsprechung entgegensteht, nach der die Restitutionswirkungen der Nichtigkeit einer missbräuchlichen Klausel auf die Beträge beschränkt sind, die rechtsgrundlos gezahlt wurden, nachdem die Entscheidung mit der Feststellung der Missbräuchlichkeit der Klausel verkündet worden war. Die Feststellung der Missbräuchlichkeit muss dazu führen, dass die Lage wiederhergestellt wird, in der sich der Verbraucher ohne diese Klausel befunden hätte.

**Rs C-421/14: Verträge zwischen Gewerbetreibenden und Verbrauchern/ Missbräuchliche Klauseln/ Hypothekendarlehensverträge/ Verfahren der Zwangsvollstreckung in eine mit einer Hypothek belasteten Immobilie**

*(Urteil des EuGH vom 26. Januar 2017)*

Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen. Dieses Ersuchen erging im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen der Banco Primus SA und Jesús Gutiérrez García.

Die portugiesische Banco Primus gewährte Herrn Gutiérrez García ein durch eine Hypothek an dessen Wohnung gesichertes Darlehen. Nachdem es zu Zahlungsausfällen seitens des Herrn Gutiérrez García kam, stellte Banco Primus das Darlehen vorzeitig unter Berufung auf eine Klausel des Darlehensvertrags fällig und verlangte zum einen die Zahlung des gesamten noch nicht zurückgeführten Kapitals. Zum anderen veranlasste sie die Zwangsversteigerung der hypothekengebundenen Wohnung des Herrn Gutiérrez García. Den Zuschlag erhielt in dessen Folge Banco Primus. Herr Gutiérrez García wandte sich gegen das Zwangsvollstreckungsverfahren.

Das vorliegende Gericht stellte jedoch zum einen fest, dass der von Herrn Gutiérrez García eingelegte Einspruch verspätet sei, da er nach Ablauf der in der Vierten Übergangsbestimmung

des Gesetzes 1/2013 festgesetzten Ausschlussfrist eingeleitet worden sei.

Zum anderen stellte das vorliegende Gericht fest, dass der den Grundsatz der Rechtskraft regelnde Art. 207 der LEC eine erneute Prüfung der Missbräuchlichkeit der Klauseln des im Ausgangsverfahren in Rede stehenden Vertrags verhindere, da dessen Vereinbarkeit mit der Richtlinie 93/13/EWG bereits im Rahmen der in Rechtskraft erwachsenen Entscheidung geprüft worden sei.

Das vorliegende Gericht wollte daher einerseits wissen, ob die Vierte Übergangsbestimmung des Gesetzes 1/2013 mit der Richtlinie 93/13/EWG vereinbar ist, und andererseits, ob es in einem komplexen Hypothekenvollstreckungsverfahren, wie dem im Ausgangsverfahren in Rede stehenden, trotz der Vorschriften des Art. 207 der LEC aufgrund der Richtlinie 93/13/EWG verpflichtet ist, die Klauseln eines Vertrags, der im Rahmen einer rechtskräftigen Entscheidung bereits anhand der Richtlinie 93/13 geprüft worden war, von Amts wegen erneut zu prüfen.

Der EuGH sprach sich für eine gerichtliche Prüfungspflicht solcher, möglicherweise missbräuchlichen Klauseln von Amts wegen aus, wenn deren etwaige Missbräuchlichkeit bei einer vorhergehenden, mit einer rechtskräftigen Entscheidung abgeschlossenen gerichtlichen Kontrolle nicht geprüft worden war.

Gleichzeitig urteilte der EuGH, dass die Richtlinie 93/13/EWG einer nati-

onalen Rechtsvorschrift nicht entgegensteht, welche es dem nationalen Gericht untersagt, die Missbräuchlichkeit der Klauseln eines Vertrags von Amts wegen erneut zu prüfen, wenn bereits durch eine rechtskräftige Entscheidung über die Vereinbarkeit aller Klauseln des Vertrags mit der Richtlinie entschieden worden ist.

**Rs C-75/16: Widerspruch von Verbrauchern im Rahmen eines von einem Kreditinstitut eingeleiteten Mahnverfahrens/Anwaltszwang**  
(Urteil des EuGH vom 14. Juni 2017)

In dem Vorabentscheidungsverfahren des EuGH, vorgelegt vom Tribunale Ordinario di Verona (Gericht Verona, Italien), hat der EuGH sich mit der Umsetzung der Vorgaben der ADR-Richtlinie (*Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten)*) befasst.

Italien hatte die Richtlinie dahingehend umgesetzt, dass vor einem Gerichtsverfahren zwingend ein außergerichtliches Streitbeilegungsverfahren bei Klagen von Verbrauchern gegen Unternehmen absolviert werden muss. In diesem Verfahren war Anwaltszwang vorgesehen, und ein derartiges Verfahren konnte nach italienischem Recht nur dann durch den Verbraucher abgebrochen werden, wenn er einen rechtfertigenden Grund

für diesen Abbruch des außergerichtlichen Streitverfahrens darlegt.

Im konkreten Fall räumte Banco Popolare Herrn Menini und Frau Rampanelli einen Kontokorrentkredit ein, um ihnen den Erwerb von Aktien zu ermöglichen. Die Banco Popolare erwirkte in weiterer Folge einen Mahnbescheid, deren Betrag nach ihrer Auffassung über die Eröffnung eines hypothekarisch gesicherten Kontokorrents geschuldet wurde. Herr Menini und Frau Rampanelli legten Widerspruch gegen diesen Mahnbescheid ein. Das vorliegende Gericht wies darauf hin, dass ein solches Widerspruchsverfahren nach nationalem Recht nur unter der Voraussetzung zulässig wäre, wenn die Parteien zuvor ein Mediationsverfahren eingeleitet hätten.

Der EuGH führte aus, dass grundsätzlich die ADR-Richtlinie vorsieht, dass das ADR-Verfahren freiwillig durchzuführen ist.

Aus dieser Freiwilligkeit lässt sich allerdings nicht schließen, dass es einem Mitgliedsstaat verwehrt wäre, zwingend ein außergerichtliches Streitbeilegungsverfahren vorzuschalten.

Allerdings hielt der EuGH es nicht mit der Richtlinie vereinbar, dass Italien einen Anwaltszwang für das außergerichtliche Streitbeilegungsverfahren vorgesehen hatte. Auch die Regelung im italienischen Recht, ein außergerichtliches Streitbeilegungsverfahren durch den Verbraucher nur dann ohne nachteilige Folgen für ihn im Rahmen des sich anschließenden Gerichtsver-

fahrens beilegen zu können, wenn der Verbraucher einen rechtfertigenden Grund belegen kann, hielt das Gericht für nicht richtlinienkonform. Insbesondere die Tatsache, dass nach italienischem Prozessrecht auch die Verhängung einer Geldbuße in dem sich anschließenden späteren Verfahren vorgesehen ist, wenn ein Mediationsverfahren vorgerichtlich ohne rechtfertigenden Grund nicht stattgefunden hat, hielt der EuGH für nicht richtlinienkonform.

**Rs. C-186/16: Verbraucherschutz/ Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen/ Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln/ In einer Fremdwährung geschlossener Kreditvertrag/ Zeitpunkt, auf den für die Beurteilung des Missverhältnisses abzustellen ist (Urteil des EuGH vom 20. September 2017)**

Das Vorabentscheidungsverfahren des EuGH, eingereicht von der Curtea de Apel Oradea (Berufungsgerichtshof Oradea, Rumänien), betrifft die Auslegung von Art. 3 Abs. 1. und Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

Im Zeitraum von 2007 bis 2008 nahmen Frau Ruxandra Paula Andriciu und weitere rumänische Verbraucher, die ihr Einkommen damals im Rumänischen Lei bezogen, bei der Banca Românească Immobilienkredite in Schweizer Franken auf. Die Darlehensverträge enthielten die Klausel, dass

die Valuta in der Schweizer Währung zurückzuzahlen ist, ungeachtet etwaiger Währungsschwankungen. Danach änderte sich der betreffende Wechselkurs erheblich zum Nachteil der Kreditnehmer. Diese wandten sich an die rumänischen Gerichte und beantragten die Feststellung, dass es sich hierbei um eine missbräuchliche Klausel im Sinne der Richtlinie 93/13/EWG handle. Die Kreditnehmer machten dabei u. a. geltend, die Bank habe ihr Produkt bei Vertragsschluss verzerrt dargestellt und ausschließlich die Vorteile, die die Kreditnehmer daraus ziehen könnten, hervorgehoben, ohne auf die potenziellen Risiken und die Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung dieser Risiken hinzuweisen.

Das vorliegende rumänische Gericht bat den EuGH, den Umfang der Pflicht des Kreditgebers zu präzisieren, in wie weit dieser über das mit Fremdwährungskrediten verbundene Wechselkursrisiko aufklären müsse.

Die EuGH stellt in diesem Urteil fest, dass diese beanstandete Klausel über die Rückzahlungspflicht eine Hauptleistungspflicht des Vertrages regelt. Somit ist das in Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie 93/13/EWG geregelte Gebot der klaren und verständlichen Abfassung von Klauseln auch auf diese Hauptleistungspflicht anwendbar. Folglich kann diese Klausel nicht als missbräuchlich angesehen werden, sofern sie klar und verständlich abgefasst ist.

Klar und verständlich abgefasst ist das Klauselwerk dann, wenn ein normal informierter, angemessen aufmerk-

mer und verständiger Durchschnittsverbraucher nicht nur die Möglichkeit einer Auf- oder Abwertung der Fremdwährung, auf die der Kredit lautet, erkennen, sondern auch die – möglicherweise erheblichen – wirtschaftlichen Folgen einer solchen Klausel für seine finanziellen Verpflichtungen einschätzen kann. Laut EuGH setzt dies zudem voraus, dass Finanzinstitute bei Kreditverträgen den Kreditnehmern Informationen zur Verfügung stellen, die ausreichen, um die Kreditnehmer in die Lage zu versetzen, umsichtige und besonnene Entscheidungen zu treffen.

Schließlich habe der nationale Richter in dem Fall, dass das Kreditinstitut seinen Pflichten nicht nachgekommen sei und die Missbräuchlichkeit der streitigen Klausel folglich geprüft werden könne, zum einen die mögliche Missachtung des Gebots von Treu und Glauben durch die Bank, zum anderen das Vorliegen eines erheblichen und ungerechtfertigten Missverhältnisses zwischen den Vertragsparteien zu bewerten. Für diese Bewertung sei auf den Zeitpunkt des Abschlusses des betreffenden Vertrages abzustellen (Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/EWG). Dabei seien u. a. die Expertise und die Fachkenntnisse der Bank zu den möglichen Wechselkursschwankungen und den mit der Aufnahme eines Fremdwährungskredits verbundenen Risiken zu berücksichtigen. Eine Vertragsklausel könne ein Missverhältnis zwischen den Parteien bewirken, das sich erst im Laufe der Vertragserfüllung herausstelle.

## 2. Urteil

### **Rs T-122/15: Aufsicht über Kreditinstitute/Bewertung der Bedeutung eines Kreditinstituts (Urteil des EuG vom 16. Mai 2017)**

Die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (L-Bank) hatte – nach Durchführung des Verfahrens vor dem administrativen Prüfungsausschusses der Europäischen Zentralbank (Administrative Board of Review – ABoR) vor dem EuG gegen ihre Unterstellung unter die direkte Aufsicht der Europäischen Zentralbank geklagt. Gegenstand der Klage war der Beschluss der Europäischen Zentralbank zur Einstufung der L-Bank als bedeutendes Unternehmen, wie er nach Abschluss des ABoR-Verfahrens von der EZB neu gefasst wurde. Die L-Bank machte insgesamt geltend, dass in ihrem Fall „besondere Umstände“ iSd Art 6 Abs 4 der SSM-Verordnung (*Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15.10.2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank*) iVm Art 70 der SSM-Rahmenverordnung (*Verordnung (EU) Nr. 468/2014 der Europäischen Zentralbank vom 16.4.2014 zur Einrichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus*) vorlägen, welche trotz der Überschreitung des in Art 6 Abs 4 der SSM-Verordnung vorgesehenen Schwellenwerts von 30 Mrd. EUR Bi-

lanzsumme die Einstufung als weniger bedeutendes Unternehmen rechtfertigten. Zudem brachte sie u. a. vor, der EZB-Beschluss weise einen Begründungsmangel auf, da er in sich widersprüchlich und nicht folgerichtig sei. Die Landeskreditbank führte damit in ihrer Klage nicht an, dass die Ziele und Grundsätze des SSM durch eine Aufsicht auf nationaler Ebene besser umgesetzt werden können, sondern versuchte nur darzulegen, dass diese ausreichend sei.

Das EuG wies die Klage in allen Punkten ab. Dabei stellte es darauf ab, dass besondere Umstände nur dann vorliegen sollen, wenn die Einstufung als weniger bedeutendes Institut besser geeignet ist, die Ziele der SSM-Verordnung zu erreichen. Diesen Prüfungsmaßstab entnahm der EuG dabei der Stellungnahme des ABoR, welche dem EZB-Beschluss als Anlage beigelegt war. Mit dem inhaltlichen Vorbringen der Klägerin befasst sich das EuG nicht oder nur cursorisch, da diese aus Sicht des EuG (und der EZB) den falschen Prüfungsmaßstab angelegt hatte (nämlich, dass besondere Umstände bereits dann vorliegen sollen, wenn die Aufsicht durch die nationalen Behörden genauso geeignet ist wie die Aufsicht der EZB, um die Ziele der SSM-Verordnung zu erreichen). Zur Herleitung des Prüfungsmaßstabs stellte sich das EuG auf den Standpunkt, dass die SSM-Verordnung der EZB eine ausschließliche Kompetenz zur Beaufsichtigung aller Kreditinstitute in der Eurozone übertragen habe, und zwar nicht nur hinsichtlich der einigen bedeutenden Kreditinstitute. Auch einen

Begründungsmangel konnte das EuG nicht erkennen. Hier nimmt das EuG ebenfalls zumindest ergänzend auf die Stellungnahme des ABoR Bezug.

Die L-Bank hat gegen das Urteil Rechtsmittel beim EuGH eingelegt.

## 6 Jahreschronologie 2017

### Januar

#### 1. Januar 2017

##### Ratspräsidentschaft

Malta übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

#### 9. Januar 2017

##### Haushalt

Das Europaparlament bestätigt den bisherigen EU-Kommissar für Digitales und Wirtschaft, Günther Oettinger, als neuen EU-Haushaltskommissar.

#### 10. Januar 2017

##### Datenschutz

Die Europäische Kommission schlägt neue Vorschriften für den Datenschutz im Bereich der elektronischen Kommunikation vor. Die Vorschläge sind Teil der im Mai 2015 vorgestellten Strategie für den digitalen Binnenmarkt.

#### 17. Januar 2017

##### Europäisches Parlament

Antonio Tajani (EVP, IT) gewinnt die Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Mit 351 Stimmen liegt er im vierten Wahlgang vor Gianni Pittella (S&D, IT), für den 282 Abgeordnete stimmen.

#### 19. Januar 2017

##### Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Das Europäische Parlament weist einen delegierten Rechtsakt iVm der 4. Geldwäscherichtlinie (Richtlinie 2015/849) bezüglich Drittländern mit hohem Risiko von Geldwäschepraktiken zurück. Die Abgeordneten des Parlaments fordern, dass die Europäische Kommission ihre „schwarze Liste“ von

Ländern, die ein Geldwäsche- oder Terrorismusfinanzierungsrisiko darstellen, überarbeitet. Natürliche und juristische Personen aus den in der Liste aufgeführten Ländern sollen strenger kontrolliert werden, wenn sie in der EU unternehmerisch tätig werden wollen. In einer entsprechenden Entschließung fordern die Abgeordneten, dass die Liste erweitert werden sollte, um zB auf Staaten, die Steuerdelikte ermöglichen.

#### 20. Januar 2017

##### Kapitalmarktunion

Die Europäische Kommission konsultiert im Rahmen der Erstellung ihres Zwischenberichts zu den bisherigen Ergebnissen der Kapitalmarktunion.

#### 30. Januar 2017

##### Benchmarking

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) erinnert die zuständigen Behörden an die zur Dateneinreichung wichtigsten Fristen, die im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Benchmarking-Tests 2017 erforderlich sein werden. Trotz der noch ausstehenden Genehmigung der geänderten technischen Durchführungsstandards (ITS) für das Benchmarking der internen Ansätze durch die Europäische Kommission soll die Einhaltung der Fristen einen reibungslosen Start der Übung sicherstellen.

### Februar

#### 14. Februar 2017

##### Finanzdienstleistungen

Der Rat der EU und das Europäische Parlament einigen sich auf ein Programm zur Förderung der Beteiligung von Verbrauchern an der Gestaltung der Politik in Bezug auf Finanzdienstleistungen. Zwei verbrauchernahe Nichtregierungsorganisationen (Finance Watch und Better Finance) erhalten Finanzhilfen für Tätigkeiten, die Verbraucher und andere Endnutzer zur Beteiligung an der Politikgestaltung anregen.

#### 16. Februar 2017

##### Zukunft der EU

Das Europäische Parlament verabschiedet drei Entschlüsse zur Zukunft der EU. Dabei geht es um die Funktionsweise der Europäischen Verträge und wie diese verbessert werden können sowie die Reform der Eurozone und den Haushaltskapazitäten der Eurozone.

- 1) Die erste Entschließung von Frau Bresso (S&D, IT) und Herrn Brok (EVP, DE) befasst sich damit, wie das Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausgeschöpft werden kann.
- 2) In der zweiten Entschließung, von Herrn Verhofstadt (ALDE, BE) werden Vorschläge zur Reform des Vertrags von Lissabon, etwa in den Bereichen der wirtschaftspolitischen Steuerung, Außenpolitik, Grundrechte und Transparenz, vorgelegt.



3) In der dritten Entschließung unterbreiten Herr Böge (EVP, DE) und Frau Berès (S&D, FR) Vorschläge, wie die Ökonomien der Eurozone einander angeglichen und besser gegen Schocks von außen geschützt werden können. Sie präsentieren eine Konvergenzstrategie, unterstützt von einem Haushalt für die Eurozone, der von den Mitgliedstaaten finanziert und unter klar definierten Bedingungen verfügbar sein soll.

Alle Vorschläge sind Teil eines Pakets, mit dem das Europäische Parlament seine Position zur Zukunft der EU im Vorfeld des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge festlegt.

### 20. Februar 2017

#### Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Die drei europäischen Aufsichtsbehörden (EBA, EIOPA und ESMA = ESAs) veröffentlichen eine gemeinsame Stellungnahme zu den Risiken der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung für den europäischen Finanzsektor, zu der sie gemäß Artikel 6 (5) der 4. Geldwäscherichtlinie ermächtigt sind. Das Ergebnis der Stellungnahme kann als Ermächtigungsgrundlage für die Kommission und den europäischen Gesetzgeber verstanden werden, neue und aktuelle Gesetzesvorhaben zügig umzusetzen.

## März

### 1. März 2017

#### Die Zukunft der EU

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker stellt in der Plenartagung des Europäischen Parlaments das Weißbuch zur Zukunft Europas vor. Das Weißbuch ist der Beitrag der Europäischen Kommission zum EU-Gipfel von Rom am 25. März 2017 und versucht verschiedene Möglichkeiten für die Zukunft der EU zu skizzieren. Darin werden fünf Szenarien vorgestellt, die bis 2025 weiterentwickelt werden könnten.

### 3. März 2017

#### Whistleblower

Die Europäische Kommission startet eine öffentliche Konsultation zum Schutz für Whistleblower. Whistleblower können eine Schlüsselrolle beim Kampf gegen Geldwäsche, Betrug oder Korruption spielen, so Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung. Mit der Konsultation will die EU-Kommission den Handlungsspielraum für horizontale oder weitergehende sektorale Maßnahmen auf EU-Ebene ausloten, um den Schutz für Whistleblower zu stärken.

### 9. März 2017

#### Rat der Staats- und Regierungschefs

Donald Tusk wird für eine zweite Amtszeit von zweieinhalb Jahren für den Zeitraum vom 1. Juni 2017 bis zum 30. November 2019 zum Präsidenten des Europäischen Rates wiedergewählt.

### 21. März 2017

#### Europäische Aufsichtsbehörden

Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Konsultation zur Arbeitsweise der Europäischen Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities – ESAs).

Insbesondere geht es darum, möglichen Änderungsbedarf an den bestehenden Aufgaben, Befugnissen und Governance-Systemen der ESAs zu ermitteln. Ziel ist es, die Wirksamkeit der Aufsichtsbehörden zu erhöhen. Das Konsultationspapier enthält auch Überlegungen zur Finanzberichterstattung, die darauf abzielen, die Prüfungspraxis in Europa stärker zu vereinheitlichen. Darüber hinaus werden Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle der ESMA sowie die Integration des Committee of European Audit Oversight Bodies (CEAOB) in die ESMA zur Diskussion gestellt.

### 23. März 2017

#### FinTech

Die Europäische Kommission veröffentlicht das Konsultationspapier „FinTech: Ein wettbewerbsfähigerer und innovativerer europäischer Finanzsektor“. Mit der Konsultation will die Europäische Kommission den digitalen Wandel der Finanzbranche begleiten und erhofft sich aus den Antworten Aufschluss darüber, welchen Ansatz sie dabei verfolgen soll.

#### Finanzdienstleistungen für Privatkunden

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zu Finanz-

dienstleistungen für Privatkunden und stellt darin 12 Aktionen vor.

#### 25. März 2017

**60. Jahrestag der Römischen Verträge**  
Die Staats- und Regierungschefs der EU kommen anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom zusammen.

### April

#### 27. April 2017

##### Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Die Europäische Kommission beschließt, gegen Kroatien, Portugal, Spanien und Zypern Klagen beim Gerichtshof der Europäischen Union einzubringen, da diese Länder es bisher versäumt haben, die Wohnimmobilienkreditrichtlinie in ihre nationalen Rechtsordnungen umzusetzen. Die Wohnimmobilienkreditrichtlinie hätte von den Mitgliedstaaten bis zum 21. März 2016 umgesetzt werden müssen.

### Mai

#### 3. Mai 2017

##### Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

In einer gemeinsamen Abstimmung der Ausschüsse für Wirtschaft und Währung (ECON) sowie bürgerliche Freiheiten (LIBE) wiesen die Europaabgeordneten zum zweiten Mal einen delegierten Rechtsakt iVm der 4. Geldwäscherichtlinie (Richtlinie 2015/849) bezüglich Drittländern mit hohem Risiko von Geldwäscherpraktiken zurück.

#### 4. Mai 2017

##### Benchmarking

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht eine geänderte Fassung ihrer Implementing Technical Standards (ITS) zum Benchmarking von internen Ansätzen. Diese Änderungen zielen darauf ab, eine bessere Qualität der übermittelten Daten zu gewährleisten und letztlich die EBA und die zuständigen Behörden bei der Bewertung von internen Ansätzen für Kredit- und Marktrisiken im Jahr 2018 zu unterstützen.

#### 11. Mai 2017

##### Finanzdienstleistungen (Finanzierung von Finance Watch und Better Finance)

Der Rat der Europäischen Union billigt das Programm zur Förderung der Einbindung von Verbrauchern an der Gestaltung der Politik in Bezug auf Finanzdienstleistungen.

Das Europäische Parlament hat zuvor dem Programm, das den Zeitraum 2017-2020 abdeckt und mit 6 Mio. EUR ausgestattet ist, am 27. April 2017 zugestimmt.

#### 16. Mai 2017

##### Prospektverordnung

Der Rat der Europäischen Union nimmt die Prospektverordnung sowie die Verordnung zur Regulierung von Geldmarktfonds formell an.

Um die Stabilität des Geldmarktes zu fördern, sollen Geldmarktfonds künftig unter anderem neuen, strengeren Liquiditätsanforderungen sowie anderen Schutzmaßnahmen unterliegen. Die neu gestaltete Prospekt-

verordnung sieht zB vor, dass kleine Kapitalbeschaffungs- und Crowdfunding-Projekte bis zu einer Million EUR überhaupt keinen Prospekt erstellen müssen und der EU-Prospekt erst ab einer Höhe von acht Millionen EUR verpflichtend sein wird.

#### 17. Mai 2017

##### Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Der delegierte Rechtsakt iVm der 4. Geldwäscherichtlinie (Richtlinie 2015/849) bezüglich Drittländern mit hohem Risiko von Geldwäscherpraktiken wird auch im Plenum des Europäischen Parlaments abgelehnt.

#### 30. Mai 2017

##### Verbriefungen

Das Europäische Parlament und der Ministerrat einigen sich unter Beteiligung der Europäischen Kommission auf ein Paket zur Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes der EU. In dem Paket werden Kriterien für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung (STS) festgelegt.

#### 31. Mai 2017

##### Wirtschafts- und Währungsunion

Die Europäische Kommission veröffentlicht ein Reflexionspapier zur Wirtschafts- und Währungsunion. Im Nachgang zu ihrem am 1. März vorgelegten Weißbuch zur Zukunft Europas befasst sich die Kommission in dem Papier mit den Möglichkeiten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Auf dem Fünf-Präsidenten-Bericht vom Juni 2015 aufbauend, soll das Papier sowohl die Debatte über die Wirt-

schafts- und Währungsunion anregen, als auch dazu beitragen, zu einer gemeinsamen Sicht ihrer künftigen Ausgestaltung zu gelangen. Unter Berücksichtigung der Diskussionen in den Mitgliedstaaten und der Standpunkte der anderen EU-Institutionen werden konkrete Schritte dargelegt, die bis zu den Europa-Wahlen im Jahr 2019 eingeleitet werden könnten. Für die darauffolgenden Jahre, in denen die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion vollendet würde, skizziert sie eine Reihe von Optionen.

## Juni

### 7. Juni 2017

#### EBA Stresstest

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde veröffentlicht einen Entwurf zur Methodik des in 2018 durchgeführten EU-weiten Stresstests. Die Methodik umfasst alle relevanten Risikobereiche und wird erstmals den IFRS 9 Rechnungslegungsstandard enthalten.

### 8. Juni 2017

#### Kapitalmarktunion

Die Europäische Kommission veröffentlicht ihren Zwischenbericht („Mid-Term-Review“) zur Vollendung der Kapitalmarktunion.

Dieser zeigt die bisherigen Fortschritte – wie zB das Verbriefungspaket – auf. Das Paket würde Kapazitäten in den Bankbilanzen freimachen und zusätzliche Finanzierungsmittel für private Haushalte und schnell wachsende Unternehmen mobilisieren.

In der Halbzeitbilanz wird auch ein Zeitplan für neue Maßnahmen festgelegt. Diese sollen in den kommenden Monaten präsentiert werden und umfassen u.a. ein EU-weites Produkt der privaten Altersvorsorge. Daneben wolle die Kommission auch weiterhin an der Verbesserung des Aufsichtsrahmens für integrierte Kapitalmärkte und der Verhältnismäßigkeit der Vorschriften für börsennotierte KMU und Wertpapierfirmen sowie der Erschließung des Potenzials der Finanztechnologie und Förderungen nachhaltiger Investitionen arbeiten.

### 21. Juni 2017

#### Steuern

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Richtlinienentwurf, der vorsieht, dass Intermediäre, wie Steuerberater, Buchhalter, Banken und Anwälte, die grenzüberschreitende Steuerplanungsstrategien für Kunden ausarbeiten und empfehlen beim Vorliegen bestimmter Merkmale und Kennzeichen diese unaufgefordert den Steuerbehörden innerhalb von fünf Tagen ab Bereitstellung an einen Kunden melden müssen, bevor sie zum Einsatz kommen. In jenen Mitgliedstaaten, in denen einer solcher Regelung das Vorhandensein des Anwaltsgeheimnisses entgegensteht, soll die Informationspflicht auf die Kunden übergehen.

### 26. Juni 2017

#### Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung

Die 4. Richtlinie zur Geldwäschebekämpfung (Richtlinie 2015/849) tritt in Kraft. Die Europäische Kommission kündigt an, den Stand der Umsetzung

zu prüfen und sich mit den Mitgliedstaaten in Verbindung zu setzen, falls sie die notwendigen Maßnahmen noch nicht ergriffen haben.

### 28. Juni 2017

#### Finanzen

Die Europäische Kommission veröffentlicht ein Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finanzen. Darin werden die finanziellen Auswirkungen der fünf möglichen EU-Zukunftsszenarien beleuchtet, welche die Kommission in ihrem Weißbuch zur Zukunft Europas am 1. März 2017 skizziert hat.

#### Verbraucher trends

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht ihren jährlichen Bericht zu Verbrauchertrends. Darin legt sie ihren Schwerpunkt auf Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen, die Privatkunden angeboten werden.

### 29. Juni 2017

#### Einheitliches, Europäisches, Privates Altersvorsorgeprodukt

Die Europäische Kommission legt einen Verordnungsvorschlag für ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (pan-European personal pension product, PEPP) vor.

### 30. Juni 2017

#### Verbraucherschutz

Die Europäische Kommission startet eine öffentliche Konsultation zur gezielten Überarbeitung der EU-Verbraucherschutzrichtlinien.

## Juli

### 1. Juli 2017

#### Ratspräsidentschaft

Estland übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

### 8. Juli 2017

#### Basel III

In ihrer gemeinsamen Abschlusserklärung betonen die Staats- und Regierungschefs der G20 die Bedeutung eines offenen und widerstandsfähigen Finanzsystems, welches auf gemeinsamen internationalen Standards beruht. Daher sei man bestrebt, weiter am Abschluss des Basel-III-Rahmenwerks zu arbeiten, ohne dadurch die Kapitalanforderungen über den gesamten Bankensektor hinweg signifikant zu erhöhen. Zudem soll beim Abschluss der Arbeiten auf gleiche Ausgangsvoraussetzungen für alle Marktteilnehmer (level playing field) geachtet werden.

### 14. Juli 2017

#### Nachhaltige Finanzierung

Die von der Europäischen Kommission Ende 2016 eingesetzte Expertengruppe für nachhaltige Finanzierung veröffentlicht einen Zwischenbericht mit ersten Handlungsempfehlungen zur Finanzierung einer nachhaltigen europäischen Wirtschaft.

### 24. Juli 2017

#### Finanzdienstleistungen für Privatkunden

Die Europäische Kommission konsultiert im Rahmen ihres Aktionsplans für Finanzdienstleistungen für Privatkunden zu Aktion 1 (Niedrigere Gebühren für Transaktionen ohne Beteiligung

des Euro) und Aktion 2 (Transparenz der Währungsumrechnung).

## August

### 4. August 2017

#### FinTech

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde veröffentlicht ein Diskussionspapier über Finanztechnologieunternehmen (FinTech). In dem Papier stellt die Europäische Bankenaufsichtsbehörde die ersten Ergebnisse ihrer EU-weiten FinTech-Bestandsaufnahme vor und präsentiert zukünftige Vorschläge zur Ausgestaltung der FinTech-Landschaft.

### 18. August 2017

#### PRIIPs

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde veröffentlicht Leitlinien für die Basisinformationsblätter (KID) für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIPs).

### 23. August 2017

#### Kapitalmarktunion

Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Konsultation über die Verbesserung von post-trade services (einschließlich clearing, settlement und collateral management).

### 31. August 2017

#### FinTech

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Entwicklungen von FinTech und Implikationen für Bankenaufseher und die Geschäftsmodelle der Banken zu erforschen. Die Ergebnisse und

Schlussfolgerungen dieser Gruppe werden in einem Konsultationsdokument veröffentlicht.

## September

### 20. September 2017

#### Europäische Aufsichtsbehörden

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Gesetzgebungsvorschlag zur Überarbeitung des Rechtsrahmens der Europäischen Aufsichtsbehörden (EBA, ESMA, EIOPA – ESAs).

### 21. September 2017

#### Europäische Aufsichtsbehörden

Die Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) legen ihren Herbstbericht zu den Risiken und Schwächen des Europäischen Finanzsystems vor.

### 27. September 2017

#### BRRD & SRM

Berichterstatter MEP Hökmark (EVP, SE) veröffentlicht im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament seine Berichtsentwürfe zur Überarbeitung der BRRD sowie der SRM-Verordnung.

### 30. September 2017

#### Europäische Bankenaufsichtsbehörde

Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre Bewertung der Angebote zum neuen Sitz der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA).

## Oktober

### 11. Oktober 2017

#### Vollendung der Bankenunion

Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Mitteilung. Darin ruft sie das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union auf, bis Ende 2018 eine politische Einigung über ausstehende Kernelemente der Bankenunion zu treffen. Nach Ansicht der Kommission ist die Bankenunion vollendet, wenn folgende Kernelemente umgesetzt sind: Reduktion der Risiken im Bankensektor; Europäisches Einlagenversicherungssystem (EDIS); Fiskalische Letztsicherung (Backstop); Abbau der Bestände an notleidenden Krediten; mögliche Maßnahmen für Wertpapiere, die mit Staatsanleihen besichert werden; und erweiterte Bankenaufsicht.

### 24. Oktober 2017

#### Europäische Kommission

Die Europäische Kommission stellt ihr Arbeitsprogramm für den Zeitraum November 2017 bis Dezember 2018 vor.

### 25. Oktober 2017

#### Trennbankenverordnung

Die Europäische Kommission zieht ihren Legislativvorschlag über strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit europäischer Kreditinstitute, die sogenannte Trennbankenverordnung, ersatzlos zurück.

## November

### 20. November 2017

#### Europäische Bankenaufsichtsbehörde

Die Verlegung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) wird am Rande der Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ beschlossen. Nach der geheimen Abstimmung der 27 Minister geht der Zuschlag per Los an Paris.

### 22. November 2017

#### Überarbeitung der CRR/CRD IV

Berichterstatler MEP Simon (S&D, DE) veröffentlicht im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament seinen Berichtsentwurf zur Überarbeitung der CRR und CRD IV.

## Dezember

### 4. Dezember 2017

#### Eurogruppe

Der portugiesische Finanzminister, Mario Centeno, wird zum neuen Präsidenten der Eurogruppe gewählt.

### 6. Dezember 2017

#### Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Europäische Kommission legt ihr Maßnahmenpaket zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vor. Zentrale Vorschläge sind die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), eines Europäischen Wirtschafts- und Finanzministers sowie Haushaltsinstrumente für ein stabiles Euro-Währungsgebiet.

### 7. Dezember 2017

#### Basel III

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht schließt seine Arbeiten zum Basel III-Rahmenwerk ab.

## Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV)

Die Europäische Bausparkassenvereinigung, die am 29. August 1962 gegründet wurde, ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, die die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen.

Sie verfolgt den Zweck, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen der Mitglieder gegenüber den Institutionen der Europäischen Union wahrzunehmen, die Mitglieder über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen zu informieren und den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik zu unterstützen und zu intensivieren.

Die Bausparkassen leisten in weiten Teilen Europas und außerhalb einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum.

### Impressum

Herausgeber:

Europäische Bausparkassenvereinigung

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brüssel, Belgien

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: [info@efbs-bausparkassen.org](mailto:info@efbs-bausparkassen.org)

## Preface to the annual report of the European Federation of Building Societies (EFBS)



Peter Simon,  
MEP

The financial crisis which shook the global economy and sent shock waves through the European Union member states started with the US subprime mortgage crisis in summer 2007. It was caused by a real estate market inflated by speculative finance that allowed borrowers with poor credit scores to take out home loans; indeed, in many cases, they were persuaded to do so by the banks' own advisers. The dream of owning a home of one's own, which occupies a central place in the life planning of many Europeans as well, was exploited by banks for whom making quick short-term profits was more important than sustaining a viable business model over the long term.

The analysis of the financial crisis shows the key importance of sound advice and a stable economic model in the financing of home ownership. The European building societies – the Bausparkassen – have embodied this model for decades, helping many Europeans to make their dream of home

ownership a reality, with no risk to borrower or lender.

With that in mind, one of my priorities is to ensure that in the implementation of the global standards developed in response to the lessons of the financial crisis, well-functioning business models are not disadvantaged by excessive regulation and red tape. In approaching the task of regulating the financial markets, therefore, we should always keep in mind which rules were developed for whom, and to what extent we can ensure that they are applied proportionately in order to ease the burdens on those market actors who not only bear no blame for the financial crisis but in fact ensured, during its aftershocks, that there was no collapse of traditional lending to private individuals and SMEs.

This thinking and analysis also guide my approach to the revision of the Capital Requirements Directive (CRD) and Capital Requirements Regulation (CRR), for which I am the European

Parliament's rapporteur. Here, the legislator must differentiate between the diverse banking market actors and make this visible to the relevant market participants by establishing differing requirements for business models according to their risk profile. On the one hand, new global standards must be implemented, albeit with individual adaptations on points of detail if they are justified in response to Europe's specific conditions and allow more risk-sensitive treatment than is provided for by the global regime. The introduction of the new Basel standards, such as the leverage ratio, the net stable funding ratio (NSFR) and the fundamental review of the trading book (FRTB), will further reduce risks in the financial markets and enhance the resilience of the European banking sector. Any watering down or departure from these standards would considerably weaken international cooperation among the various jurisdictions and their supervisory authorities and put a question mark over all that has been achieved in bank regulation since the creation of the banking union. Anyone wishing to boost the stability of the financial system while ensuring fair competition among globally operating banks must commit to the international standards adopted through global cooperation. The European Parliament does so unreservedly.

On the other hand, we should create an awareness that a Single Rulebook, which – in formal terms – implies that equal rules apply to all market participants, may in practice create excessive burdens for small regional banks with

traditional business models if they are required to comply with standards developed for global banks, and this equal treatment would ultimately put these small regional banks at a competitive disadvantage. The 2016 study by Ernst & Young provides a good example: on average, regulatory investments represent 35 % of banks' investments, but for the smaller banks, the figure is as high as 51 %. This means that smaller banks have far less scope to invest in expanding their line of business or improving the quality of the products on offer. It should be clear that bank regulation and the associated compliance costs must be designed so as to ensure that larger market players cannot use economies of scale to squeeze smaller ones out of the market. Anyone wishing to protect traditional low-risk retail banking must, therefore, not merely talk about proportionality: they must embed it in the relevant legislation.

In the revision of the CRD and CRR, therefore, it is extremely important to define who should benefit from proportionality and precisely what form any easing of burdens should take.

As a first step, I am therefore working towards an EU-wide definition of a small and non-complex institution whose classification should achieve some degree of balance between hard quantitative and qualitative criteria that take the bank's size and business model into account and provide flexibility in relation to its supervision.

Secondly, it is important to clarify that measures to ease the burden for small

and low-risk banks should be purely administrative in nature; an easing of standards on capital and liquidity is not an option. Less stringent rules should apply primarily to disclosure requirements and the scope of reported data. The introduction of a simplified form of the NSFR is also an option; this should comply with the principle underlying the existing simplified approaches, balancing reduced granularity of the data points to be requested – in effect, a lighter administrative burden – against more stringent calibration.

Consistent implementation of international standards and proportionate application of these standards to small and non-complex banks must therefore go hand in hand in order to achieve a more stable international financial sector while guaranteeing that the expertise of small regional players, as the cornerstone of retail banking and SME financing, does not fall away over the long term.

In that spirit, I wish the European Federation of Building Societies another successful half-century and more as a strong home financing partner for Europe's citizens.



# Contents

	Foreword.....	45
<b>1</b>	Positions papers.....	49
<b>2</b>	The EFBS in 2017 .....	53
	– Committees .....	53
	– EFBS-Public relations work.....	59
<b>3</b>	Housing sector trends in Europe .....	61
<b>4</b>	EFBS Focus .....	67
	The European visions of Jean-Claude Juncker and Emmanuel Macron: what impact on savers? by Didier Davydoff.....	67
	The Legal Effectiveness of Negative Interest Rate Agreements by Christian König .....	69
<b>5</b>	ECJ-Report 2017 .....	75
<b>6</b>	2017: The year in review.....	79
	Appendix.....	86
	– Officers of the Federation .....	86
	– List of Members.....	87



# 1 Position Papers

## Position paper on the revision of the CRR/CRD IV

On 22 November 2017, the Social Democratic rapporteur in the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) presented his draft report on the revision of the CRR and CRD IV. On 23 November 2016, the Commission had presented a comprehensive package of legislation to amend the CRR/CRD IV.

The draft report on the revision of the CRR provides inter alia for a leverage ratio of 4 % for institutions which are designated globally systemically important institutions (G-SIIs) or part of a G-SII. Furthermore, additional quantitative and qualitative criteria are introduced in respect of the threshold value set by the European Commission to define a "small institution". For example, the competent supervisory authority may at its discretion raise the quantitative threshold value from EUR 1.5 billion to up to 0.1 % of the gross domestic product (GDP) of the Member State in which the institution is established. However, it may also lower the threshold value to as low as 1 % of GDP. A small institution should be non-complex, meaning, for example, that it does not use internal models for calculating own funds requirements. Furthermore, under Article 104 of the Commission's proposal to amend the CRR, the European Banking Authority (EBA) is required to develop guidelines, within two years after entry into force, on the meaning of exceptional circumstances justifying the re-classification of a trading book position as

a non-trading (banking) book position. The rapporteur took the view that EBA guidelines are not necessary, as the Basel Committee requirements are sufficient.

For the EFBS, it was important that the Bauspar system be considered to an adequate extent in relation to the calculation of the leverage ratio. The EFBS therefore advocated for netting in the case of pre-intermediate financing contracts. This was taken up by the Social Democratic rapporteur in his draft report on the revision of the CRR. In his justification, he wrote: "In the case of pre-intermediate financing by building savings institutions, payments of principal increase the building savings institution balance, leave the exposure value of the building savings institution unchanged and increase the balance volumes, although the balance can be offset with the exposure value if necessary. In the case of regular loans, the repayment leads to the reduction of the exposure value and the balance sheet volume. For this reason, offsetting the savings deposit with the savings contract should be enabled with the calculation of the leverage ratio."

The EFBS also contributed to the comments by the European Banking Industry Committee (EBIC) on the legislative proposal. In its letter dated 4 October 2017, the EFBS raised the issue of the distinction between banking book and trading book for inclusion in the comments. In particular, it pointed out that many key components of the fundamental review of the trading book (FRTB) are still being discussed

at international level. The Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) has recognised flaws in the calibration and is currently looking at adjusting them with an updated version within the FRTB framework. The EFBS therefore expressly recommended that the Commission's FRTB package be put on hold until technical discussions at the international level are finalised and an updated text is available. The EFBS pointed out that Europe should not suffer from uneven playing field situations by frontloading international standards that are not yet finalised.

However, should the European Parliament decide to implement the FRTB in its current form, Amendment 56 of the report on the revision of the CRR should be supported, in the EFBS's view. This amendment makes it clear that in the distinction between the trading book and banking book, it is appropriate to focus on trading intent.

In any event, the EFBS continued, it is essential to avoid a situation in which numerous non-trading book institutions are subject to the regulations applicable to trading book institutions as a result of the new definitions. The EFBS also pointed out that the current CRR draft (Article 104f.) is based on the legal presumption that investment funds with a certain percentage of equity and daily look-through are to be assigned to the trading book. However, with approval of the competent supervisory authority, they may be carried in the banking book. Investment in such fund units is widespread especially among smaller and specialised

non-trading book institutions, where neither the institution management nor the investment company possesses the characteristics of trading book business. Therefore the organisation for the necessary approval for allocation of certain investments to the banking book must be practicable.

Furthermore, the current draft of the CRR (Article 94) provides for a derogation for small trading book business. According to the current draft of the CRR, the maximum volume of trading book business to qualify for the derogation is to be increased and established at EUR 50 million and 5 % of the total balance sheet. In view of the possibility also to be able to exempt institutions with small trading book business permanently, the limit of EUR 50 million should be raised significantly. The relative threshold should also be raised, in the EFBS's view.

### Position paper on the revision of consumer law directives

The EFBS participated in the European Commission's public consultation on the targeted revision of EU consumer law directives. In its position paper dated 4 October 2017, the EFBS commented particularly on the following topics: limits on the amount of information provided at the advertising stage; relevant means of communication; imposition of financial penalties; and unfair commercial practices.

The EFBS welcomed the Commission's proposal to remove the requirement

for information about the trader's geographical address and complaint handling mechanisms to be provided at the advertising stage. As consumers receive the same or more detailed information again at the pre-contractual stage of the transaction, these two information elements are – from a consumer's perspective – not necessary at the advertising stage. By reducing the amount of required information, the removal of these elements would also increase the transparency of the key information provided to consumers at the advertising stage.

With regard to relevant means of communication, the EFBS was in favour of giving consumers broad-based, frictionless access pathways to companies. Post and telephone were regarded as the standard contact methods, with email and web-based means of communication also seen as relevant. This is already provided by EFBS members across the board. Communication between companies and consumers by fax is in practice far less relevant today. For that reason, any future revision of the Directive should remove the requirement for a fax number to be provided at the pre-contractual stage. Mandatory information about and use of a social media account as a relevant means of communication were rejected, as this involves additional effort for the consumer, many of whom choose not to use, or have no wish to use, this form of communication at present.

The introduction or strengthening of possible financial penalties for companies which breach consumer law, in the

EFBS's view, is not necessary for more effective enforcement of consumer protection rules and would create unnecessary and substantial burdens for companies. Comprehensive sanctions for violations of consumer rights are already available under fair trading rules and contract law. In some cases, the courts have awarded consumer organisations a percentage of the turnover of companies that intentionally breached certain provisions of the law. In addition, the individual consumer has comprehensive individual remedies available to them under contract law. In particular, if a company fails to comply with its pre-contractual or contractual obligations, the individual may claim compensation for the damage sustained.

The Commission's proposal to oblige Member States, through an amendment to Directive 2006/29/EC, to grant the right to individual remedies for consumers harmed by unfair commercial practices, particularly in the case of misleading advertising, was rejected. Consumer associations in particular already have the right to bring legal action against companies for commercial practices that may be unfair. Compared with individual remedies, this is a more effective way to safeguard consumers' interests, ensuring that companies comply with the law. Furthermore, consumer organisations may already commence cessation proceedings to prevent future infringements by businesses, with past infringements then to be addressed by retrospective remedies for all consumers. All consumers thus benefit from the legal actions

brought by the consumer organisations and the judicial decisions handed down against companies.

### Position paper on the specification of the nature, severity and duration of an economic downturn

The EFBS participated in the public consultation organised by the European Banking Authority (EBA) on its draft Regulatory Technical Standards (RTS) specifying the nature, severity and duration of an economic downturn. The consultation was based on the Guidelines on PD estimation, LGD estimation and the treatment of defaulted exposures and was part of the EBA's broader work on the review of the IRB approach aimed at reducing the unjustified variability in the outcomes of internal models, while preserving the risk sensitivity of capital requirements.

In its position paper dated 29 May 2017, and as previously stated in its position paper on the Guidelines on PD estimation, LGD estimation and the treatment of defaulted exposures, the EFBS supported the EBA's endeavours to boost confidence in the use of internal rating systems. However, in the efforts to limit unjustified variability of the results of internal models, some proposals are also made which, through new specifications, would restrict institutions' freedom of choice of methods to such an extent that the institutions would no longer be able to draw up the best possible risk forecast for their risk assets.

The EFBS therefore stated, in its position paper, that the EBA's proposals on the specification of an economic downturn represent a considerable change and supplement to the approach so far. The specifications for the model component approach preferred by the EBA are formulated in detail, but nevertheless fail to eliminate many uncertainties and to remedy difficulties in understanding.

The high complexity of the model component approach underpinning the proposals would lead to a very high additional cost for development, implementation, validation and maintenance. In the EFBS's view, considering the uncertain impact on the forecasting quality, this is unjustifiable. The EFBS therefore advocated, instead of detailed specifications for a single approach, laying down general principles which afford the institutions the possibility to continue in each case to choose approaches appropriate for their portfolios.

The EFBS drew attention to the fact that at several points in the consultation paper, the call is made for an independent panel of experts. This requirement to establish a further body independent of the model development, in addition to validation and counterparty risk monitoring units, seemed to the EFBS to be excessive. Here, the requirement should at least be proportionate, since the relevant preconditions do not exist in every institution. The EFBS therefore advocated calling on experts on an optional and situational basis depending on the

individual need, without rigid requirements, and rejected the requirement to establish a further independent unit.

### Position paper on Guidelines on PD estimation, LGD estimation and the treatment of defaulted exposures

The EFBS participated in the consultation procedure organised by the European Banking Authority (EBA). In its position paper dated 10 February 2017, the EFBS expressed support for the EBA's endeavours to boost confidence in the use of internal rating systems. However, in the efforts to limit unjustified variability of the results of internal models, some proposals are also made which, through new specifications, would restrict institutions' freedom of choice of methods to such an extent that the institutions would no longer be able to draw up the best possible risk forecast for their risk assets. Because the draft guidelines are generally geared towards being more conservative, the overall impact will be unintended increases in capital requirements. This would apply even where institutions were already able to establish the appropriateness of the procedures and the underlying assumptions under the IRBA approval tests.

In its position paper, the EFBS also emphasised that new methodological specifications often can be implemented only at considerable expense, since, all other things being equal, not only do individual input variables fre-

quently require adaptation, but also the development and validation process has to be carried out again for all risk parameters of the IRB approach. For reasons of consistency, procedures outside the IRB approach are also often affected by new specifications. The proposed changes will in many cases result in material adaptations in systems and processes of lending decisions, risk provisioning, pricing, credit portfolio models, reporting and data storage, and lead to notifications of key changes to models to the supervisors and renewed approval tests. In the EFBS's opinion, the total expense involved in implementation of the guidelines in the draft version is not justified for procedures which have already been proved to be appropriate, because in general no feasible substantial improvement in the forecasts is identifiable.

The EBA also expected that the guidelines will give rise to a need for adaptation in a large number of rating systems. Based on current information, institutions must assume that, as a result of the combination of the guidelines with new EBA requirements, especially with a view to the definition of default, the assessment criteria in the IRB approach and the specifications on consideration of economic cycles, and as a result of the interaction of the guidelines with the design of expected credit loss models in accordance with IFRS 9, nearly all IRB models of the institutions in Europe will shortly again have to be accepted by the banking supervisors.

The process of implementing new IRB models on specific portfolios – including the dialogue and approval from the competent authorities – typically takes years. Because it is proposed to apply the guidelines from 1 January 2021, efforts would have to be made by the institutions for the IRB tests to be carried out in a prior, very narrow timeframe. Hence the question arises not least of how the banking supervisors are going to cope with the abundance of impending tests.

Delays in the IRBA approvals would have a very detrimental effect on the institutions. Since the model changes and testing will require the institutions to keep a high level of resources available, but are also associated with necessary business policy and strategic specifications, such as the IT release planning and the capital planning, the planning capability of the implementation periods will assume highly critical importance for the institutions.

On the basis of these considerations, the EFBS urgently requested the EBA for simplifications of the requirements and for an extension of the time for their introduction.

## 2 The EFBS in 2017

### Committees

The Semi-Annual Meeting of the European Federation of Building Societies (EFBS) took place in Brussels on 23-24 March 2017. The Annual Meeting was held in Bucharest on 2-3 November 2017. The three specialised committees focused on the following topical issues.

#### Housing Policy and Marketing Committee

The Housing Policy and Marketing Committee began 2017 with a change of personnel. At the March meeting in Brussels, participants were welcomed for the first time by Hans-Christian Valant, Managing Director of Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., in his capacity as new Committee Chair.

At both the Brussels and the Bucharest meetings of the EFBS in 2017, social media and digitalisation – as new trends in industry marketing – were a key focus of attention.

The Spring meeting in Brussels began with a discussion of developments in the Bausparkassen in the individual Bauspar countries in 2016 – a good opportunity for a professional exchange on Bauspar activities across Europe.

Two other interesting presentations completed the programme. First, Professor Michael Voigtländer from the German Economic Institute in Cologne presented the findings of a study on “Renting or Buying” in Germany. This presentation focused on Germany’s home ownership rate, which is rela-

tively low by comparison with other European countries. Although Germany has a high savings rate, the public debate tends to focus mainly on renting, with much less emphasis on supporting home ownership. Professor Voigtländer suggested a number of interesting solutions: for example, reducing the rate of property purchase tax or introducing “rent to own” schemes may be effective government-led mechanisms to support the accumulation of the equity needed for property acquisition over the longer term.

Dennis Hilger from the Hamburg-based FinTech company Facelift brand building technologies GmbH then gave participants some exciting insights into the opportunities to use social networking for the marketing and distribution of financial services. With around 200 employees and more than 1,200 clients, Facelift is the European market leader offering an all-in-one solution for professional social media marketing. Mr Hilger provided some fascinating facts about the use of online media in corporate marketing. For example, around 80 per cent of people spend most of their online time on social media – and this creates valuable marketing opportunities for companies. With so much choice, customer expectations are high. 95 per cent of customers use more than one channel to communicate with companies and brands. The trend is therefore shifting towards omnichannel marketing, which is a major challenge – but an even greater opportunity – for businesses. The message to participants from Dennis Hilger’s presentation was

undoubtedly that there needs to be far more digitalisation in banks and building societies in preparation for the digital future.

As this year’s Annual Meeting of the EFBS was held in Bucharest, the discussion of housing policy issues focused in some detail on the situation of the Bauspar system in Romania. Professor Petre Datculescu from IRSOP Market Research and Consulting Ltd. presented a study on “Positive effects of the Bauspar system for Romania and Romanian households”. Although a large number of Bauspar customers in Romania do not use their Bauspar contract to take out a Bauspar loan, most of the accumulated savings are nonetheless used for building projects, such as renovation. In this way, the Bauspar system also offers people in a weaker socioeconomic position the opportunity to improve their housing situation through their own efforts.

In a further presentation about current housing policy issues in Europe, Dr Juri Schudrowitz from the Association of Private Bausparkassen e.V. looked at “Challenges and opportunities for housing policy in Germany after the elections”. A shortage of building land, high construction costs and further rises in rents and house prices are creating major challenges for German housing policy. Furthermore, the rising proportion of urban dwellers, general population growth and the trend towards single person households mean that the number of available dwellings is constantly decreasing. The supply of affordable housing cannot keep pace

with demand. The problem is exacerbated by legal and capacity constraints in the construction industry. The Committee members took away some interesting ideas that may be helpful in solving this problem, which is widespread, not only in Germany.

Turning to the marketing dimension of the Committee's remit, the key topic of digitalisation was addressed in a presentation by Mark Weinrich from the International Union for Housing Finance on Rocket Mortgage, a fully online mortgage product. Quicken Loans, the American lender behind Rocket Mortgage, claims to have reinvented the entire lending landscape, with loan approvals now taking a matter of minutes. An app provided by Quicken Loans enables customers to apply for a loan any time, anywhere. Customers simply need to register and set up a user account, answer a few questions, "share" their bank and salary statements with Rocket Mortgage and a tailor-made credit facility is offered immediately. Whether this type of tool is likely to take off in Europe in the near future is debatable: bank legislation and regulations are much more stringent in Europe. Nonetheless, the Rocket Mortgage app showed members of the Committee what can be achieved with effective and targeted marketing in the US, also in the field of housing finance.

### Financial Affairs Committee

In 2017, the EFBS's Financial Affairs Committee only met during the Semi-

Annual Meeting in Brussels on 23-24 March. The topics on the agenda were "Credit risk: revisions to the standardised approach/Future of the IRB approach" and "Revision of the CRR, CRD IV, BRRD and SRM Regulation – an overview of the European Commission's legislative proposals", which were discussed with external experts.

Ethan Goh from the Basel Committee on Banking Supervision introduced the topic of "Credit risk: revisions to the standardised approach/Future of the IRB approach". He explained that the Basel Committee's work on the revision of the rules governing the treatment of credit risk (standardised approach/IRB approach) is behind schedule; he had expected to be able to report on tangible outcomes in his presentation.

Mr Goh then gave an overview of the objectives of the standardised approach/IRB approach and the results of the Basel Committee's consultations on the two approaches. With clearer definitions and better taxonomy, the aims are to improve comparability of the standardised approaches and, in the framework of the IRB approach, to reduce variability in portfolio assessment that cannot be explained by different risk factors. Mr Goh's further remarks focused on the use of output floors.

The Committee pointed out that the purpose of Basel II was to align risk weighting to actual risk, not to a required legal minimum. Members therefore cautioned against excessively stringent output floors. The Com-

mittee also expressed concern that the proposed changes could lead to a significant increase in own funds requirements for Bausparkassen. In response to the question whether the Basel Committee was aware of the practical implications for Bausparkassen, Mr Goh said that it was not the intention to allow own funds requirements to increase significantly.

The second topic – "Revision of the CRR, CRD IV, BRRD and SRM Regulation – an overview of the European Commission's legislative proposals" – was dealt with in a presentation by Kai Spitzer from the European Commission, DG FISMA. Mr Spitzer explained the key elements of the banking reform package (revision of the CRR, CRD IV, BRRD and SRM Regulation) presented by the Commission on 23 November 2016. The purpose of the banking reform package is to help substantially reduce risks in the banking sector. Elements include a requirement for Total Loss-Absorbing Capacity (TLAC) for Global Systemically Important Institutions (G-SIIs), a binding Net Stable Funding Ratio (NSFR) for institutions, and the introduction of a binding leverage ratio (LR). The proposal also aims to make rules on banking supervision more proportionate, for example with less burdensome disclosure and reporting requirements for smaller/low-risk institutions. The Commission's proposal also increases the thresholds for assignment to the trading book.

In the ensuing discussion, the Committee drew attention to the different regulatory trends in the EU and the US.



In Europe, there is a continued tightening of the reins, whereas a tendency to deregulate can be observed in the US. Mr Spitzer dispelled concerns that this would put European institutions at a competitive disadvantage, saying that at present, little is known about the US's future policy course. He also drew attention to the Communiqué of the G20 Finance Ministers' meeting in Baden-Baden, in which all members, including the US, confirmed their support for the work to finalise the Basel III framework.

The Committee also enquired about the leverage ratio, a purely balance sheet-oriented, not risk-oriented, measurement. For providers of mortgage loans to the retail market in Europe, it will no longer be solvency but the leverage ratio which threatens to be the limiting factor in future. In the Committee's view, this deprives the leverage ratio of its core function as a backstop. In response to the question whether this is desirable, Mr Spitzer said that in the Commission's proposal, the leverage ratio is not seen purely as a balance sheet measure. Furthermore, the Commission's decision to propose the introduction of a leverage ratio in Europe had not been an easy one. The EBA's proposals to make the leverage ratio more risk-sensitive in parts was also taken up. The introduction of different leverage ratios based on the institution's business model was not supported by the EBA, however, so this option was not taken up by the Commission. Mr Spitzer said that it is now a matter for the legislator to judge whether the Commission has fulfilled

its review mandate adequately or whether further adjustments to the leverage ratio are required.

This was followed by a discussion on the distinction between banking book and trading book. The Committee called for a rethink of the Commission's proposal for a legal presumption in assigning shares to the trading book; it also asked for derogations to be considered for certain groups of institutions, such as Bausparkassen. Mr Spitzer signalled openness to defining cases in which the legal assumption can be refuted more easily.

On the issue of proportionality, the Committee asked which approach the European Commission intends to pursue in future. Mr Spitzer conceded that the issue of proportionality is by no means straightforward. For example, some supervisory authorities have expressed concern that reduced requirements for small institutions could make it more difficult to identify risks. Furthermore, large institutions have complained that separate rules for small banks, with less burdensome disclosure and reporting requirements and an easing of material obligations, would provide systematic advantages for smaller institutions. From the Commission's perspective, therefore, there is currently no possibility of going beyond the proposals already presented. The Committee pointed out that a fixed quantitative threshold as a criterion for classification as a small institution can only be a starting point. An institution's attitude towards risk must also be considered. Broadly speaking,

according to Mr Spitzer, the European Commission shares this view. However, these soft criteria are difficult to translate into legislative provisions.

### Legal Affairs Committee

At the Spring meeting, Dr Natalie Berger, Head of Unit, Insurance and Pensions, in the Directorate General for Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union (FISMA) reported on the European Commission's proposals for a pan-European Personal Pension Product (PEPP) framework. She explained that the purpose of the Commission's initiative is not to harmonise existing personal pension schemes but to develop a "legislative tool" enabling providers to devise pan-European pension products and sell them in a functioning single market for personal pensions. Nor are the Commission's proposals intended to remedy the deficits in existing state pension systems; rather, they aim to create a "legislative framework" to complement the existing rules without imposing additional burdens on businesses. The initiative touches on sensitive issues, such as retirement age. Given the major national differences here, the question which arises is whether a European legal provision is required. However, the European Commission is not planning to intervene in Member States' social models. The greatest problem arising in this context is compatibility with national tax systems; unanimity would still be required for any regulation in this area. The problem of developing a simple, affordable and cost-effective

product that is compatible with the current tax situation in the EU has yet to be resolved. It would only be possible to harmonise individual elements, such as customer information requirements, and the balance between national and EU competences must be maintained here. As to potential providers, the European Commission intends to open the market primarily for those which have similar items in their product range already but are not yet offering them as pension products due to cost. As regards consumer protection, there is scope to build on existing rules, e.g. EU legislation on insurance companies and insurance distribution. The Bausparkassen can also build on their existing customer relations and the associated consumer confidence here and extend their offer to include pension provision. The Commission is, however, reliant on feedback from providers in order to take the initiative forward.

From the Committee's perspective, it is debatable whether the single legislative framework proposed by the Commission is in fact needed. Another relevant factor, from the Bausparkassen perspective, is that they themselves are unlikely to profit from the proposed framework as they are governed by the principles applicable to specialised banks and are therefore only permitted to offer housing finance products, not miscellaneous personal pension products as well.

During the further course of the meeting, Adrian Steiner from DG FISMA's Retail Financial Services and Payments

Unit gave a presentation on the Commission's Consumer financial services action plan, which was published on the day of the Committee meeting. Of particular importance from the Committee's perspective is that the action plan should not only guarantee a high level of consumer protection but should also facilitate cross-border business by providers of financial services, in order to increase consumer acceptance of the European single market. Of the 12 actions proposed in the action plan, the Committee attaches particular importance to the amendment of the provisions on creditworthiness assessments in the Consumer Credit Directive and the Mortgage Credit Directive and the plans to identify existing obstacles to cross-border provision of financial services, such as "gold plating" during the transposition of EU law by Member States. In the Committee's view, the European Commission's previous efforts were ultimately a step in the wrong direction, as they neither responded to customers' needs nor took the provider perspective on cross-border business into account. The Commission's measures focused primarily on consumers. One example is the information requirements to be fulfilled by providers; here, not even the development of the European Standardised Information Sheet (ESIS) led to an increase in cross-border business. Ultimately, in the Committee's view, the consumer protection measures are burdensome for providers but do not add value for consumers, despite this being the intention. For example, when completed, the ESIS – which was originally intended to provide brief in-

formation for consumers – now runs to around 30 pages but is now largely disregarded by consumers. Furthermore, the cross-border distribution of financial products is made less attractive by differences in the legal provisions governing the payment of commission to intermediaries, with the result that the one-off licensing in the country of origin envisaged in the European financial regulations (passporting) is ultimately useless. However, the greatest obstacle, in the Committee's view, is the Rome I Regulation, which states that contracts are governed by the law applicable at the consumer's habitual place of residence. This creates incalculable legal risks for providers if their products have not been fully aligned with the legal frameworks of the target country. As a result, providers are generally deterred from offering financial services on a cross-border basis. The Committee therefore urged the European Commission to amend Article 6(1) of the Rome I Regulation in order to create the necessary conditions for an increase in the provision of cross-border financial services. In the Committee's view, it would also be useful to determine whether there is scope to address obstacles to the cross-border provision of financial services – and these obstacles still exist, despite the process of single market harmonisation having been under way for more than 25 years – in some other way. Options include the creation of EU-wide standard model contracts for consumer or mortgage credit which financial service providers could offer to their customers in the European target countries (or indeed to customers in

their countries of origin) as an alternative to the applicable national law. In the Committee's view, products of this kind are likely to be well-received, not least because they are based on the high level of consumer protection provided for in the existing EU directives. Furthermore, through translation into all the official EU languages and publication in the Official Journal, they are unlikely to present any risks to European consumers. And lastly, the Committee pointed out that even when the single market was still in its infancy, one option considered was to increase the cross-border provision of financial services through mutual recognition of financial instruments. However, this would mean restricting the principle of general interest, which underpins EU law, in order to bring it into compliance with the single market and prevent it from being used by Member States to ward off imports of financial services.

With regard to the current dialogue on the Fifth Anti-Money Laundering Directive, the Committee welcomed the Council of Ministers' position. In particular, the Council had rejected the Commission's proposal to lower to 10 % the threshold set out for identification of beneficial owners. From the Committee's perspective, it was also important that the Council took the view that verification of the quality of customer data should not take place at fixed intervals but should, as before, be performed as required according to risk. Furthermore, in connection with the proposed amendments to Article 40, the Committee appealed to the Council to review the requirement in paragraph 1 to

make copies of documents required for customer due diligence. In the Committee's view, it is essential to include, in the new version of the directive, the exemption from the copying requirement for products which pose a low money-laundering risk, such as long-term savings and insurances, as proposed in the EBIC's comments. This is particularly important for those institutions – such as Bausparkassen – which distribute their products via independent sales representatives, who do not normally have secure mobile copying devices available. In the Committee's view, it is also important that Member States extend the list of products to which simplified due diligence requirements may apply to include Bauspar contracts as well. The list is part of the annex to the Anti-Money Laundering Directive and is not definitive.

The Committee's Autumn meeting in Bucharest on 3 November 2017 began with a presentation by Ioana Enaga, Executive Manager at BCR Banca pentru Locuinte S.A., which hosted the meeting. She focused on the legal aspects of *datio in solutum* and on practical experience with this legal arrangement in Romania. Under Romanian law, credit institutions and borrowers (insofar as they are consumers within the meaning of the law) may, when arranging certain types of mortgage credit for the financing of residential property up to an amount of €250,000, stipulate that another asset – such as the transfer of ownership of the mortgaged property – may be used in lieu of repayment of the loan (this is known as *datio in solutum*). This means that the creditor may

no longer enforce claims against the debtor's (borrower's) entire assets and the loan is considered to be discharged upon receipt of the proceeds of sale. Prior to the adoption of the relevant legislation, the Romanian credit industry expressed concern that this regulation would restrict access to credit and push up the price of loan products. Furthermore, in view of the uncertain and unpredictable consequences of such an arrangement, they warned about systemic risk. The new legislation has indeed resulted in changes in the general contractual terms for mortgage credit, such as an increase in the equity requirement from 15 % to 35 % of the loan amount. As the impacts on the banking system have in fact been minimal, however, this has gradually fallen back to 15 %. BCR Banca pentru Locuinte S.A. has established a process to deal with these properties, including pricing and marketing via branch offices, intermediaries, the Internet or other measures. Based on the examples presented at the meeting, it was apparent that while the proceeds of sale may well be less than the loan amount, they reach or even exceed the market value at the time of realisation. In the Committee's view, *datio in solutum* may certainly provide some relief for borrowers if – in line with the models in place in Hungary and Spain, for example – it enables them to rent or even buy back a property which would otherwise be at risk of foreclosure. However, any initiative to introduce *datio in solutum* at EU level must, in the Committee's view, be examined carefully to identify potential disadvantages for creditors.

The meeting also discussed at length the European Commission's proposals to expand the legal basis for the European Supervisory Authorities for the financial sector. From the Committee's perspective, one particularly critical aspect was the tendency underlying the Commission's proposed regulation to transfer supervisory competences to a large extent to the European level, with the financing of supervision being shifted from the state level to the European credit industry. In this context, the Committee pointed out that in passing on the costs of European banking supervision to the institutions themselves, it was unlikely that the existing obligations relating to the costs of national supervision would be taken into account, meaning that these additional costs would ultimately have to be passed on to customers. Furthermore, in the Committee's view, the arrangement is likely to increase red tape at the credit industry's expense due to the supervisory bodies' reduced lack of proximity to the subject-matter.

Dr Markus Springl, Head of the Legal Department at the Wüstenrot Group, Salzburg, then reported on the legal position relating to the termination of Bauspar contracts in Austria. He explained in an action brought by consumer protection organisations against the amendment of the Standard Terms and Conditions for Bauspar Contracts, the Austrian Supreme Court of Justice (OGH) held that neither the fiction of customer consent regulated in the Standard Terms and Conditions nor the interest rate cut with no contractual basis was lawful.

## EFBS public relations work

### The EFBS elects a new Managing Director

At the Annual Meeting of the European Federation of Building Societies (EFBS) in Bucharest on 2-3 November 2017, Christian König, Head of Legal Affairs for the Association of Private Bausparkassen (Germany), was elected as new Managing Director of the EFBS. From 2003 to 2008, Mr König headed the Brussels office of the German Bausparkassen and since that time has developed an excellent network at the European level.

Mr König succeeds Andreas J. Zehnder, who has stepped down as Managing Director of the EFBS for age-related reasons. He headed its operational business from 1993. His work focused in particular on consumer credit and mortgage credit law, bank regulation and the reform of the deposit guarantee schemes at the European level.

EFBS President Jan Jeníček, Board Member of Bausparkasse Raiffeisen stavební spořitelna a.s. (Czech Republic), thanked Mr Zehnder for his great achievements. In particular, Mr Zehnder always closely politically monitored the successful development of the Bauspar system in Central and Eastern Europe. His tireless dedication to sound forms of housing finance and different business models of credit institutions commensurate with risk will be well remembered.

### Personnel change within the EFBS Presidium

Also at the Annual Meeting of the European Federation of Building Societies (EFBS) in Bucharest, Professor Andreas Grünbichler, Board Member of Wüstenrot Versicherungs-AG and Bausparkasse Wüstenrot AG (Austria), was elected as 2nd Vice-President of the EFBS. He takes over from Dr Josef Schmidinger, Board Member of s Bausparkasse Wüstenrot AG, who had stood down from the Presidium to take up new professional duties.

### The Bauspar system in Romania: learning from other Bauspar countries

Various Romanian media took the meeting of the European Federation of Building Societies (EFBS) in the Romanian capital as an opportunity to report on the Bauspar system in general and its situation in Romania in particular. EFBS President Jan Jeníček, outgoing Managing Director Andreas J. Zehnder and newly elected Managing Director Christian König were available to answer journalists' questions.

As the media reported, more than 40 million Europeans currently benefit from the Bauspar system, which is regulated by law in seven EU member states, including Romania. There are now around 500,000 Bauspar savers in Romania alone. However, the Romanian Bauspar system has been under scrutiny by the country's Court of Auditors for almost two years.

"In Germany, for example, saving for home ownership with a Bauspar contract is almost as popular as health insurance. More than 30 million Bauspar contracts are used to renovate existing properties or purchase new homes," said Christian König. "In Germany, the duration of the savings period is usually seven years: in other words, the customer must save regularly with the Bausparkasse for seven years in order to qualify for a Bauspar loan. Should they decide not to take out a loan at the end of the savings period but to leave the scheme instead, they do not have to explain how they plan to use the savings disbursed to them."

"In the Czech Republic, the Bauspar system works in a similar way. After 25 years in existence, the system is stable and predictable. Around 40 per cent of Czechs have Bauspar contracts," said Andreas J. Zehnder. Jan Jeníček added: "Customers who build up savings under a Bauspar contract do not have to explain how they intend to spend the money if they do not take out a loan. This applies even if a government subsidy has been granted during the savings period. In fact, it is important for the system as a whole that not all customers necessarily wish to take out a loan."

Looking back at the history of the Bauspar system in the Czech Republic, Mr Jeníček explained: "In my country, the Bauspar system has passed through various phases. In the early years, helping people to build up equity through a Bauspar contract was the main priority in order to create the basis for lend-

ing to savers. This was followed by the boom years when the state consistently supported the Bauspar system. As the last 25 years have shown, demand for Bauspar contracts is very stable, irrespective of economic conditions.”

Andreas J. Zehnder also emphasised the stabilising effect of the Bauspar system during the crisis years. The “closed” Bauspar system – a savings and lending system which operates independently of the financial markets – weathered the financial crisis well precisely because of its autonomy, he said. “The financial crisis, which started with the US subprime mortgage crisis, demonstrated the value of closed savings systems. Countries such as Switzerland and France, which had similar schemes to the German Bauspar system, were in much better shape at the end of the crisis than the US, for example. Systems like continental Europe’s Bauspar system, which are based on the accumulation of savings and therefore equity, had a significant stabilising effect during the crisis.”

“It takes years to set up a new Bauspar system in a country. In the first seven years, an initial fragile basis for the system is put in place. Trust in the system is key,” Mr Zehnder explained. “In Romania, the system has now existed for 10 years, so it is still in its infancy. The Bauspar customer must be able to rely on the bank honouring its commitments. The bank, in turn, must be able to rely on the government fulfilling its pledges of support. If anyone breaches this trust and changes the rules, the system is put at risk. Unfortunately, I

have the sense at present that there is a problem of trust between the Bausparkassen and the government authorities in Romania. This withdrawal of trust by government authorities has not happened in other Bauspar countries. I hope that we will soon find a solution to the present situation in Romania so that the Bauspar system can then continue to operate successfully.”

The Romanian parliament is currently deliberating draft legislation that would repeal the controversial passages of the Act on Saving with Building Societies. The aim must be to enable the Romanian Bausparkassen to take on new business again and thus help stabilise the system.

## 3 Housing Sector Trends in Europe

Construction activity increased across Europe in 2017: investment in building and civil engineering rose in each of the 19 countries whose construction activity is reported by the member institutes of the Euroconstruct network. Growth was strongest in Ireland (+14.5 %) and Sweden (+9.9 %) and weakest in Italy (+1.0 %), Switzerland and the Czech Republic (+1.6 % in both countries).

### Residential construction still growing, but pace slackens

The upturn is carried mainly by residential construction. Expenditure increased in all the countries reviewed, with an average rise of 4.7 % compared to 2016 across the board. However, the pace of expansion slackened by 0.5 percentage points compared with the previous year. The Euroconstruct experts are predicting a further slowing of the pace for the coming years as well. The share of residential construction in total construction investment remains stable at 47 %. However, the new build share of total investment in residential construction increased yet again and now stands at 44 %. Although renovation of existing buildings still accounts for the major share of investment in residential construction, a slight reversal of the trend can be observed.

Once again, the average growth rate was higher in Eastern Europe (+11.7 %) than in Western Europe (4.5 %). In Hungary in particular, the recovery continued apace: here, investment in residential construction surged by

### Residential construction volumes in Europe by country (Absolute figures in mill. euros)

Country	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>1)</sup>
Belgium	17,612	19,141	19,885	20,582	21,092
Denmark	12,934	13,284	13,821	14,607	15,228
Germany	159,860	166,549	169,210	175,438	180,569
Finland	12,839	12,493	12,665	13,660	14,594
France	104,342	96,885	95,907	99,886	104,965
United Kingdom	77,480	80,622	83,365	89,115	91,785
Ireland	4,909	5,649	6,393	7,440	9,106
Italy	81,544	81,387	80,054	81,583	82,817
Netherlands	20,799	21,829	24,983	28,394	30,782
Norway	16,542	16,403	16,351	17,605	19,224
Austria	15,817	15,951	16,131	16,246	16,578
Portugal	6,056	5,789	6,246	6,579	7,083
Sweden	11,302	13,547	15,801	17,632	19,915
Switzerland	29,093	28,871	29,404	29,340	29,686
Spain	35,235	37,186	38,537	42,355	46,449
Western Europe total	606,364	615,588	628,754	660,463	689,875
Poland	11,112	10,796	11,609	12,705	13,651
Slovakia	1,122	1,076	1,048	1,149	1,185
Czech Republic	3,073	3,108	3,567	3,982	4,596
Hungary	1,623	1,769	1,786	2,100	2,842
Eastern Europe total	16,930	16,749	18,011	19,936	22,274

1) Estimate

Source: Euroconstruct

35.4 % – more than one-third higher than the previous year's level. In 2017, the Czech Republic saw double-digit growth in expenditure on renovation, new builds and extensions of existing buildings for the third year in succession (+15.4 %). The pace of growth slowed in Slovakia (+3.2 %). In Western Europe, Ireland once again topped the list of countries with the fastest rate of expansion, achieving an increase of 22.4 % in 2017. Sweden also saw a

further increase in investment compared with the previous year (+12.9 %) and spending here grew more strongly, once again, than in the previous year. It was a different picture in Spain: although its growth rate – 9.7 % – was the third highest in Western Europe, the pace slackened somewhat compared with the previous year (+9.9 %). Spain thus joins the large majority of European countries with slower dynamics. In 2017, investment rose by

### Residential construction volumes in Europe by country (Real change compared to the previous year in %)

Country	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>1)</sup>
Belgium	-1.8	6.2	3.9	3.5	2.5
Denmark	-0.7	6.0	4.0	5.7	4.3
Germany	-0.1	1.9	1.6	3.7	2.9
Finland	-4.5	-4.8	1.4	7.9	6.8
France	-0.1	-7.5	-1.0	4.1	5.1
United Kingdom	4.7	17.5	3.4	6.9	3.0
Ireland	-1.8	14.6	13.2	16.4	22.4
Italy	-1.9	-1.6	-1.6	1.9	1.5
Netherlands	-7.6	2.3	14.5	13.7	8.4
Norway	2.2	-0.1	-0.3	7.7	9.2
Austria	-0.1	-0.7	1.1	0.7	2.0
Portugal	-11.4	-2.9	7.9	5.3	7.7
Sweden	5.6	13.8	16.6	11.6	12.9
Switzerland	3.9	1.7	1.8	-0.2	1.2
Spain	-17.7	-4.5	3.6	9.9	9.7
Western Europe total	-1.2	1.4	2.1	5.0	4.5
Poland	-1.7	2.5	7.5	9.4	7.4
Slovakia	0.7	-5.3	-2.6	9.6	3.2
Czech Republic	-12.9	1.3	14.8	11.6	15.4
Hungary	-16.3	-1.3	1.0	17.6	35.4
Eastern Europe total	-5.4	1.3	7.5	10.7	11.7

1) Estimate

Source: Euroconstruct

3.2 % in Slovakia (2016: 9.6 %), by 8.4 % in the Netherlands (2016: 13.7 %) and 3.0 % in the United Kingdom (2016: 6.9 %). Even in Germany, where there was a construction boom, growth in expenditure slowed to 2.9 % (2016: 3.7 %). In Austria, investment increased by 2.0 %. According to the Euroconstruct researchers, in 2018, the trend towards slower growth in investment expenditure is likely to take hold across Europe, with the exception of Hungary

and Belgium; there may even be a decline in some countries in 2019.

#### 1.6 million new dwellings in Europe, only Italy still in crisis mode

In Europe as a whole, far more dwellings were completed in 2017 than in the previous year: across the 19 Euroconstruct countries, 1.6 million dwellings were built – an increase of 11.7 %.

However, here too, there will be a slowing of the pace: in the current year (2018), the number of housing completions is set to increase by a further 7.1 %, with a predicted increase of just 3.7 % in 2019 before a possible dip into negative figures in 2020, and a downturn then predicted in 10 of the 19 Euroconstruct countries. In 2017, only Italy saw a decrease in the number of new builds (houses and apartments). The gap between Western and Eastern Europe recently narrowed somewhat: in Western Europe, 11.3 % more dwellings were completed, while the figure for Eastern Europe was 14.1 %.

The strongest growth in percentage terms was seen in Hungary (+80.3 % to 18,000 housing units), Spain (+37.1 % to 55,000) and Ireland (+25.9 % to 18,800). Ireland thus experienced its sixth year of growth, with a double-digit increase yet again and a further quickening of the pace expected in 2018. Growth continued in Denmark (+17.4 % to 22,000 units), albeit rather more slowly than in 2016 (+28.3 %). In Italy, the crisis in the housing market is worsening, with fewer dwellings completed year on year since 2007. It is certainly not the case that no housing is needed; there is high demand, particularly in urban areas. However, the downward trend has slowed, with some prospect of bottoming out.

In terms of the absolute number of completions, France leads the field, with 375,600 dwellings built here in 2017 – an increase of 12.1 %. Next are Germany (260,000 completions, +10.3 % compared with 2016) and



Poland (182,000 dwellings, +11.4 %). More than half of all dwellings in the 19 Euroconstruct countries were constructed in these three markets. The figures rose in the United Kingdom too, where 175,000 dwellings were completed – 6.3 % more than in 2016. However, this positive outlook for the United Kingdom may be on borrowed time, with the impacts of Brexit on the economy and housing demand still uncertain. The number of housing completions recently showed some volatility. In the Czech Republic, 28,700 dwellings were built in 2017 (+4.7 %), and the outlook initially remains positive. The picture is rather different in Slovakia, where 18,300 units were completed – 16.6 % more than in the previous year. However, Euroconstruct is predicting a decline in housing completions year on year to 2020. In Austria, 50,400 dwellings were constructed – 4.3 % more than in 2016.

### Upsurge in house prices gathers pace

In the European Union, the price of residential property continued to surge in the first three quarters of 2017. According to Eurostat's House Price Index (HPI) for the EU, prices for new and existing dwellings rose by an average of 4.4 % – a stronger increase than in the previous year. As in previous years, house price inflation exceeded general consumer price increases. In the euro area, the prices of new and existing residential property increased by an average of 3.9 %.

### Residential construction in Europe by country (Number of completions<sup>1)</sup> per 1,000 dwellings)

Country	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>2)</sup>
Belgium	44.4	47.6	49.9	45.1	48.1
Denmark	15	14.2	14.6	18.7	22.0
Germany	188.4	216.1	216.7	235.7	260.0
Finland	30.3	28.9	28.3	30.3	36.5
France	404	398.5	359.1	335.1	375.6
United Kingdom	129.9	139.6	166.3	164.6	175.0
Ireland	8.3	11.0	12.7	14.9	18.8
Italy	118.6	103.6	86.2	81.6	80.6
Netherlands	51.2	45.2	48.4	54.9	66.0
Norway	28.5	28.1	28.1	29.4	33.9
Austria	41.2	43.2	46.2	48.3	50.4
Portugal	19.0	9.0	6.6	7.3	8.4
Sweden	26.5	31.5	42.4	53.6	65.0
Switzerland	50.2	49.2	53.1	53.4	54.3
Spain	64.8	46.8	45.2	40.1	55.0
Western Europe total	1,220.7	1,212.5	1,203.8	1,213.1	1,349.6
Poland	145.1	143.2	147.8	163.4	182.0
Slovakia	15.1	14.9	15.5	15.7	18.3
Czech Republic	25.2	24.0	25.1	27.4	28.7
Hungary	7.3	8.4	7.6	10.0	18.0
Eastern Europe total	192.7	190.5	196.0	216.5	247.0
Europe total	1,413.4	1,403.0	1,399.8	1,429.0	1,596.6

1) Construction of new residential properties

2) Estimate

Source: Euroconstruct

The sharpest price rise was seen in the Czech housing market, where prices increased by 12.2 %. Hungary once again recorded a double-digit increase (+10.2 %). Ireland – last hit by a property crisis less than 10 years ago – also saw a surge in prices, with an increase of 10.7 %. Only Italy, still in crisis, saw a slight fall in average prices (-0.4 %). The smallest increase in house prices relative to the previous year was recorded in Finland (+1.5 %). In Croatia too, the

prices rose more slowly than in other European countries (+2.6 %). Some recovery of prices was seen for the first time in Cyprus (+2.2 %). With a rise of 4.4 %, Germany lay above the euro area average but below the figure for the same period of the previous year (first three quarters in 2016: +5.5 %). Price increases exceeded the EU average in Romania (+6.2 %), Slovakia (+5.9 %) and Austria (+4.8 %) as well.

### Country comparison of savings rates of private households (as % of disposable income)

Country	Annual average					
	2003 to 2012	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>1)</sup>
Belgium	8.8	4.9	4.5	3.9	3.7	4.1
Denmark	-1.0	2.3	-3.4	4.2	4.3	4.9
Germany	10.0	9.0	9.5	9.6	9.7	9.9
Finland	1.4	1.3	-0.4	-1.0	-2.5	-2.8
France <sup>2)</sup>	15.0	14.0	14.4	13.9	13.7	13.9
Greece	-	-	-	-	-	-
United Kingdom <sup>2)</sup>	8.0	8.7	8.4	9.2	7.1	5.1
Ireland	3.1	4.9	2.7	2.2	2.0	2.0
Italy	6.9	3.6	3.9	3.1	3.3	2.8
Netherlands	5.6	7.3	7.9	6.5	6.4	6.1
Norway	5.1	7.6	8.2	10.3	7.0	6.6
Austria	10.2	7.1	6.8	6.9	7.9	7.5
Portugal <sup>2)</sup>	8.6	7.8	5.2	5.3	5.8	5.9
Sweden	9.8	15.0	16.5	15.1	15.8	15.1
Switzerland	16.2	17.5	18.9	17.6	18.8	19.1
Spain	3.5	3.8	3.5	2.8	1.7	1.1
Poland	2.4	0.0	-0.5	-0.6	1.2	2.1
Slovakia	1.2	0.2	1.4	3.1	3.4	3.7
Czech Republic	6.6	5.6	6.6	6.6	6.9	6.7
Hungary	4.6	7.1	8.2	6.3	7.1	7.3
Japan	1.8	0.3	-0.4	0.7	2.5	3.1
Canada	3.2	4.8	3.5	4.8	4.9	3.9
USA	4.8	5.0	5.7	6.1	4.9	3.7

1) Estimate

2) Gross savings

Source: OECD Economic Outlook

### Japanese conditions in Europe soon?

Anyone wishing to learn more about savings rates in Europe and their future trends should first cast a glance at Japan. After the financial crisis in the early 1990s, the country slide into a recession whose effects can still be felt

today. The years following the bursting of the country's economic bubble are commonly known as the "two lost decades". An expansionary monetary policy – a foretaste of almost all the instruments in the euro area's current monetary policy toolbox – was unable to steer the country's economy back to

stable growth. Inflation rates are still persistently low. What's more, Japanese households have increased their saving efforts year on year since 2015, driven by a fear of a new recession – and also due to the continued failure to address structural problems and especially due to the lack of yields on capital. In 2017, the savings rate stood at 3.1 % – 0.6 percentage points higher than in 2016.

In Europe too, savings rates are still rising: to 9.9 % in Germany (2016: 9.7 %) and from 7.1 % to 7.3 % in Hungary. In France, one of only three countries (the others being the United Kingdom and Portugal) where the savings rate is measured in gross terms, it rose from 13.7 % to 13.9 %. In Switzerland, the country with the highest savings rate in Europe, households are now saving almost one-fifth of their disposal income (19.1 %). In Belgium (4.1 %), Denmark (4.9 %), Portugal (5.9 %) and Slovakia (3.7 %) too, households saved more in 2017 than in the previous year. In Ireland, the savings rate remained unchanged at 2.0 %. Although savings rates fell in a number of countries, mainly outside the euro area, they remain high, notably in Sweden (15.1 %). Spain had the lowest savings rate (1.1 %). In Finland, the process of dissaving continued, with spending exceeding disposable income for the fourth year in succession (-2.8 %).

The savings rate trajectory shows that despite low returns, households are making considerable or, indeed, increasing efforts to save, apparently driven by a desire to build up reserves

to help them through uncertain times, even if this does not yield any additional returns on capital. The parallels with Japan are obvious.

### Short-term interest rates still at a record low, slight rise in long-term rates

In the year under review, the European Central Bank continued with its cheap money policies. Since March 2016, the deposit facility rate and the rate for refinancing operations have remained unchanged at  $-0.4\%$  and  $0.0\%$ , respectively. The Euribor rate for three-month deposits continued to fall, averaging  $-0.298\%$  over the year. Despite rising consumer prices in the euro area and brighter economic prospects across the board, and although the risks of an expansionary monetary policy (including rising property prices) are becoming increasingly visible, the ECB appears to have no intention of deviating from its current course. The unconventional measures will also continue for the time being. The ECB has at least held out the prospect of corrections to its controversial bond-buying programme over the course of the year. The level of bond purchases has already been cut, with the programme scheduled to continue until September 2018 at the earliest. What is worrying is the lack of reliability in this message. Nor are there any hints as to the quantitative or at least qualitative circumstances under which a change of course, including a shift in interest rate policy, might take place. This means additional uncer-

### Country comparison of short-term interest rates<sup>1)</sup> (in %)

Country	Annual average					
	2003 to 2012	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>2)</sup>
Belgium	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Denmark	2.5	0.3	0.3	-0.1	-0.2	-0.3
Germany	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Finland	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
France	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Greece	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
United Kingdom	3.4	0.5	0.5	0.6	0.5	0.4
Ireland	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Italy	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Netherlands	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Norway	3.3	1.8	1.7	1.3	1.1	0.9
Austria	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Portugal	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Sweden	2.4	0.9	0.4	-0.3	-0.7	-0.5
Switzerland	0.9	0.0	0.0	-0.8	-0.8	-0.7
Spain	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Euro area	2.3	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Poland	5.0	3.0	2.5	1.7	1.7	1.7
Slovakia	2.9	0.2	0.2	0.0	-0.3	-0.3
Czech Republic	2.2	0.5	0.4	0.3	0.3	0.4
Hungary	4.4	–	2.5	1.5	1.0	0.0
Japan	0.3	0.2	0.2	0.2	0.1	0.0
Canada	2.4	1.2	1.2	0.8	0.8	1.1
USA	2.2	0.2	0.1	0.2	0.6	1.3

1) In most of the countries, interest rates for three months

2) Estimate

Source: OECD Economic Outlook

tainty for markets, as trends are impossible to predict.

Outside the euro area, short-term interest rates were also in negative figures in Switzerland

( $-0.7\%$ ), Sweden ( $-0.5\%$ ) and Denmark ( $-0.3\%$ ). Rates were highest in Poland ( $1.7\%$ ) and Norway ( $0.9\%$ ).

At the long end of the interest rate curve, there was a slight uptick in the year under review. This had less to do

### Country comparison of long-term interest rates<sup>1)</sup> (in %)

Country	Annual average					
	2003 to 2012	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>2)</sup>
Belgium	3.9	2.4	1.7	0.8	0.5	0.8
Denmark	3.5	1.8	1.3	0.7	0.3	0.5
Germany	3.3	1.6	1.2	0.5	0.1	0.3
Finland	3.6	1.9	1.5	0.7	0.4	0.6
France	3.7	2.2	1.7	0.8	0.5	0.8
Greece	7.7	10.1	6.9	9.7	8.4	6.1
United Kingdom	4.0	2.4	2.6	1.9	1.3	1.3
Ireland	5.1	3.8	2.3	1.1	0.7	0.9
Italy	4.5	4.3	2.9	1.7	1.5	2.2
Netherlands	3.5	2.0	1.5	0.7	0.3	0.5
Norway	3.9	2.6	2.5	1.6	1.3	1.6
Austria	3.7	2.0	1.5	0.8	0.4	0.6
Portugal	5.5	6.3	3.8	2.4	3.2	3.2
Sweden	3.5	2.1	1.7	0.7	0.5	0.6
Switzerland	2.2	1.0	0.7	-0.1	-0.4	-0.1
Spain	4.4	4.6	2.7	1.7	1.4	1.6
Euro area	4.0	3.0	2.3	1.3	0.9	1.1
Poland	5.8	4.0	3.5	2.7	3.0	3.4
Slovakia	4.5	3.2	2.1	0.9	0.5	0.9
Czech Republic	4.0	2.1	1.6	0.6	0.4	0.8
Hungary	7.6	5.9	4.8	3.4	3.1	3.2
Japan	1.3	0.7	0.5	0.4	-0.1	0.1
Canada	3.7	2.3	2.2	1.5	1.3	1.9
USA	3.7	2.4	2.5	2.1	1.8	2.4

1) In most of the countries, interest rates for 5- or 10-year government bonds

2) Estimate

Source: OECD Economic Outlook

with the ECB's announcements than with the continued economic recovery, now gaining a foothold in more and more euro area countries. In Germany, government bond yields averaged 0.3 % – 0.2 percentage points higher than the previous year's aver-

age. In Italy, the interest rate rose to 2.2 %. In Greece, yields fell from 8.4 % to 6.1 %, which in this instance should be viewed positively in that it signals a move towards normality and towards alignment with the average yield in the euro area, which increased from 0.9 %

to 1.1 %. Only in Switzerland were government bond yields still in negative figures (-0.1 %), but here too, some recovery could be observed compared with the previous year (2016: -0.4 %). It is unclear whether a turning point has been reached for interest rates, which are still at an all-time low. If political uncertainty in Europe increases and the ECB defies expectations and extends its bond-buying programme beyond September 2018, this upward trend could come to an abrupt halt.

## 4 EFBS Focus

# The European visions of Jean-Claude Juncker and Emmanuel Macron: what impact on savers?

Didier Davydoff, Director of the OEE

On 13 September 2017, Jean-Claude Juncker, President of the European Commission, presented in his State of the Union Speech a “roadmap for a united, stronger and more democratic Union”. Two weeks later, on September 26, 2017, Emmanuel Macron, President of the French Republic, delivered a speech at Paris’ La Sorbonne University with the almost identical title: “Initiative for Europe, a Sovereign, United, Democratic Europe”.

These two speeches mark a clear break with the traditional anti-European reflexes and announce perhaps a metamorphosis: the European Union is again invested with the hopes of progress even though for the first time, a Member State, one of the largest, decided to leave it.

The proposals of President Macron find their source in a thorough reflection. It occupies an entire chapter of the program book “Révolution”. He pleads for a “refoundation” of Europe. Those of President Juncker are based on the results of a five-year term, which, in the financial field, saw the challenge of the sovereign debt crisis, the launch of the Capital Markets Union, the implementation of the banking union, and a massive European investment plan.

What impact could the vision of the two Presidents have on savers? How will European savers benefit from the new momentum of Europe? Protecting savings, directing them to the best use is an issue, not just for savers, that most citizens are or will be at some point in

their lives. It is effectively financing the economy. Precautionary savings also reduce the need for solidarity in the event of a fall in income. Retirement savings help to limit the pressure on pay-as-you-go pension systems. Savers transfer their own immediate consumption to a future consumption, their own or that of the next generation. The savings rate of a population is the barometer of its “desire for the future”.

Let’s look at three questions: will investment opportunities be expanded? How will taxation of savings evolve? Will investors enjoy greater stability, more security?

### 1. Investment opportunities

President Juncker wants to continue implementing the Capital Markets Union (CMU), a project launched in September 2015 by EU Commissioner Jonathan Hill. The CMU aims to complement the banking financing, dominant in Europe, by developing a unified and fortified capital market. As far as individual savers are concerned, the most significant component of this action plan has been the Commission’s proposal for a Regulation on a pan-European Personal Pension Product (PEPP). PEPP will add to existing individual pension savings products in each country, it will not replace them. In countries where personal pension savings are still underdeveloped and in those where existing products have been criticized for providing only low pensions, the new European product

may arouse the savers’ interest in preparing their retirement.

However, there is still a need to define a real European savings market. Savings in bank balance sheet products and life insurance products remain dominant in several countries, and are invested in domestic products, without the savers being really offered the opportunity to seize more interesting products outside their borders.

This fragmentation of the savings market is partly explained by the marketing strategies of the providers. The most interesting offers available online are often reserved for residents of the country of the bank that offers them. The visions exposed by Juncker and Macron will not give new impulse to cross-border provision of banking services in the European Union.

### 2. Savings taxation

Taxation is one of the causes of fragmentation of European savings. The French Livret A, the UK ISA account or the Belgian savings account are advantageous because they are exempt from income tax for investors in these countries.

*The lack of vision of a harmonized savings tax system*

President Macron’s tax proposals relate mainly to the corporate tax that would remain national but whose rates would be framed in a corridor. But neither Juncker’s nor Macron’s show an

ambition of harmonizing the taxation of savings, let alone reciprocal recognition of the tax treatment of domestic products. The dynamic is therefore that of the market, each State acting to keep its savings tank. This dynamic may be favorable to savers. For example, it led France to introduce a flat tax rate on savings income at a lower rate than the marginal income tax rate that applied until now. For the same reason, financial investments have been removed from the French wealth tax base. This example has its limits in itself: There is a prejudice against real estate wealth. Such a prejudice may also be unfavorable to housing savings, which allows savers to gradually build up own capital. Financial institutions specialized in home savings are well aware that financial savings and real estate investments are complementary.

#### *The risk of an increase in European taxes*

The two presidential visions converge towards an increase in the expenses of the Union, while the departure of the United Kingdom will greatly reduce its budgetary resources: establishment of a common defense budget, a common intelligence unit, a joint civil protection force, a common border protection, a common prosecutor's office, a European Intelligence Academy, a European asylum office, a training and integration plan for refugees, increased spending on development assistance ....

President Macron proposes to allocate part of the harmonized corporate tax as well as the carbon to the European

budget. He also has the idea to extend to all Europe the French financial transaction tax or the British Stamp Duty, and to assign those additional resources to development assistance. Such a tax would reduce the performance of savers' investments in the financial markets, directly or through investment funds, life insurance and pension funds.

### 3. The security of savings

#### *The European Monetary Fund*

President Juncker proposes to perpetuate the European Stability Mechanism, a financial crisis management system for the euro zone set up after the sovereign debt crisis. He proposes to change it in the form of a European Monetary Fund, which would coordinate the implementation of European financial instruments in the event of a serious crisis in a Member State. President Macron considers that "the challenge is not to put in place mechanisms that would magically solve all the problems". However, the absence of realistic and intangible rules during the sovereign debt crisis has been a source of uncertainty for the markets, which has unnecessarily prolonged the crisis. Juncker's proposals are not perfect themselves, in the absence of a change in the decision-making rules in case of difficulties. This plan is a starting point for improving current procedures.

#### *The deposit guarantee fund*

The Commission's Proposal for a European deposit guarantee fund has not

been approved by all Member States yet. The political impulse of Presidents Macron and Juncker may help to remove the reservations expressed about the Commission's first draft.

#### *Political stability*

These two speeches aimed to give a new impetus to the construction of Europe. The nuances or divergences of approach will have to be confronted, and it will be necessary to clarify several orientations. First, it will be necessary to specify the areas of competence specific to each level of governance. Macron proposes a political reinforcement of the euro area governance, but a detailed examination of his proposals shows that most would apply and only make sense at the level of the whole Union.

In total, the rules of the game of the dialogue with European politicians will evolve. Both visions envisage a strengthening of the European institutions: The Commission would be tightened, the European Parliament would regain a strong democratic legitimacy. For Juncker, the Presidency of the Commission and the Council should be merged. Both visions plan to appoint a European or a euro area finance minister, responsible to the Parliament. Let's hope that this institutional simplification will translate into greater efficiency in decision-making! Last but not least, the ECB will remain independent. It should raise interest rates, the only way to revitalize savings and its stakeholders.

# The Legal Effectiveness of Negative Interest Rate Agreements

Christian König, Managing Director, Verband der Privaten Bausparkassen e. V. (Association of Private Bausparkassen)

## Introduction

For more than three years, deposit-based credit institutions in the EU have faced the challenge of reacting to the ECB's interest rate policy and the negative interest rates that it has imposed. It is now more than four years since the interest rate on the deposit facility was decreased by 10 basis points to  $-0.10\%$ , with effect from 11 June 2014.<sup>1</sup> Three further rate cuts followed, bringing the interest rate down to its current level of  $-0.40\%$  in 2016.<sup>2</sup> It is not only the ECB which charges negative interest rates for the deposit facility; the national banks of Sweden ( $-1.25\%$ ),<sup>3</sup> Denmark ( $-0.65\%$ )<sup>4</sup> and Switzerland ( $-0.75\%$ ) currently do the same.<sup>5</sup> This interest rate policy in Europe responds to the financial and economic crisis by making "cheap money" available – or rather, extremely cheap or even cost-free money. This tool, deployed by the central banks, is intended to act as an incentive to spend rather than save; in other words, its purpose is to stimulate

demand and boost the economy. Furthermore, negative – i.e. penalty – interest rates on deposits should enable the credit industry to provide cheaper credit to consumers or businesses on attractive terms.<sup>6</sup>

The question is whether the interest rate set by the central banks may, or should, be passed on directly to credit institutions' customers.

With this article, an attempt is made to provide an overview of some of the decided cases which dealt with the question whether agreement on negative interest rates is lawful, with reference to legal developments in France, Germany and Austria.

## 1. The basic question

When considering the question whether it is lawful to agree a negative interest rate, it is essential to start with the underlying contractual relationship. In German law, at least, a savings contract also creates a loan contract relationship<sup>7</sup>, so this contractual relationship must be assessed in terms of the law. The second question is whether a negative interest rate must be paid – for example, under a contract for a real estate loan – if the reference rate ap-

plicable under a variable interest rate agreement falls below zero.

The following legal questions thus arise:

1. May a credit institution agree a negative interest rate for a savings contract? In other words, does the saver have to pay to store money with a bank?
  - a) If so, does this apply solely to new contracts, or can the credit institution apply a negative interest rate to existing contractual relationships?
  - b) May this type of interest rate amendment clause ever be agreed in general terms and conditions?<sup>8</sup>
  - c) Are negative interest rates not an infringement of the national or European legal concept that a loan contract serves pecuniary interests?<sup>9</sup>
  - d) Is it lawful for credit institutions<sup>10</sup> to offer this type of arrangement at all?<sup>11</sup>
2. Must the lender pay out negative interest to the borrower if, based on

1 Decision of the European Central Bank of 5 June 2014 (ECB/2014/23), Official Journal of the European Union, L 168, 7 June 2014

2 As at 1 January 2018, [http://www.ecb.europa.eu/stats/policy\\_and\\_exchange\\_rates/key\\_ecb\\_interest\\_rates/html/index.en.html](http://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html)

3 As at 1 January 2018, <http://www.riksbank.se/en/Interest-and-exchange-rates/search-interest-rates-exchange-rates/?g2-SECBDEPOEFF=on&from=2017-12-03&to=2018-01-02&f=Day&cAverage=Average&s=Comma>

4 As at 1 January 2018, [http://www.nationalbanken.dk/en/marketinfo/official\\_interestrates/Pages/Default.aspx](http://www.nationalbanken.dk/en/marketinfo/official_interestrates/Pages/Default.aspx)

5 As at 1 January 2018, [https://www.snb.ch/en/i/about/stat/statpub/zidea/id/current\\_interest\\_exchange\\_rates](https://www.snb.ch/en/i/about/stat/statpub/zidea/id/current_interest_exchange_rates)

6 See Hingst/Neumann, BKR 2016, 95

7 As established by Germany's Federal Court of Justice (BGH) in the case of the savings phase of a Bauspar contract as a loan agreement; see BGH judgments of 20 June 2017 Az. XI ZR 716/16, 1 August 2017 Az. XI ZR 469/16 and 21 February 2017 Az. XI ZR 272/16 and Az. XI ZR 185/16

8 In support of this view: Langer/Brockner WM 2017, 1917 ff.

9 Kropf WM 2017, 1185, who assumes a contract sui generis for negative interest rates; it may also be a contract for safekeeping, according to Ernst, ZfPW 2015, 252

10 May be different under the diverse savings bank laws in place in the German Länder, according to Binder/Hellstern ZIP 2016, 1309

11 On this topic, see Langner/Müller WM 2015, 1984

the reference rate, the variable rate falls below zero, or does the borrower's obligation to pay interest cease once the 0 % floor is reached?

All these questions have, to date, been only partially resolved by individual courts in Germany, Austria and France. Other than in Austria, supreme court rulings are still awaited. In any event, the task of answering these questions is likely to preoccupy courts in Europe for some time, so this article can provide no more than an interim overview.

## 2. Austria

The highest civil court of the Republic of Austria has already had several opportunities to consider the issue of negative interest rates. To date, however, it has done so solely in cases in which a variable interest rate was agreed for a loan contract and the reference rate fell below zero.

With its judgment of 13 October 2009<sup>12</sup>, the Austrian Supreme Court of Justice (OGH) ruled that the payment of zero interest based on an interest escalation clause violates the fundamental principle of a positive rate of return on savings deposits.

In the main proceedings, the Austrian Consumers' Association had contested a bank's use of contractual terms which included an interest escalation clause in respect of interest paid on savings accounts.

This interest escalation clause was linked to the ECB's key interest rate and stated that the development of the indicator could potentially lead to periods of negative interest rates. During these periods, the payment of interest would cease, resuming only when the indicator had moved back into positive figures.

The Austrian Consumers' Association (*Verein für Konsumenteninformation*) had contested this clause, claiming that the possibility of a zero rate of interest was grossly prejudicial within the meaning of Section 879(3) of the Austrian General Civil Code (ABGB).

The Austrian OGH took the view that this interest rate adjustment clause was an ancillary provision whose content was subject to review.

In the view of the OGH, when there is the possibility of payment of zero interest on a savings deposit, it is essential to weigh up the respective interests of the parties in order to determine whether it is grossly prejudicial.

There can be no objection to interest rate adjustment clauses in principle. From the term "savings deposits", which is defined in Article 31(1) of Austria's Federal Banking Act, the OGH concluded that "savings deposits" are funds which are deposited and are not intended for payment transactions, but for investment. In the view of the OGH, it may be concluded from the term "investment" that on principle, only an interest-bearing deposit is possible.

In the OGH's view, deposits are characterised by the payment of interest, as their primary purpose is typically wealth formation and the generation of profits.

Article 31(1) of Austria's Federal Banking Act defines savings deposits as funds which are deposited with credit institutions and are not intended for payment transactions, but for investment.

From the term "investment", the OGH concluded that the payment of interest/the profit-generating function is therefore an essential requirement.

The general business term on which the OGH was requested to decide and which results in the payment of zero interest is diametrically opposed to the stated purpose of a savings deposit, namely wealth formation and the generation of profits.

The Austrian Supreme Court of Justice noted further that the ECB's key interest rate is in no way bound to serve the interests of consumers who are savers; its purpose is to safeguard the liquidity of banks.

In the OGH's view, linking the payment of interest on savings deposits to the ECB's key interest rate does not primarily serve the interests of savers, who have a legitimate interest in receiving interest on their deposits, not in increasing banks' liquidity through low interest rates.



Based on this assessment, the Austrian Supreme Court of Justice concluded that the payment of a zero rate of interest on savings deposits is grossly prejudicial, such that this clause is invalid on principle.

With regard to negative interest rates on loans, however, the Austrian Supreme Court of Justice, in its judgment of 21 March 2017<sup>13</sup>, did not find fault with an interest escalation clause which is linked to LIBOR and precludes a negative rate with the setting of a floor.

In these proceedings, which went to appeal before the Austrian Supreme Court of Justice, a consumer organisation had brought an injunction action against a credit institution which, when granting foreign currency loans, had concluded agreements with borrowers which included interest adjustment/escalation clauses based on an indicator and interest premium linked to LIBOR. In the event that LIBOR, as the indicator for the variable interest rate, dropped below zero, the minimum interest rate would be set at 0.000...%, meaning that the consumer would not benefit from a cut in the LIBOR rate but would pay interest at a maximum rate of 0 %.

During the period in question, the 1-month LIBOR rate for Swiss francs fell to -0.9250 % in February 2015. The consumer organisation which brought the action claimed that the non-application of the negative interest rate,

which was to the lender's benefit, was an infringement of the principle of the sanctity of contracts.

The plaintiff claimed that by unilaterally flooring the minimum interest rate at 0.000...%, the bank had violated the principles of balance and symmetry (*Gebot der Anpassungssymmetrie*), which apply to interest escalation clauses, as changes that may benefit consumers were not passed on in full to that party. Based on its interpretation of the law, the OGH held that in general, where interest escalation clauses are in place, a reduction of charges must be made to the same extent and within the same period of implementation as an increase in charges.

The question, however, is whether negative interest rates are covered by the general concept of a loan contract. According to Austrian law (Section 988 of the Civil Code – ABGB), with the conclusion of a credit agreement, the borrower exercises a direct contractual right to influence the legal relationship through the drawdown of the funds. As a rule, the remuneration consists of the interest which the borrower must pay to the lender (Section 988 ABGB). In addition to interest, the creditor may charge non-term-dependent processing fees (as also stated in OGH judgment, 6 Ob 13/16d).

Whether an agreement on a negative interest rate is permissible was not a matter for judgment by the OGH in this particular case, as no such clause had been agreed. Referring to a previ-

ous OGH judgment (5 Ob 138/09v), the OGH held that a zero interest rate on savings deposits is prohibited because interest-bearing savings deposits typically serve the purpose of wealth formation and the generation of profits. The payment of zero interest thus conflicts fundamentally with the purpose of a savings deposit as defined in law.

In the case at hand, however, the OGH reasoned that the parties to a consumer credit agreement, upon agreeing an interest escalation clause, proceed on the assumption when concluding the contract that the borrower must pay a consideration for the monies provided, in the form of interest for the specified period. While the rate may be reduced to 0 %, it cannot be assumed, nor can it be the intention of the parties, that as a consequence of negative interest rates, the lender receives an amount less than the loan he has provided. The non-transfer of the negative interest rate to the consumer does not entail any passing on of a further banking risk to the customer; the borrower is simply released from his obligation to pay debit interest as a consideration for the provision of the loan.

The Austrian Supreme Court of Justice (OGH) thus held an interest escalation clause with a floor preventing a fall below zero in the event that the indicator (LIBOR) dips into negative figures to be permissible, even if the consumer, as the borrower, does not benefit from negative interest rates on the loan.

<sup>13</sup> 10 Ob 13/17k

### 3. France

Similar cases involving loan contracts with interest escalation clauses have already been the subject of various first-instance court rulings in France (Strasbourg Regional Court, judgment of 5 January 2016 (n° 15/00764) and Montpellier Regional Court, judgment of 9 June 2016 (n° 11-16-000424)).

The courts were asked to consider to what extent a variable interest rate in a consumer loan agreement may mean that if the index rate falls below zero, the borrower – in this case a consumer – is not required to pay positive interest for the use of the loaned funds but may benefit from a negative interest rate; in other words, have the corresponding amount credited to him by the lender.

The courts in both Strasbourg and Montpellier were in each case required to decide on an action brought by a consumer who was requesting the benefit of an interest rate that fell below zero, i.e. the payment of interest for the use of the loaned funds.

The reference index, i.e. the 1-year LIBOR CAF, had fallen below zero in 2015. The lender refused to credit the consumer with the negative interest, in other words, to pay him interest on the loaned funds. The question to be decided by the courts was whether, in a case where the contract did not contain an interest rate floor (0%), the bank had to apply the rate if the reference rate fell below zero.

The credit institution argued that charging a consideration for the lending of funds is inherent in a loan agreement. The costs of lending are divided by the institution into interest and margin.

Linking to a negative index would, in the lender's view, mean that these lending costs were not covered, as the corresponding margin would not be achieved. The loan contract would then lose its essentially pecuniary character; the credit institution was therefore not obliged to pay negative interest.

As further grounds, it was also argued that credit institutions would otherwise not conclude contracts for this type of business.

The judge at Strasbourg Regional Court put the principle of party presentation (*Parteimaxime*) at the forefront of his considerations. The indexation had been agreed by the parties and the bank had not set an interest rate floor. The bank therefore did not have the right to amend the clause concerning the variable interest rate to its own benefit when the variable rate dropped below zero, and was required to pay the benefit of an interest rate that fell below 0% to the borrower.

The judges in both Strasbourg and Montpellier thus abandoned the notion that the purpose of a loan agreement is always to serve pecuniary interests. In this particular case, the pecuniary nature of the loan agreement was maintained, in the judges' view, even if only temporarily, at least

until the point when the interest rate dropped below zero.

In the court's view, in other words, the loan contract at least partially serves pecuniary interests.

However, the court recognised that upon commencement of the negative interest rate, the contract loses its reason for existing, i.e. its *raison d'être*. In his decision, the judge in Strasbourg stated that the opportunity for judicial development of contractual arrangements exists under French law, such that the judge may determine the statutory interest rate, which may be positive.

In the judgment handed down by Montpellier Regional Court, however, the consumer was ultimately granted the right to claim the benefit of an interest rate that fell below zero per cent; in other words, to demand payment from the lender.

### 4. Germany

In Germany, only first-instance judgments on the question whether negative interest rates may be agreed are known to exist at present. In its judgment of 26 January 2018, Tübingen Regional Court had to decide on the permissibility of agreement on negative interest rates for three types of savings account provided by a cooperative bank (Volksbank): deposits with unlimited terms that could be withdrawn daily; term deposits; and fixed deposits. In contrast to the Austrian

and French cases described above, this German first-instance decision, which does not have legal force, concerns consumers' savings contracts, not loan agreements.

Tübingen Regional Court ruled that freedom of contract generally allows agreement on negative interest rates for deposits (daily and fixed term deposits), provided that this is made sufficiently clear in the contracts. In the case at hand, a consumer organisation – Verbraucherzentrale Baden-Württemberg – brought an action against a cooperative bank which, in its price schedule, specified a negative interest rate for certain types of bank deposit contracts, including existing contracts, for the first time in May 2017.

Only the new deposit contracts concluded from the start of 2017 onwards included an explicit reference to possible negative interest rates. The Regional Court held the change in the general terms and conditions, with the price schedule drawing attention to negative interest rates, to be surprising and therefore unlawful, as it also affected existing cash deposits.

The Court observed that the clause on negative interest was a main price agreement whose content was not subject to review, as it concerned the primary contractual obligation, i.e. the payment of interest on a loan contract or the payment of remuneration for the equivalent service under a safekeeping contract. The Court held this clause, which provided for the possibility of negative interest for contracts

concluded prior to January 2017, to be unlawful, on the grounds that it deviated from the legal concept and was surprising.

In January 2017, the bank against which the action was brought had introduced relevant information in the contracts for new deposits, drawing attention to the possibility that due to variable interest rates, a negative interest rate may be applied.

In its reasoning, the Court held that lending regulations do not establish any remuneration obligations for the lender. However, the bank had introduced this subsequently, thus interfering with the primary contractual obligation by unilaterally amending its terms and conditions, which was not permissible.

In relation to the general possibility of a negative interest rate, the Court stated:

“It is correct that no legal definition of interest exists and that according to the law, interest need not be set according to a positive indicator. Interest on loans is generally defined as the consideration charged for the temporary use of capital “for a given period of time, depending on profit and turnover”, payable in monetary or other reasonable form. No firm conclusion can be drawn from this definition as to whether the consideration payable for the use of capital must necessarily be positive.”

The Court made it clear that in general, payment of negative interest is possible, but not through an announcement in a price schedule if the contract in question does not make explicit provision for this possibility.

According to this initial and recent judgment from a first-instance court, agreement on negative interest rates in general terms and conditions is permissible in law, also within the framework of variable interest agreements publicised via the price schedule, provided that the underlying contract clearly points out that negative interest is a possibility.

A point which is often overlooked is that Germany's highest civil court, the Federal Court of Justice (BGH), considered the issue of negative interest rates peripherally as early as April 2010 when reaching a decision on the effectiveness of interest adjustment clauses in savings contracts.<sup>14</sup> In this context, the BGH made it clear at the time – before the introduction of the ECB's current negative interest rate policy – that a clause which explicitly states that interest rates are to be changed in this manner may stand if subjected to a content review. However, during the supplementary interpretation of the contract, in the BGH's view, the calculation method of relevance to the case at hand may not be applied as it does not serve the interests of both parties. The gap to the reference rate always remains the same and safeguards the initial margin in absolute percentage

<sup>14</sup> BGH, 13 April 2010, Az. XI ZR 187/09

points throughout the contract period and can, if the reference rate falls significantly, in extreme cases mean that the contractual interest rate drops below zero, theoretically giving rise to an interest payment obligation on the part of the customer to the bank. The BGH held that absolute protection of the margin or, indeed, the cancellation of an entitlement to interest, or the conversion of a payment entitlement into a payment obligation, is not in the parties' interests. Whether the BGH will continue to take this view in the ECB's current interest rate environment remains to be seen.

## 5. Conclusion

It is not possible to draw conclusions from these individual judgments, handed down in a small number of Member States, due to the differences in their respective national legal frameworks. A European model of a savings or loan contract does not exist, despite the adoption of the Consumer Credit Directive and Mortgage Credit Directive. In any event, the legal issues surrounding the negative interest rates show that as a result of the ECB's politically motivated zero interest rate policy, the relationship between price and service provision in the lending of money is severely disrupted and thrown into disarray. Whether any legal clarity can be provided, perhaps by the Court of Justice of the European Union (CJEU), for the EU as a whole is an open question and remains to be seen. In any event, this is likely to take some years. In the meantime, national

courts within the EU will continue to reach divergent decisions despite the uniformly negative interest rates imposed by the ECB.

## 5 ECJ-Report 2017

# Cases before the Court of Justice of the European Union

### 1. Requests for a preliminary ruling

#### Joined Cases C-154/15, C-307/15 and C-308/15: Consumer contracts/Unfair “floor clauses” in mortgage loan agreements/Declaration of nullity

*(Judgment of the Court of Justice of 21 December 2016)*

The references for a preliminary ruling concern the interpretation of Articles 6 and 7 of Council Directive 93/13/EEC of 5 April 1993 on unfair terms in consumer contracts.

In Spain, a number of consumers had initiated judicial proceedings against financial institutions seeking a declaration that the “floor clauses” inserted in mortgage loan agreements concluded between the parties were unfair and that, consequently, they were not binding on the consumers. The clauses in question provided that, even if the interest rate falls below a certain threshold (or “floor”) defined in the agreement, the consumer must continue to pay minimum interest equivalent to that threshold, without being able to benefit from a lower rate.

Spain’s Tribunal Supremo (Supreme Court) held the clauses to be unfair but decided to limit the temporal effects of the declaration of invalidity of those clauses, so that they would have effect only for the future, namely from the date of delivery of the judgment.

Some of the consumers affected by the application of those clauses asked for repayment of the sums they claimed to

have been unduly paid to the financial institutions from the date on which their loan agreements were concluded. The matter having been brought before them, the Juzgado de lo Mercantil no 1 Granada (Commercial Court No 1, Granada, Spain) and the Audiencia Provincial de Alicante (Provincial High Court, Alicante, Spain) asked the Court of Justice whether the limitation of the effects of the declaration of invalidity from the date of delivery of the judgment of the Tribunal Supremo is compatible with the Directive on unfair terms, given that, according to that directive, such clauses are not binding on consumers.

The Court found this to be incompatible with EU law, as such a limitation makes consumer protection incomplete and insufficient and is not an adequate and effective means for preventing the use of unfair terms.

The Court held, therefore, that EU law precludes national case-law in accordance with which the restitutory effects connected with the invalidity of an unfair term are restricted to the amounts overpaid after the delivery of the decision holding that the term is unfair. The finding of unfairness must have the effect of restoring the consumer to the situation that consumer would have been in if that term had not existed.

#### Case C-421/14: Contracts concluded between sellers or suppliers and consumers/Unfair terms/Mortgage loan agreements/Mortgage enforcement proceedings

*(Judgment of the Court of Justice of 26 January 2017)*

The request for a preliminary ruling concerns the interpretation of Council Directive 93/13/EEC of 5 April 1993 on unfair terms in consumer contracts. The request was made in proceedings between Banco Primus SA and Mr Jesús Gutiérrez García.

The Portuguese Banco Primus granted a loan to Mr Gutiérrez García which was secured by a mortgage on his home. Following the failure of Mr Gutiérrez García to pay several instalments in repayment of the loan, the bank triggered the accelerated repayment procedure in accordance with a clause of the loan agreement and sought payment of the outstanding total principal. It also proceeded to auction the mortgaged property of Mr Gutiérrez García, whereupon the property was awarded to Banco Primus. Mr Gutiérrez García lodged an application objecting to the mortgage enforcement proceedings.

However, the referring court found, first of all, that Mr Gutiérrez García’s opposition was filed out of time, since it was made after the limitation period laid down by the Fourth Transitional Provision of Law 1/2013 had expired.

The referring court found, secondly, that Article 207 of the LEC, which gov-

erns the principle of *res judicata*, precludes it from re-examining the unfair nature of the terms of the loan agreement at issue in the main proceedings, since the lawfulness of that agreement, with regard to Directive 93/13/EEC, had already been ascertained in the context of the decision, which has become final.

The referring court therefore enquired as to the compatibility of the Fourth Transitional Provision of Law 1/2013 with Directive 93/13/EEC and, second, as to whether, in complex mortgage enforcement proceedings, such as those at issue in the main proceedings, it is obliged by that directive, in spite of the requirements of Article 207 of the LEC, to examine of its own motion the terms of a loan agreement which has already been put to such an examination with regard to Directive 93/13/EEC in the context of a decision which has become *res judicata*.

The Court of Justice of the European Union held that a national court is required to assess the potential unfairness of those terms the potential unfair nature of which has not been examined during an earlier judicial review of the contract in dispute which has been closed by a decision which has become *res judicata*.

The Court also ruled that Directive 93/13/EEC must be interpreted as not precluding a rule of national law which prohibits national courts from examining of their own motion the unfairness of contractual terms where a ruling has already been given on the lawfulness

of the terms of the contract, taken as a whole, with regard to that directive in a decision which has become *res judicata*.

**Case C-75/16: Applications by consumers to set an order aside in the context of payment order proceedings instituted by a credit institution/Obligation to be assisted by a lawyer**

*(Judgment of the Court of Justice of 14 June 2017)*

In this reference for a preliminary ruling from the Tribunale Ordinario di Verona (Verona District Court, Italy), the Court of Justice of the European Union considered the transposition of the provisions of the ADR Directive (Directive 2013/11/EU of the European Parliament and of the Council of 21 May 2013 on alternative dispute resolution for consumer disputes and amending Regulation (EC) No 2006/2004 and Directive 2009/22/EC (Directive on consumer ADR)).

Italy had transposed the directive in such a way that under Italian law, prior to the initiation of judicial proceedings in actions brought by consumers against traders, parties must have recourse to an out-of-court mediation procedure. Furthermore, under Italian law, in the context of such out-of-court mediation, consumers must be assisted by a lawyer and may not withdraw from the mediation without a valid reason.

In the case at hand, Banco Popolare granted Mr Menini and Ms Rampanelli

current-account credit facilities for the purposes of enabling them to buy shares. Banco Popolare subsequently obtained an order for payment requiring them to pay a sum corresponding to the balance which, it claimed, remained outstanding under a contract for the opening of a current account guaranteed by a mortgage. Mr Menini and Ms Rampanelli applied to have that order for payment set aside. The referring court noted that, under national law, such an application to have an order set aside is admissible only on condition that the parties have first initiated a mediation procedure.

The Court of Justice of the European Union noted that the mediation provided for in the ADR Directive should be a voluntary process.

However, it cannot be concluded from the voluntary nature of the mediation that a Member State is prohibited from making it mandatory to have recourse to an out-of-court mediation procedure before bringing an action before a judicial body.

On the other hand, the Court held that Italy's national legislation requiring a consumer taking part in an ADR procedure to be assisted by a lawyer is incompatible with the directive. The Court also ruled that the provision in Italian law, to the effect that consumers may withdraw from a mediation procedure without unfavourable consequences in the context of subsequent legal proceedings only in the event that they demonstrate the existence of a valid reason in support of

that decision, is incompatible with the Directive. In particular, the fact that under Italian procedural law, a penalty may be imposed in subsequent legal proceedings in the event of a prior mediation procedure not taking place without a valid reason is, in the Court's view, incompatible with the directive.

**Case C-186/16: Consumer protection/Unfair terms in consumer contracts/Assessment of the unfairness of contractual terms/ Loan agreement concluded in a foreign currency/Time at which the imbalance must be assessed**  
(*Judgment of the Court of Justice of 20 September 2017*)

This reference for a preliminary ruling from the Curtea de Apel Oradea (Court of Appeal, Oradea, Romania) concerns the interpretation of Article 3(1) and Article 4(2) of Council Directive 93/13/EEC of 5 April 1993 on unfair terms in consumer contracts.

In 2007 and 2008, Ms Ruxandra Paula Andriciuc and other Romanian consumers who received their income in Romanian lei (RON) took out loans denominated in Swiss francs (CHF) with the Romanian bank Banca Românească in order to purchase immovable property. According to the loan agreements, the borrowers were obliged to make the loan repayments in CHF, regardless of possible fluctuations in the exchange rate. Subsequently, the exchange rate concerned changed considerably to the detriment of the borrowers. They brought actions before the Romanian courts seeking declara-

tions that this was an unfair term within the meaning of Directive 93/13/EEC. The borrowers argued, in particular, that at the time of conclusion of the contract the bank presented its product in a biased manner, only pointing out the benefits to the borrowers without highlighting the potential risks and the likelihood of those risks occurring.

The referring Romanian court asked the Court of Justice to clarify the extent of a credit institution's obligation to inform clients of exchange rate risks related to loans denominated in foreign currencies.

In its judgment, the Court of Justice declared that the disputed term relating to the repayment obligation is part of the main subject matter of the loan agreement. The requirement for terms to be drafted in plain intelligible language within the meaning of Article 4(2) of Directive 93/13/EEC is thus applicable to this main subject matter. Therefore, that term cannot be regarded as being unfair, provided that it is drafted in plain intelligible language.

The requirement that a contractual term be drafted in plain intelligible language means that the average consumer, who is reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect, would be aware both of the possibility of a rise or fall in the value of the foreign currency in which the loan was taken out, and would also be able to assess the – potentially significant – economic consequences of such a term with regard to his financial obligations. Moreover, as a prerequi-

site, according to the Court, financial institutions must provide borrowers with adequate information to enable borrowers to take well-informed and prudent decisions.

Finally, the Court observed that if the bank has not fulfilled those obligations and, therefore, the unfairness of the disputed term may be examined, the national court must determine, first, the possibility that the bank has failed to observe the requirement of good faith and, second, the existence of a significant imbalance between the parties to the contract. That assessment must be made by reference to the time of conclusion of the contract concerned (*Article 3(1) of Directive 93/13/EEC*), taking account of the expertise and knowledge of the bank as far as concerns the possible variations in the rate of exchange and the inherent risks in contracting a loan in a foreign currency. In that connection, a contractual term may give rise to an imbalance between the parties which only manifests itself during the performance of the contract.

## 2. Judgment

**Case T-122/15: Prudential supervision of credit institutions/ Assessment of the size of a credit institution**  
(*Judgment of the General Court of 16 May 2017*)

The Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (L-Bank) had – following proceedings before the Ad-

ministrative Board of Review (ABoR) of the European Central Bank – brought an action before the General Court against the decision of the European Central Bank (ECB) classifying it as a “significant entity”, the consequence of which is that it is subject to direct supervision by the ECB. The contested decision was recast after completion of the proceedings before the Administrative Board of Review. The L-Bank submitted that in its case, there was the presence of “particular circumstances” within the meaning of Article 6(4) of the SSM Regulation (*Council Regulation (EU) No 1024/2013 of 15 October 2013 conferring specific tasks on the European Central Bank concerning policies relating to the prudential supervision of credit institutions*) read in conjunction with Article 70 of the SSM Framework Regulation (*Regulation (EU) No 468/2014 of the European Central Bank of 16 April 2014 establishing the framework for cooperation within the Single Supervisory Mechanism between the European Central Bank and national competent authorities and with national designated authorities*) which, despite the total value of its assets exceeding the EUR 30 billion limit established in Article 6(4) of the SSM Regulation, justified its classification as a less significant entity. It also asserted inter alia that the reasons for the ECB’s decision were flawed, in that they were illogical and contradictory. The Landeskreditbank thus did not argue in its action that direct prudential supervision by the national authorities would be better able to achieve the objectives and safeguard the principles of the SSM, but merely attempted to es-

tablish that supervision by the German authorities was sufficient.

The General Court dismissed the action in its entirety. It noted that particular circumstances may only be deemed to be present if classification as a less significant entity is better able to attain the objectives of the SSM Regulation. This assessment criterion was based on the Court’s reading of the Administrative Board of Review’s Opinion, which was appended to the ECB’s decision. The Court did not examine the substance of the applicant’s pleadings, or did so only cursorily, as the Court itself (and the ECB) took the view that the applicant had applied an incorrect assessment criterion, namely that particular circumstances exist if supervision by the national authorities is equally as suitable as supervision by the ECB to attain the objectives of the SSM Regulation. In determining the assessment criterion, the General Court took the view that the SSM Regulation transfers to the ECB exclusive competence to carry out prudential supervisory tasks in relation to all credit institutions established in the euro area, not merely the few significant entities. The Court also did not accept that the reasons were flawed. Here too, the Court referred to the Administrative Board of Review’s Opinion, at least on a supplementary basis.

The L-Bank has brought an appeal against the judgment before the European Court of Justice.



## 6 2017: The year in review

### January

#### 1 January 2017

##### Council Presidency

Malta takes over the Presidency of the Council of the European Union.

#### 9 January 2017

##### Budget

The European Parliament confirms the appointment of Günther Oettinger, until now the European Commissioner for Digital Economy and Society, as the new Commissioner for Budget and Human Resources.

#### 10 January 2017

##### Data protection

The European Commission proposes new data protection rules for electronic communications. The proposals form part of the Digital Single Market Strategy, unveiled in May 2015.

#### 17 January 2017

##### European Parliament

Antonio Tajani (EPP, IT) is elected new President of the European Parliament. He receives 351 votes in the fourth round of voting, compared to 282 for Gianni Pittella (S&D, IT).

#### 19 January 2017

##### Money laundering and terrorist financing

The European Parliament rejects a proposed Commission delegated regulation on high-risk third countries under the Fourth Anti-Money Laundering Directive (Directive (EU) 2015/849). The MEPs call for the Commission to revise its blacklist of countries which pose a risk of money laundering or terrorist

financing. The delegated regulation provides for enhanced due diligence measures in relation to natural persons or legal entities established in the listed countries and wishing to do business in the EU. In a resolution, Parliament calls for the list to be expanded to include countries that facilitate offences such as tax crimes.

#### 20 January 2017

##### Capital Markets Union

The European Commission launches a public consultation on the Capital Markets Union Mid-Term Review.

#### 30 January 2017

##### Benchmarking

The European Banking Authority (EBA) recalls the key deadlines Competent Authorities should comply with for the submission of data needed to perform the 2017 supervisory benchmarking exercise. Despite the pending approval by the European Commission of the amended Implementing Technical Standard (ITS) on benchmarking of internal approaches, compliance with the proposed deadlines will ensure a smooth and timely start of the 2017 exercise.

### February

#### 14 February 2017

##### Financial services

The Council of the European Union and the European Parliament reach agreement on a programme to promote the involvement of consumers in policy-making in financial services. Grants will be provided to two consumer

NGOs – Finance Watch and Better Finance – to support activities that encourage the involvement of consumers and other end-users in policy-making.

#### 16 February 2017

##### Future of Europe

The European Parliament adopts three resolutions on the future of Europe, aimed at improving the functioning of the European Union, building on the potential of the Treaties, and on reform and budgetary capacity for the euro area.

- 1) The first resolution, drafted by Mercedes Bresso (S&D, IT) and Elmar Brok (EPP, DE) focuses on making the most of the existing Lisbon Treaty.
- 2) The second resolution, by Guy Verhofstadt (ALDE, BE), suggests various reforms of the Lisbon Treaty, in the areas of economic governance, foreign policy, fundamental rights and transparency.
- 3) In the third resolution, Reimer Böge (EPP, DE) and Pervenche Berès (S&D, FR) propose bringing the euro area economies closer together and making them more resilient to outside shocks. They outline a convergence strategy funded by a specific euro area budget, financed by its member states and available under clear conditions.

All these proposals are part of a package that aims to clarify Parliament's position on the future of the EU, in time for the 60th anniversary of the Treaty of Rome.

**20 February 2017****Money laundering and terrorist financing**

In accordance with their mandate under Article 6(5) of the Fourth Anti-Money Laundering Directive, the three European Supervisory Authorities (EBA, EIOPA und ESMA – ESAs) publish a joint Opinion on the risks of money laundering and terrorist financing affecting the European Union's financial sector. The joint Opinion serves to inform the work of the European Commission and legislator in rapidly implementing new and current legislative projects.

**March****1 March 2017****The Future of Europe**

Jean-Claude Juncker, President of the European Commission, presents the White Paper on the Future of Europe to the European Parliament at its plenary session. The White Paper forms the Commission's contribution to the Rome Summit on 25 March 2017 and sets out various possibilities for the future of Europe. It presents five scenarios for how the Union could evolve by 2025.

**3 March 2017****Whistle-blowers**

The European Commission launches a public consultation on whistle-blower protection. Whistle-blowers can play a crucial role when it comes to fighting money laundering, fraud or corruption, according to Věra Jourová, European Commissioner for Justice, Consumers and Gender Equality. With the consul-

tation, the Commission aims to assess the scope for horizontal or further sectoral action at EU level to strengthen whistle-blower protection.

**9 March 2017****European Council**

Donald Tusk is re-elected President of the European Council for a second term of two and a half years, from 1 June 2017 to 30 November 2019.

**21 March 2017****European Supervisory Authorities**

The European Commission launches a public consultation on the operation of the European Supervisory Authorities (ESAs).

In particular, it is necessary to examine which changes to the ESAs' existing tasks, powers and governance systems are needed to increase the effectiveness of supervision. The consultation document also sets out some thoughts on financial reporting with the aim of achieving greater convergence of auditing practices in Europe, including the options of giving ESMA a stronger role and integrating the Committee of European Audit Oversight Bodies (CEAOB) within ESMA.

**23 March 2017****FinTech**

The European Commission launches a public consultation entitled "FinTech: a more competitive and innovative European financial sector". The purpose of the consultation is to consider how best to accompany the digital transformation of finance and to provide input

on further developing the Commission's policy approach.

**Consumer financial services**

The European Commission presents a Consumer Financial Services Action Plan, in which it identifies 12 actions.

**25 March 2017****60th anniversary of the signing of the Treaties of Rome**

The Heads of State and Heads of Government of the European Union meet in Rome to celebrate the 60th anniversary of the signing of the Treaties of Rome.

**April****27 April 2017****Mortgage Credit Directive**

The European Commission decides to refer Croatia, Cyprus, Portugal and Spain to the Court of Justice of the European Union for not enacting the Mortgage Credit Directive (MCD) in their national legal systems. The Mortgage Credit Directive had to be transposed by Member States by 21 March 2016.

**May****3 May 2017****Money laundering and terrorist financing**

In a joint vote by the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) and Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE), MEPs reject for a

second time a proposed Commission delegated regulation on high-risk third countries under the Fourth Anti-Money Laundering Directive (Directive (EU) 2015/849).

#### 4 May 2017

##### Benchmarking

The European Banking Authority (EBA) publishes an amended version of its Implementing Technical Standards (ITS) on benchmarking of internal approaches. These amendments aim to ensure a better quality of the submitted data and will ultimately assist the EBA and competent authorities in their 2018 assessment of internal approaches for credit and market risk.

#### 11 May 2017

##### Financial services (funding for Finance Watch and Better Finance)

The Council of the European Union Council approves a programme to promote the involvement of consumers in policy-making in financial services.

The European Parliament gave its approval on 27 April 2017 to the programme, which has a EUR 6 million budget to cover the 2017-2020 period.

#### 16 May 2017

##### Regulation on the prospectus

The Council of the European Union formally adopts the Regulation on the prospectus and the Regulation on money market funds.

In order to preserve the stability of the financial market, money market funds will in future be subject to new and more stringent liquidity requirements

and other safeguards. Among other things, under the new Regulation on the prospectus, small capital raisings and crowdfunding projects up to EUR 1 million will not need to issue a prospectus at all, and the EU prospectus will only be mandatory from EUR 8 million in capital raised.

#### 17 May 2017

##### Money laundering and terrorist financing

The European Parliament, at its plenary session, once again rejects the proposed Commission delegated regulation on high-risk third countries under the Fourth Anti-Money Laundering Directive (Directive (EU) 2015/849).

#### 30 May 2017

##### Securitisation

The European Parliament, the Council and the Commission agree on a package to revive the EU's securitisation market. The package sets out criteria for simple, transparent and standardised securitisation (STS).

#### 31 May 2017

##### Economic and Monetary Union (EMU)

The European Commission publishes a reflection paper on the Economic and Monetary Union. As part of the follow-up to the White Paper on the Future of Europe, presented on 1 March 2017, the paper sets out possible ways forward for deepening the Economic and Monetary Union.

Building on the Five Presidents' Report, published in June 2015, the paper is intended both to stimulate the debate on the EMU and to help reach a shared

vision of its future design. Paying due attention to the debates in the Member States and to the views of the other EU institutions, it sets out concrete steps that could be taken by the time of the European Parliament elections in 2019, as well as a series of options for the following years when the architecture of the Economic and Monetary Union is completed.

#### June

#### 7 June 2017

##### EBA stress test

The European Banking Authority (EBA) publishes its 2018 EU-wide stress test draft methodology, which covers all relevant risk areas and, for the first time, will incorporate IFRS 9 accounting standards.

#### 8 June 2017

##### Capital Markets Union

The European Commission publishes its Mid-Term-Review on completing the Capital Markets Union.

The Mid-Term Review reports on the good progress made so far, for example on the securitisation package, which will free up capacity on banks' balance sheets and generate additional funding for households and fast-growing companies.

The Mid-Term Review also sets the timeline for the new actions that will be unveiled in the coming months. They will include a pan-European personal pension product to help people finance their retirement. Furthermore,

the Commission will continue its work on enhancing the supervisory framework for integrated capital markets, increasing the proportionality of the rules for listed SMEs and investment firms, harnessing the potential of FinTech and promoting sustainable investment.

#### 21 June 2017

##### Tax

The European Commission proposes new rules applicable to intermediaries such as tax advisors, accountants, banks and lawyers who design and promote cross-border tax planning schemes for their clients. Cross-border tax planning schemes bearing certain characteristics or “hallmarks” will now have to be automatically reported to the tax authorities within five days of providing such an arrangement to a client before they are used. In those Member States where the existence of attorney-client privilege conflicts with this requirement, the obligation to furnish information will pass to the client.

#### 26 June 2017

##### Money laundering and terrorist financing

The Fourth Anti-Money Laundering Directive (Directive (EU) 2015/849) enters into force. The European Commission announces that it will monitor progress with transposition and follow up with Member States which have not yet taken the necessary measures.

#### 28 June 2017

##### Finances

The European Commission publishes a reflection paper on the future of EU

finances. It examines the financial implications of the five scenarios for the future of the EU outlined in the Commission’s White Paper of 1 March 2017.

##### Consumer trends

The European Banking Authority (EBA) publishes its annual consumer trends report. The report covers retail banking products and services.

#### 29 June 2017

##### Pan-European personal pension product

The Commission publishes a proposal for a regulation on a pan-European personal pension product (PEPP).

#### 30 June 2017

##### Consumer protection

The European Commission launches a public consultation on the targeted revision of EU consumer law directives.

## July

#### 1 July 2017

##### Council Presidency

Estonia takes over the Presidency of the Council of the European Union.

#### 8 July 2017

##### Basel III

In the G20 Leaders’ Declaration, heads of state and government of the G20 countries emphasise the crucial importance of an open and resilient financial system, grounded in agreed international standards. They state that they will therefore work to finalise the Basel III framework without significantly increasing overall capital requirements

across the banking sector, while promoting a level playing field.

#### 14 July 2017

##### Sustainable finance

The High-Level Expert Group on Sustainable Finance, established by the European Commission in late 2016, publishes its interim report with initial recommendations on the financing of a sustainable European economy.

#### 24 July 2017

##### Consumer financial services

The European Commission launches a public consultation within the framework of its Consumer Financial Services Action Plan, focusing on Action 1 (reducing charges on transactions in currencies other than the euro) and Action 2 (transparency of currency conversion).

## August

#### 4 August 2017

##### FinTech

The European Banking Authority (EBA) publishes a Discussion Paper on its approach to financial technology (FinTech). In the Discussion Paper, the EBA sets out the results of its first EU-wide FinTech mapping exercise and its proposals for future work on the FinTech landscape.

#### 18 August 2017

##### PRIIPs

The European Supervisory Authorities (ESAs) publish further guidance on the Key Information Document (KID) requirements for Packaged Retail and

Insurance-based Investment Products (PRIIPs).

### 23 August 2017

#### Capital Markets Union

The Commission launches a public consultation on how to improve post-trade services used in financial transactions, including clearing, settlement and collateral management.

### 31 August 2017

#### FinTech

The Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) has set up a task force to provide insight into the development of FinTech and explore the implications for supervisors and banks' business models. A consultative document summarises the task force's main findings and conclusions.

## September

### 20 September 2017

#### European Supervisory Authorities

The European Commission publishes a legislative proposal to amend the regulations establishing each of the European Supervisory Authorities (EBA, EIOPA and ESMA).

### 21 September 2017

#### European Supervisory Authorities

The European Supervisory Authorities (ESAs) publish their Autumn 2017 Report on risks and vulnerabilities in the European Union's financial system.

### 27 September 2017

#### BRRD & SRM

Gunnar Hökmark, MEP (EPP, SE), rapporteur in the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), presents his draft reports on the revision of the BRRD and the SRM Regulation.

### 30 September 2017

#### European Banking Authority

The European Commission publishes its assessment of offers to host the European Banking Authority (EBA).

## October

### 11 October 2017

#### Completing the Banking Union

The European Commission publishes a Communication in which it urges the European Parliament and the Council of the European Union to reach political agreement on the necessary measures to complete the Banking Union by the end of 2018. In the Commission's view, the Banking Union will be complete when the following key elements have been implemented: reduction of risk in the banking sector, a European Deposit Insurance Scheme (EDIS), a fiscal backstop, reducing non-performing loans, possible measures for Sovereign Bond-Backed Securities, and expanded supervision of credit institutions.

### 24 October 2017

#### European Commission

The European Commission publishes its Work Programme for the period November 2017 to December 2018.

### 25 October 2017

#### Bank structural reform

The European Commission withdraws, without substitution, its legislative proposal on structural measures to improve the resilience of EU credit institutions.

## November

### 20 November 2017

#### European Banking Authority

EU27 ministers vote on the relocation of the UK-based European Banking Authority (EBA) in the margins of the General Affairs Council. After a secret ballot, lots are drawn; the selected location of the EBA is Paris, France.

### 22 November 2017

#### Revision of the CRR/CRD IV

Peter Simon, MEP (S&D, DE), rapporteur in the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), presents his draft report on the revision of the CRR and CRD IV.

## December

### 4 December 2017

#### Eurogroup

Portugal's Finance Minister Mário Centeno is elected new Eurogroup President.

### 6 December 2017

#### Deepening Economic and Monetary Union

The European Commission sets out its Roadmap for deepening Europe's Economic and Monetary Union. The main

initiatives proposed in the package include the establishment of a European Monetary Fund (EMF), a European Minister of Economy and Finance, and new budgetary instruments for a stable euro area.

#### **7 December 2017**

##### **Basel III**

The Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) finalises the Basel III framework.

### **The European Federation of Building Societies (EFBS)**

The European Federation of Building Societies, which was founded on 29 August 1962, is an association of credit and other institutions promoting and supporting the financing of home ownership.

Its aim is to promote the idea of home ownership in a politically and economically converging Europe, to look after the interests of its members in relation to the European Union institutions, to inform its members about progress in European unification and the measures taken to this end by the European Union institutions and to support and intensify mutual exchange of information and experience among its members in the fields of housing finance and housing policy.

The Bausparkassen make a key contribution in large parts of Europe and beyond to the financing of the construction, purchase or modernisation of owner-occupied housing.

#### **Imprint**

Editor:

European Federation of Building Societies

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brussels, Belgium

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: [info@efbs-bausparkassen.org](mailto:info@efbs-bausparkassen.org)

## Personalia der Vereinigung – Officers of the Federation –



Ing. Jan Jeníček  
(Tschechische Republik,  
Czech Republic)  
Präsident  
President



Uwe Körbi  
(Deutschland, Germany)  
Erster Vizepräsident  
First Vice-President



Prof. Dr. Andreas Grünbichler  
(seit/since 3.11.2017;  
davor/before Dr. Josef Schmidinger)  
(Österreich, Austria)  
Zweiter Vizepräsident  
Second Vice-President



Christian König  
(seit/since 3.11.2017;  
davor/before Andreas J. Zehnder)  
(Deutschland, Germany)  
Geschäftsführender Direktor  
Managing Director

## Personalia der Ausschüsse – Officers of the Committees –

**Rechtsausschuss**  
Legal Affairs Committee  
Helmut Straubinger  
(Deutschland, Germany)  
Vorsitzender, Chairman

**Ausschuss für Wohnungspolitik  
und Marketing**  
Housing Policy and Marketing  
Committee  
Mag. Hans-Christian Vallant  
(Österreich, Austria)  
Vorsitzender, Chairman

**Finanzausschuss**  
Financial Affairs Committee  
Jürgen Gießler  
(Deutschland, Germany)  
Vorsitzender, Chairman



# Anhang / Appendix

Dezember/December 2017

## Verzeichnis der Mitglieder der Europäischen Bausparkassenvereinigung

### List of Members of the European Federation of Building Societies

#### Deutschland/Germany

- Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover
  - LBS Landesbausparkasse Bremen AG (Fusion mit/with/ LBS Westdeutsche Landesbausparkasse)
  - LBS Hessen-Thüringen
  - LBS Landesbausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG
  - LBS Bayerische Landesbausparkasse
  - LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
  - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG
  - LBS Landesbausparkasse Saar
  - LBS Landesbausparkasse Südwest (Fusion von/Merger of/LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg und/ and LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz)
- Verband der Privaten Bausparkassen e.V.
  - Aachener Bausparkasse AG
  - ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
  - Bausparkasse Mainz AG
  - Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
  - BHW Bausparkasse AG
  - BSQ Bauspar AG
  - Debeka Bausparkasse AG
  - Deutsche Bank Bauspar AG
  - Deutsche Bausparkasse Badenia AG
  - Deutscher Ring Bausparkasse AG
  - SIGNAL IDUNA Bauspar AG
  - Wüstenrot Bausparkasse AG

#### Belgien

- International Union for Housing Finance

#### Kasachstan

- JSC „House Construction Savings Bank of Kazakhstan“

#### Kroatien/Croatia

- Prva stambena štedionica d.d.
- Raiffeisen stambena štedionica d.d.
- Wüstenrot stambena štedionica d.d.

#### Luxemburg

- BHW Bausparkasse AG Niederlassung Luxemburg
- Bausparkasse Schwäbisch Hall AG – Niederlassung Luxemburg
- Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

#### Österreich/Austria

- Bausparkasse der österreichischen Sparkassen AG
- Bausparkasse Wüstenrot AG
- RAIFFEISEN Bausparkasse Gesellschaft mbH
- start:bausparkasse e. Gen (bis/ until 31/8/2014 Allgemeine Bausparkasse reg. Gen. mbH)

#### Rumänien/Romania

- BCR Banca pentru Locuinte S.A.
- Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.

#### Slowakische Republik/Slovak Republic

- Prvá stavebná sporiteľ'na, a.s.
- Stavebná sporiteľ'na VÚB-Wüstenrot, a.s.

#### Slowenien/Slovenia

- Stanovanjski sklad Republike Slovenije, javni sklad (The Housing Fund of the Republic of Slovenia)

#### Tschechische Republik/Czech Republic

- Ceskomoravská stavební sporitelna, a.s.
- Modra Pyramida Stavebni Sporitelna, a.s.
- Raiffeisen stavební sporitelna, a.s.
- Stavební sporitelna České sporitelny, a.s.
- Wüstenrot-Stavební Spořitelna, a.s.

#### Ungarn/Hungary

- Fundamenta-Lakássza Bausparkasse AG

#### Zypern/Cyprus

- Housing Finance Corporation







Rue Jacques de Lalaing 28  
B-1040 Bruxelles  
Tel. 0032 (0)2 – 2310371  
Fax 0032 (0)2 – 2308245  
e-mail: [info@efbs-bausparkassen.org](mailto:info@efbs-bausparkassen.org)  
[www.efbs.org](http://www.efbs.org)